



Sie können das Planungsdossier auch im digitalen Format auf Ihrem iPad oder Android Tablet nutzen. Dort finden Sie noch weiterführende Informationen zur Integrierten Sozialplanung. Die App FOKUS PI ist im App Store und bei Google Play zum Download erhältlich.

Kreis Pinneberg
Fachbereich Familie, Teilhabe und
Soziales

Stabsstelle Sozialplanung und Steuerung
Kurt-Wagener-Straße 11
25337 Elmshorn
www.kreis-pinneberg.de/sozialplanung

Ansprechpersonen:

Katja de Jong
Jugendhilfe- und Sozialplanerin
T 04121 4502-3394
E k.dejong@kreis-pinneberg.de

Christoph Kennerknecht
Sozialplaner
T 04121 4502-3393
E c.kennerknecht@kreis-pinneberg.de

Haiko Schönfeld
Leiter Sozialplanung und Steuerung
T 04121 4502-3473
E h.schoenfeld@kreis-pinneberg.de

INHALTSVERZEICHNIS

| | | | |
|--|---|---|---|
| Vorwort | 4 | | |
| Sozialpolitische Zielvorschläge | 6 | | |
| Aktuell größte Herausforderungen in der Sozialpolitik | 10 | | |
| Sozioökonomische Kontextinformationen | 13 | | Demographie & Finanzen in der App FOKUS PI |
| Sozialpolitische Handlungsfelder | 14 |  | Infrastruktur sozialer Angebote |
| | 20 |  | Mobilität |
| | 24 |  | Gesundheit |
| | 30 |  | Wohnen |
| | 36 |  | Bildung |
| | 42 |  | Integration |
| | 48 |  | Inklusion |
| | 52 |  | Ärztliche Versorgung und Pflege |
| | 56 |  | Arbeit |
| | 60 |  | Armut |
| 64 |  | Leben und Freizeit | |
| Handlungsempfehlungen | 70 | | Bisherige & aktuelle Empfehlungen in der App FOKUS PI |
| Netzwerk Sozialplanung | 72 | | |

VORWORT

Wir freuen uns, Ihnen auch in diesem Jahr den aktuellen Fokusbericht der Integrierten Sozialplanung im Kreis Pinneberg präsentieren zu können. Er ermöglicht Ihnen eine Bestandsaufnahme der sozialen Lage und informiert über aktuelle Entwicklungen in relevanten Themenfeldern.

Trotz des Abklingens der Corona-Pandemie waren die vergangenen Monate weiterhin von vielfältigen und durchaus großen Herausforderungen geprägt, die wir als sozialpolitische Akteure gemeinsam zu bewältigen haben. Insbesondere sei hier die als Folge des Ukraine-Krieges eingetretene Energiekrise genannt. Diese hat bewirkt, dass für die Kreisverwaltung Pinneberg einzelne sozialpolitisch relevante Bereiche im Falle eines Versorgungszusammenbruchs, z.B. durch großflächigen Stromausfall oder Cyber-Angriffe, als kritische Infrastruktur eingestuft werden und ihre Funktionsfähigkeit somit auch in Planungsprozessen besonders zu schützen ist. Insgesamt ist die Absicherung und der Erhalt der sozialen Infrastruktur als wichtige Säule des gesellschaftlichen Miteinanders unverzichtbar.

Ungeachtet dieser komplexen und zunehmenden Herausforderungen haben die Fokusgruppen bzw. ergänzenden Arbeitsstrukturen in diesem Jahr insgesamt sieben Handlungsempfehlungen als Impulse und Anregungen zum politischen Diskurs erarbeitet.

In einer sich schneller verändernden Welt gilt es auch, immer wieder flexibel und aktuell entsprechende Probleme und Thematiken einzuordnen. Die Fokusgruppen und das Netzwerk der Sozialplanung haben in diesem Jahr zusätzlich eine Einschätzung zu den bedeutendsten Themen der Sozialpolitik abgegeben. Im diesjährigen Sonderkapitel „Aktuell größte Herausforderungen in der Sozialpolitik“ werden – neben der Energiekrise – drei weitere als zentral identifizierte Themen, die sich bereits konkret auf den Lebensalltag der Menschen im Kreis auswirken, näher beschrieben und mögliche Lösungsansätze benannt.

Auch das Netzwerk der Sozialplanung hat sich in den letzten zwölf Monaten wieder weiterentwickelt. Im Handlungsfeld Gesundheit wird künftig die Kommunale Gesundheitskonferenz als zentrales Koordinationsgremium etabliert und vielfältige Themen mit unterschiedlichsten Beteiligten aus dem Gesundheitssektor bearbeiten. Im Handlungsfeld Integration hat sich die Fokusgruppe

Integration neu konstituiert. Wir arbeiten kontinuierlich daran, unsere Planungsprozesse agil zu gestalten und bei Bedarf anzupassen.

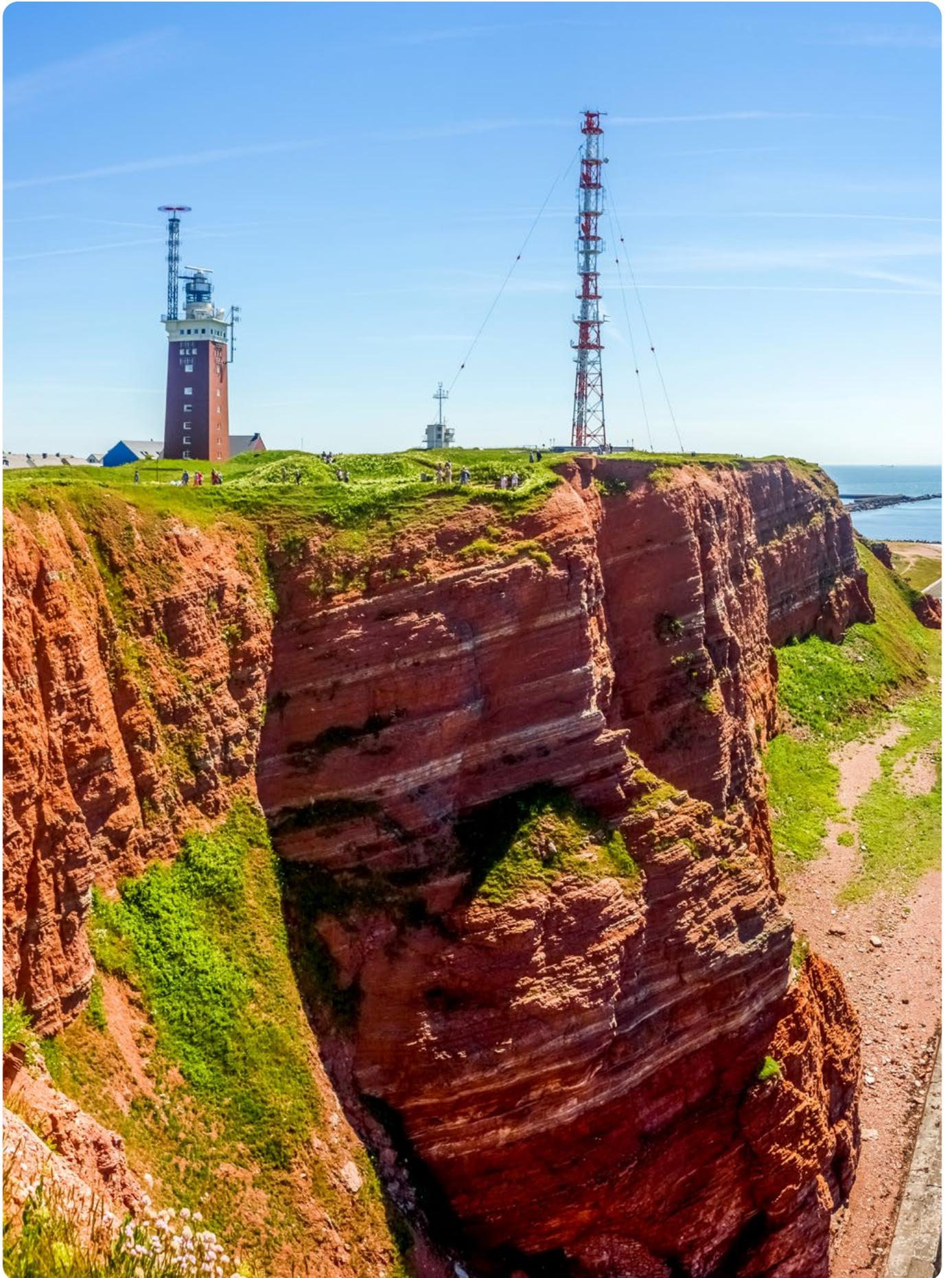
Im vergangenen Jahr konnten noch weitere Meilensteine im Prozess umgesetzt werden. Nach der Evaluation des in den letzten Jahren aufgebauten Sozialplanungssystems im ersten Halbjahr fand Ende August die zweite Sozialplanungskonferenz zum persönlichen Austausch und zur Neujustierung der sozialpolitischen Handlungsfelder statt. Mit über 100 Beteiligten wurden vielfältige Themen besprochen und Erfahrungen ausgetauscht. Beide partizipativen Prozesse haben sehr viele wertvolle Hinweise und Anregungen für eine Weiterentwicklung des Systems der Integrierten Sozialplanung ergeben, das insgesamt bereits als sehr funktional bewertet wird. Die Ergebnisse haben wir in zwei Vorlagen zu den sozialpolitischen Handlungsfeldern und zur Verbesserung des Systems zusammengefasst. Diese werden bereits in den politischen Gremien diskutiert und um neue Empfehlungen der Steuerungsgruppe Sozialplanung ergänzt.

Für Ihr hohes Engagement und Ihre förderlichen Impulse möchten wir allen Kooperationspartnern und Beteiligten ausdrücklich einen großen Dank aussprechen. Ohne Sie wären die Erfolge und Ergebnisse der Sozialplanung im Kreis Pinneberg nicht möglich. Auch den neuen Mitgliedern in der Kreispolitik werden wir im Herbst das System der Integrierten Sozialplanung vorstellen und hoffen dann weiterhin auf einen lebendigen sozialpolitischen Austausch, um die Lebensverhältnisse der Menschen im Kreis nachhaltig positiv zu beeinflussen.

Nun wünschen wir Ihnen viel Freude beim Lesen des Fokusberichts 2023, der auch gestalterisch ein paar Neuerungen bereithält – so finden Sie die aktuellen und die Handlungsempfehlungen vergangener Jahre in einer neuen übersichtlichen Struktur in unserer App FOKUS PI. Hiermit hoffen wir Ihnen die Informationen noch besser zugänglich zu machen. Sie dürfen gespannt sein und wir freuen uns auf Ihr Feedback!



Heiko Willmann



SOZIALPOLITISCHE ZIELVORSCHLÄGE 2023

Für den diesjährigen Fokusbericht wurden erneut diverse Datenquellen ausgewertet. Dazu zählen insbesondere sozioökonomische Informationen, die Hinweise und Empfehlungen der Fokusgruppen und der Steuerungsgruppe im Netzwerk Sozialplanung sowie die Diskussionen sozialpolitischer Themen in den politischen Gremien des Kreises.

Als Ergebnis der aus dieser Analyse gewonnenen Informationen und Erkenntnisse und in Abstimmung mit der Steuerungsgruppe Sozialplanung wird empfohlen, die zukünftige Sozialpolitik maßgeblich an

den nachfolgend beschriebenen sozialpolitischen Zielvorschlägen zu orientieren. Die Auflistung beinhaltet neben einem neuen Zielvorschlag „Kritische Soziale Infrastruktur absichern“ weitgehend die Zielvorschläge aus den Vorjahren, die auch zukünftig relevant sein werden, da sie eher langfristig ausgerichtet sind. Weitere Impulse für Diskurse in den politischen Gremien bieten die im vergangenen Jahr erarbeiteten Handlungsempfehlungen, die sich größtenteils ebenfalls an den in diesem Kapitel dargestellten sozialpolitischen Zielvorschlägen orientieren.



Kritische Soziale Infrastruktur absichern

Im Sektor Staat und Verwaltung werden für die Kreisverwaltung Pinneberg einzelne sozialpolitisch relevante Bereiche identifiziert, die im Falle eines Versorgungszusammenbruchs durch ein Blackout-Szenario (großflächiger Stromausfall) oder anderer vergleichbarer Ereignisse (Cyber-Angriff) als kritische Infrastruktur betrachtet werden können. Ihre Funktionsfähigkeit ist für die Gesellschaft notwendig, weshalb sie besonders zu schützen sind. Neben der Auszahlung von Sozialleistungen betrifft dies zum Beispiel auch Inobhutnahmen durch das Jugendamt oder beauftragte Dritte. Wenn der Strom flächendeckend und langanhaltend ausfällt, sind auch weitere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur wie z.B. Krankenhäuser, Kindertageseinrichtungen oder Schulen betroffen. Hier gilt es, die für den Krisenfall notwendigen internen Ressourcen, wie z.B. Räume oder Fahrzeuge, zuverlässig zu planen, damit sie im Bedarfsfall zur Verfügung stehen. Zudem haben die Erfahrungen der Pandemie gezeigt, dass Anbieter sozialer Dienstleistungen nach den Sozialgesetzbüchern SGB VIII, IX und XII im Krisenfall vorübergehend finanzielle Unterstützung zur Sicherung ihrer Angebote bzw. Existenz benötigen. Auch eine entsprechende Versorgung mit materiellen Ressourcen im Katastrophenfall, gerade von stationären Anbietern, ist zu berücksichtigen. Dies kann im Rahmen der künftigen Pandemie- bzw. Katastrophenschutzplanung mit einbezogen werden. Die aktuelle durch den Ukrainekrieg ausgelöste Energiekrise hat spürbare Auswirkungen auf die Angebotskosten sozialer Dienstleistungen, denn steigende Energie- und Personalkosten führen zu höheren Entgelten und Stundensätzen von Anbietern.

Fachkräftegewinnung und -bindung nachhaltig betreiben

Eine ausreichende Anzahl von Fachkräften spielt eine immer wichtigere Rolle zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur sozialer Angebote. Der demographische Wandel verstärkt die damit verbundenen Herausforderungen. Es besteht ein Spannungsfeld zwischen nur begrenzt vorhandenem ausgebildetem Personal und zunehmenden Bedarfen in der sozialen Daseinsvorsorge, vor allem in wichtigen Bereichen der Sozialen Arbeit wie Bildung, Gesundheit oder Pflege. Die Folge sind Überlastungssituationen und eine Verringerung der Dienstleistungsqualität, die eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur gefährden. Die bisherigen Aktivitäten und eingesetzten Ressourcen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels müssen weiter ausgebaut und konzeptionell

gebündelt werden, um eine nachhaltige Verbesserung der Situation im Kreis zu erzielen. Dabei sind auch Aspekte wie Mobilitäts- und Kinderbetreuungsangebote mit einzubeziehen. Eine höhere Attraktivität der sozialen Berufe und eine Vermeidung von Abwanderungen in andere Berufe kann nur durch intensive Kooperation mit den relevanten Akteuren, wie z.B. den freien Trägern, der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter erreicht werden.

Sozialverträgliches Wohnen gewährleisten

Aktuell hemmen steigende Zinsen und Baukosten den Neubau von Wohnraum. Daraus resultierend sind seit langem erstmals sinkende Preise für den Erwerb von Bestandsbauten zu verzeichnen. Dazu trägt auch der verhältnismäßig alte Bestand im Kreis bei, der vielfach nicht den aktuellen energetischen Anforderungen entspricht. Bei den Mietpreisen und dem Kauf von Neubauten ist noch mit Kostenanstiegen zu rechnen. Auch die Wohnnebenkosten erhöhen sich weiter und eine geringe Leerstandsquote trägt zu einer Verschärfung der angespannten Situation auf dem Mietmarkt im Kreis bei. Um Transferaufwendungen für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen zu begrenzen müssen der Kreis und die Kommunen ihre gemeinsamen Anstrengungen ausweiten, um durch gezieltere Planung neue Flächen und zusätzlichen Wohnraum mit sozial ausgewogener Durchmischung zu generieren, Hürden auf dem Wohnungsmarkt für benachteiligte Gruppen abzubauen und den Bereich der sozialen Wohnraumförderung zu verstärken. Weiter ist daraufhin zu wirken, dass für benachteiligte Zielgruppen eine optimale Vermittlung und Unterstützung bei der Versorgung mit Wohnangeboten erfolgt. Auch Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit, z.B. von alleinerziehenden Frauen, sind hierbei zu berücksichtigen.

ÖPNV zukunftsorientiert gestalten

Aufgrund der weiter zunehmenden Bevölkerung und damit einhergehenden hohen Pendlerströmen bleibt ein bedarfsgerecht und leistungsfähig ausgestalteter ÖPNV im Kreis Pinneberg weiter ein relevanter Faktor für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Arbeitsorte und soziale Angebote müssen auch in entlegeneren Gebieten des Kreises gut erreicht werden können. Die Attraktivität und Nutzung des ÖPNV konnte durch verschiedene Maßnahmen zur finanziellen Entlastung, zuletzt durch die Einführung des Deutschland-Tickets, merklich gesteigert werden. Hierdurch erhöhen sich auch die Teilhabechancen

für alle Bevölkerungsgruppen. Das Angebot ist im Hinblick auf seine inklusive Ausgestaltung noch zu optimieren und integrierte innovative Konzepte, z.B. zur Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel oder für eine nachhaltigere Fortbewegung, müssen weiter entwickelt und erprobt werden. Dabei ist auch die erforderliche Ladeinfrastruktur für den Ausbau von E-Mobilität und alternative Antriebe im Blick zu behalten.

Gesundheitliche Versorgungsstrukturen auf neue Anforderungen ausrichten

Neben der geplanten Krankenhausreform des Bundes und mit der Entscheidung für die Errichtung eines Zentralkrankenhauses im Kreis Pinneberg besteht die Chance, die künftige gesundheitliche Infrastruktur neu zu gestalten und damit die medizinische Versorgung der Bevölkerung insgesamt zu verbessern. Als ein wesentlicher Faktor dabei ist der demographische Wandel mit zu berücksichtigen. Gemeinsam mit der Lenkungsgruppe, die thematische Arbeitsschwerpunkte setzt, wird die Kommunale Gesundheitskonferenz die Bedarfe der einzelnen Bevölkerungsgruppen und die Problemfelder in der medizinischen und pflegerischen ambulanten Versorgung ausführlich analysieren und Vorschläge zur fließenden Gestaltung der Übergänge zwischen den einzelnen Sektoren entwickeln. Auch weitere Aspekte wie lebenslagenorientierte Gesundheitsförderung und Prävention mit einem Fokus auf vulnerable Gruppen werden mit in den Blick genommen. Die erforderlichen Datengrundlagen stellt die neu eingerichtete Gesundheitsfachplanung zur Verfügung. Die Impulse aus dem in diesem Jahr erstmals veröffentlichten Gesundheitsbericht des Kreises sind in die Planung zu integrieren.

Digitalisierung zur Förderung des Gemeinwohls einsetzen

Die digitale Transformation eröffnet neue Zugänge und Lösungen in Bezug auf diverse soziale Fragestellungen. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft können intelligente digitale Angebote für den Kreis Pinneberg entwickelt werden. Dies setzt jedoch den Aufbau eines gewissen Maßes an digitalen Kompetenzen im Umgang mit den anzuwendenden Medien voraus. Im sozialen Kontext haben sich – z.B. in der Beratung – hybride Angebotsformen teilweise etabliert. Bei der Umsetzung von Digitalisierungsprozessen werden die Anbieter sozialer Dienstleistungen vom Kreis seit diesem Jahr finanziell unterstützt. Die Ergebnisse der dadurch bedingten möglichen Veränderungen in

der Angebotslandschaft bleiben zunächst abzuwarten und sind anschließend zu bewerten. Für die Ermittlung künftiger Bedarfe zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung sind auch digitale Lösungen einzusetzen. Bereits jetzt sind jedoch auch Grenzen der Digitalisierung erkennbar. Die Interpretation von bestimmten Sachverhalten und Situationen oder das physische Miteinander von Menschen und die daraus resultierenden dynamischen Prozesse, z.B. in Gruppenangeboten, können nicht vollständig durch digitale Formate ersetzt werden. Digitalisierungspotentiale sollten da, wo es sinnvoll ist, ausgeschöpft und zur Förderung von Selbstbestimmung und Teilhabe eingesetzt werden. Auch der Einsatz Künstlicher Intelligenz kann z.B. durch Chat-Dienste zur Bearbeitung von Standardanfragen dazu beitragen, Ressourcen für die Behandlung komplexerer Themen zu schaffen. Zahlreiche innovative soziale Projekte und Tools bieten bereits gute Ansätze zur besseren Versorgung, z.B. im Bereich der Pflegerobotik oder beim Einsatz von Virtual Reality (VR) zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung. Ebenso sind auch Elemente der digitalen Teilhabe, z.B. das Streaming von politischen Sitzungen, zu verstärken.

Soziale Lebenswelten schaffen

Zur sozialen Lage im Kreis liegen durch das Sozialmonitoring bereits regional differenzierte Daten vor. Zur bedarfsgerechten Angebotsplanung und -entwicklung werden teilweise noch kleinräumigere Informationen – z.B. zur Bevölkerungsstruktur – benötigt, über die die Kommunen verfügen. Um die Lebenswelt der Menschen vor Ort positiv zu beeinflussen, muss die Infrastruktur sozialer Angebote in interkommunaler Kooperation gestaltet werden. Dabei sind auch die gesetzlichen Regelungen des KJSG zur verstärkten Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen. An der Bedarfsanalyse der kommunalen Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Kreis wird die Zielgruppe in Form einer Befragung beteiligt. Die Betrachtung dezentraler Strukturen und Angebote und damit auch der Begriff „Sozialraum“ gewinnt wieder mehr an Bedeutung. Sozialraumorientierung bildet einen Rahmen für verschiedene methodische Ansätze und den wechselnden Bedarfen entsprechende Hilfeformen. Diesen Rahmen gilt es für die Region Kreis Pinneberg im Hinblick auf Professionalität, Qualität, Wirkung, Organisation, Planung, Prozesse und Finanzierungsmöglichkeiten gemeinsam mit allen Akteuren der Sozialpolitik auszugestalten.



AKTUELL GRÖßTE HERAUSFORDERUNGEN IN DER SOZIALPOLITIK

Gesamtgesellschaftliche Herausforderungen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine oder der demographische Wandel haben auch konkrete Effekte auf den Lebensalltag der Menschen im Kreis Pinneberg. Fehlende Fachkräfte, steigende Energiekosten, Einschränkungen in der sozialen Infrastruktur oder die herausfordernde Situation von Kindern und Jugendlichen nach mehreren Jahren Pandemie verändern die Lebensbedingungen im Kreisgebiet.

Die Sozialplanung kann mit dem Sozialmonitoring diese langfristigen Entwicklungen anhand der entsprechenden Indikatoren nachvollziehen. Menschen, die in ihrer praktischen Arbeit mit den sozialen Auswirkungen konfrontiert sind, können das Bild der Lage noch erweitern. Aus diesem Grund wurden die Fokusgruppen im Netzwerk der Sozialplanung mit ihren sozial erfahrenen Mitgliedern in diesem Jahr gebeten, die aktuell wichtigsten sozial- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen für den Kreis Pinneberg, Einschätzungen zur weiteren Entwicklung und mögliche Lösungsansätze zu benennen.

1. Fachkräftemangel

Als das wichtigste Thema wurde für alle Handlungsfelder der Fachkräftemangel benannt. In den Bereichen der sozialen Arbeit, der Pflege, der Integration von Geflüchteten, des Gesundheitswesens, der Bildungsinstitutionen und der Verwaltung stellt dieser eine zunehmende Herausforderung dar. Die soziale Infrastruktur in ihrer bisherigen Form ist nur mit großen Mühen aufrechtzuerhalten. Die steigende Nachfrage nach qualifiziertem Fachpersonal in diesen Bereichen steht im Widerspruch zu dem begrenzt vorhandenen ausgebildeten Personal. Dies hat bereits jetzt zur Folge, dass die Dienstleistungsqualität abnimmt, das vorhandene Personal stark überlastet ist und ein gewisser Anteil in andere Berufsfelder wechselt.

Gerade in der sozialen Arbeit, die eine Vielzahl von Aufgaben in der Beratung und Unterstützung von Menschen mit besonderen Bedarfen oder gesundheitlichen Einschränkungen repräsentiert, finden die betroffenen Träger nur mit großen Anstrengungen und zeitlichen

Insgesamt wurden als Ergebnis der Auswertung über die verschiedenen sozialpolitischen Handlungsfelder hinweg vier zentrale Themen identifiziert. Die anhaltende Knappheit von qualifiziertem Arbeitspersonal erschwert zunehmend die reibungslose Funktionsweise in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen und sozialen Institutionen. Steigende Energiekosten stellen Unternehmen, soziale Träger, Vereine, Verbände, Behörden und Verbraucher vor große Herausforderungen. Gleichzeitig muss die Transformation auf erneuerbare Energien gelingen. Die stetige Migration von Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt aufgrund diverser Krisen erfordert zusätzliche soziale Anstrengungen im Alltag und in den gesellschaftlichen Institutionen. Während der Pandemie hatten Kinder und Jugendliche mit besonderen Herausforderungen zu kämpfen. Die Auswirkungen und daraus resultierenden multiplen Defizite sind anzugehen, um gesellschaftliche Folgekosten zu vermeiden. Diese vier zentralen Herausforderungen und Lösungsmöglichkeiten werden nachfolgend ausführlicher beschrieben.

Verzögerungen neues, geeignetes Fachpersonal. Die Ausweitung von Angeboten und die Unterstützung von mehr Menschen als bisher, gerade bei einer seit Jahrzehnten wachsenden Bevölkerung im Kreisgebiet, stößt daher an Grenzen.

Auch der Pflegebereich und der gesamte Gesundheitssektor haben immer häufiger mit fehlenden Fachkräften auf allen Ebenen zu kämpfen. Durch den demografischen Wandel besteht zusätzlich das sich vergrößernde Problem, dass in den kommenden Jahren immer mehr Menschen pflegebedürftig werden, während immer weniger jüngeres Personal diese betreuen kann. Dies gilt sowohl deutschlandweit als auch für den Kreis Pinneberg. Außerdem gehen viele Ärzte in den Ruhestand, die dann für die Behandlung kranker Menschen nicht mehr zur Verfügung stehen. Gerade in Schleswig-Holstein gibt es eine ungünstige Verteilung der Altersstruktur in der Ärzteschaft. In den nächsten Jahren wird es noch schwieriger, besonders Arztpraxen in der Fläche und ländlichen Regionen zu besetzen.

Auch in der Bildung ist der Fachkräftemangel deutlich spürbar, dies gilt besonders im Arbeitsfeld der Integration von geflüchteten Menschen. Egal ob in Kindergärten, in DaZ-Klassen, für Deutsch- und Integrationskurse oder auch in der Verwaltung: Es fehlt an dem nötigen Personal, um die entsprechenden Leistungen auch weiterhin zeitnah gewährleisten zu können.

Neben der geringeren Anzahl von verfügbarem Personal werden auch ungünstige Rahmenbedingungen in einer Region als weiterer Grund für Fachkräftemangel in anderen Branchen genannt, die zentral für den wirtschaftlichen Erfolg sind. Fachkräfte fordern vermehrt eine gute soziale Infrastruktur, wie genügend Plätze in der Kinderbetreuung, gute Ganztagsangebote in Schulen sowie gut ausgebaute Verkehrsanbindungen, auch mit dem ÖPNV.

Mögliche Lösungsansätze

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen und damit der Dienstleistungsqualität in sozialen Berufsfeldern
- Erweiterung von Ausbildungskapazitäten sowie Medizin-Studienplätzen
- Gute Versorgungsstrukturen für Kinder (Kitas und Schulen)
- Qualifizierungsmöglichkeiten für Quereinsteigende
- Werbung für betroffene Berufsfelder in Kooperation mit Arbeitsagentur/Jobcenter
- Förderung beruflicher Orientierung junger Menschen (Praktika, FSJ usw.)
- Abbau von Hemmnissen in der beruflichen Anerkennung

2. Energiekrise

Die Energiekrise, die sich durch steigende Energiepreise und erhöhte Lebenshaltungskosten im Rahmen der Inflation zeigt, hat erhebliche Auswirkungen auf das alltägliche Leben.

Insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen sowie Empfänger von Sozialleistungen stellt die Energiekrise eine große Belastung dar. Diese können oft nicht auf finanzielle Ressourcen zurückgreifen, um mit den

steigenden Energie- und Lebensmittelkosten umzugehen, und bei vielen Menschen gerät das bereits knappe Budget für Lebenshaltungskosten wie Miete, Nahrungsmittel, medizinische Versorgung usw. zusätzlich unter Druck. Das Risiko von Überschuldung erhöht sich deutlich und führt zu einer Verschärfung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit. Beispielsweise können Kinder und Jugendliche sich nur sehr eingeschränkt an Ausflügen von Jugendeinrichtungen oder Schulen beteiligen, da den Eltern schlicht das Geld fehlt. Dies gefährdet die soziale Durchmischung auch von Gruppenaktivitäten im Kinder- und Jugendbereich, die als sehr wertvoll für die persönliche Entwicklung angesehen wird.

Doch nicht nur die Menschen, auch die Einrichtungen haben mit den erhöhten Kosten zu kämpfen. Gerade der Gesundheits- und Pflegesektor ist auf eine energiesichere Versorgung angewiesen. Die Angst vor einem möglichen Energieblackout und die gestiegenen Personal- und Materialkosten wirken belastend und führen zu weiteren Kostensteigerungen, z.B. auf Seiten der Pflegebedürftigen. Als Folge können auch Insolvenzen einzelner Träger oder Einrichtungen eintreten.

Mögliche Lösungsansätze

- Sozialticket ÖPNV / Kostenloser ÖPNV für bedürftige Menschen
- Anlaufstellen für ältere Menschen (Mittagstisch i.V.m. vielfältigen Angeboten)
- Niedrigschwellige Beratung zu Einsparpotenzialen, Vermeidung von Verschuldung

3. Migration

Die Integration von Menschen aus anderen Ländern bringt verschiedene Herausforderungen mit sich. Zentral ist dabei der Abbau von Sprachbarrieren, um eine gelingende Integration in das Arbeits- und Sozialleben zu ermöglichen. Die sprachlichen Barrieren führen oft dazu, dass keine Beratungstermine wahrgenommen werden, aus Angst sich nicht ausdrücken zu können. Das kann sogar so weit führen, dass Sozial- und Hilfeleistungen nicht in Anspruch genommen werden. Eine soziale Isolation ist eine mögliche Konsequenz daraus.

Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang sind mangelnde Platzangebote in Sprachkursen für Menschen mit Migrationshintergrund und für Schüler in sogenannten DaZ-Klassen. Gerade bei Deutschkursen korreliert die Problematik der Angebotsbegrenzung auch mit dem Fachkräftemangel: Es fehlt an geeignetem Lehrpersonal, um die Kapazitäten ausbauen zu können.

Auch die vermehrt festzustellende Abgrenzung zwischen verschiedenen Kulturen stellt eine Herausforderung dar. Unterschiedliche kulturelle Umgangsformen und Vorgehensweisen treffen aufeinander und führen zu Problemen im Alltag. Der kulturelle Dialog erfordert Zeit und Mühe auf allen Seiten und der Weg zu einem verständnisvollen Miteinander kann mit Konflikten oder Missverständnissen behaftet sein.

Mögliche Lösungsansätze

- Stelle zur Unterstützung bei der Wohnungssuche
- Mehr flexible Sprachkursangebote, auch mit Kinderbetreuung
- Mehrsprachige Unterlagen in einfacher Sprache

4. Situation von Kindern und Jugendlichen

Besonders während der Corona-Pandemie haben sich bei den Kindern und Jugendlichen Faktoren verstärkt, die nicht nur Rückstände in der Bildung, sondern auch in der sozial-emotionalen Entwicklung erzeugt haben. Dies hatte negative Auswirkungen auf ihr Sozialverhalten und ihre psychische Gesundheit. Aber auch aktuelle Krisen wie die steigende Inflation oder der Krieg in der Ukraine belasten die Familien und führen vermehrt zu einem Gefühl der Unsicherheit in vielen Lebensbereichen bei den Eltern, was sich auch auf die Kinder und Jugendlichen auswirkt.

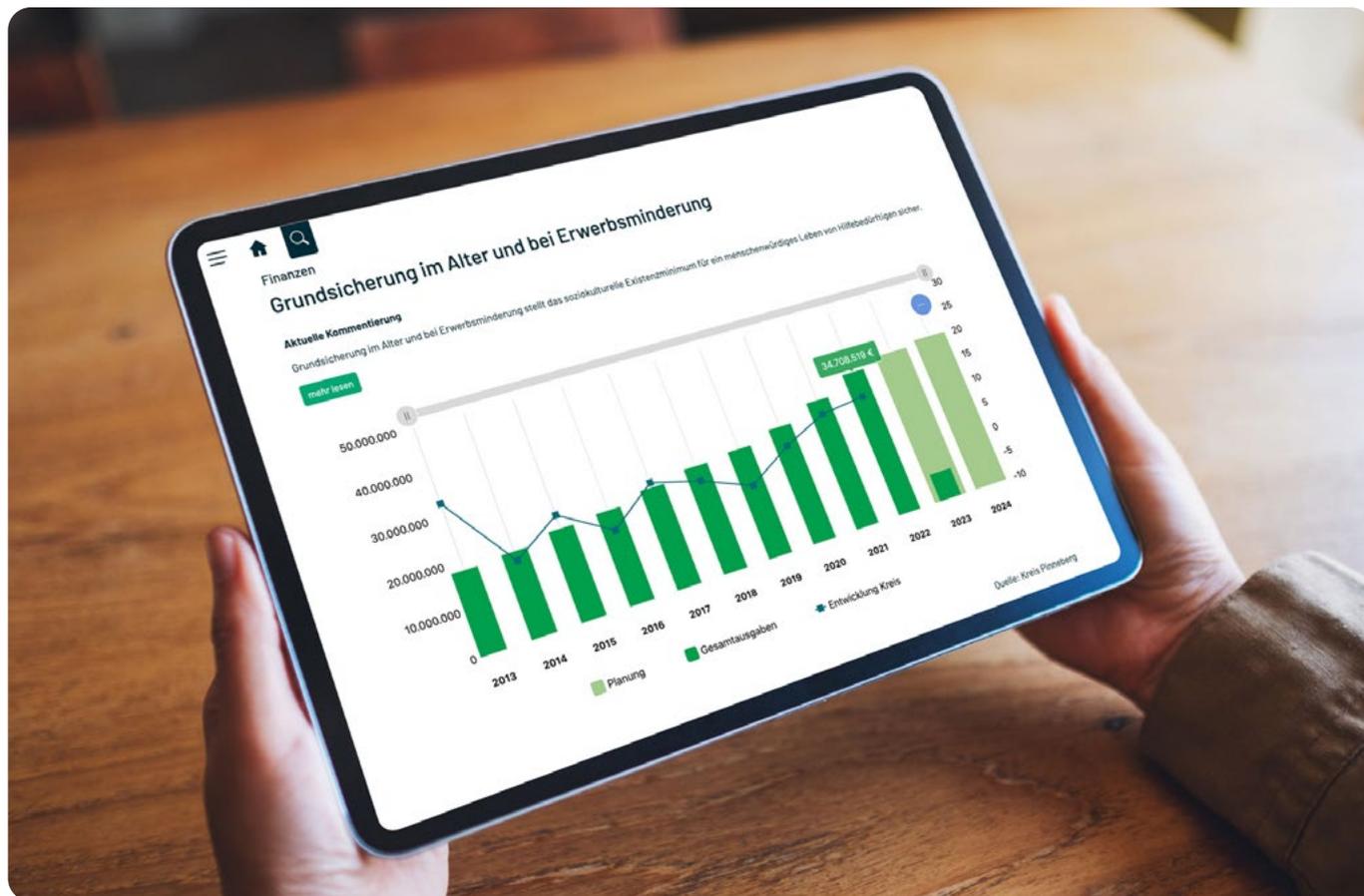
Die Isolationsmaßnahmen, Schulschließungen und die Einschränkung sozialer Kontakte haben dazu geführt, dass viele Kinder und Jugendliche weniger Möglichkeiten hatten, sich mit Gleichaltrigen auszutauschen, soziales Miteinander zu erleben und das eigene Sozialverhalten zu fördern. Dies führte zu Defiziten in der sozialen Entwicklung besonders im Vorschulalter. Während sich einige Kinder durch eine geringe Frustrationstoleranz und eine

erhöhte Aggressivität auszeichnen, zeigen andere wiederum höhere Nachdenklichkeit und ein Rückzugsverhalten aus sozialen Situationen.

Darüber hinaus haben Kinder und Jugendliche während der Pandemie vermehrt Zeit mit digitalen Medien verbracht. Der hohe Medienkonsum führte bei einem signifikanten Teil zu Konzentrationsschwierigkeiten. Viele der Kinder und Jugendlichen im Schulalter spüren nach Jahren im Home Schooling zudem Druck in der Schule, um Lernrückstände abzubauen. Dies schlägt oftmals in Verärgerung und Enttäuschung um. Die Isolation durch Corona hat auch Auswirkungen auf das Verhalten in Gruppen. Gemeinschaftsgefühl und das Agieren in einer Gruppe mit Gleichaltrigen muss von zahlreichen Kindern und Jugendlichen neu erlernt werden. Auch die interministerielle Arbeitsgruppe der Bundesregierung „Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona“ beschreibt in ihrem Abschlussbericht 2023 psychische und soziale Sekundärfolgen der Pandemie, vor allem für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Zur Verringerung der Folgen empfiehlt sie so niedrigschwellige und diskriminierungsfreie Maßnahmen wie möglich, die an den bestehenden Regelstrukturen ansetzen.

Mögliche Lösungsansätze

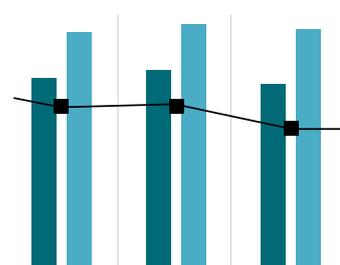
- Stärkung des Systems Schule, auch in Bezug auf Prävention
- Förderung der Gesundheitskompetenz
- Aufsuchende Hilfsangebote als Ergänzung der Regelversorgung
- Konzepte zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Institutionen
- Medienkompetenz-Vermittlung durch gleichaltrige Multiplikatoren



Demographie und Finanzen in der App FOKUS PI

Die Sozioökonomischen Kontextinformationen des FOKUS 2023 sind als interaktive Grafiken in der App FOKUS PI zugänglich. Hier finden Sie zudem die Daten der vergangenen Jahre sowie Informationen zur Ausgabenentwicklung der größten Produkte.

Um die App herunterzuladen, klicken Sie einfach auf das Symbol des App-Stores auf ihrem iPad bzw. Android Tablet oder scannen Sie den dazugehörigen QR-Code.





Zusammenfassung

Die soziale Angebotsstruktur hat sich insbesondere in Krisenzeiten als flexibel und belastbar erwiesen. Zur Gestaltung inklusiver Lebensräume ist die soziale Infrastruktur im Kreis gemeinsam mit den Kommunen und allen anderen Kooperationspartnern sozialräumlich weiterzuentwickeln und zu erhalten. Um diesem Anspruch weiterhin gerecht werden zu können, sind nachhaltige Konzepte zur Generierung künftiger und zur Sicherung aktueller Fachkräftressourcen zu entwickeln und sehr zeitnah umzusetzen. Um die Funktionsfähigkeit der sozialen Systeme auch in Zukunft zu gewährleisten, sind noch weitergehende Aktivitäten erforderlich.



Handlungs-empfehlungen

- Bekenntnis der Kreispolitik zur Istanbul-Konvention
- Mittelgewährung in Verbindung mit Gewaltschutzkonzepten
- Konzeptentwicklung Interkommunale Zusammenarbeit / „Zweckverband Soziales“

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Verlässliche Angebote und Strukturen

Im Netzwerk Frühe Hilfen wurde den Folgen der Pandemie und des Ukraine-Krieges mit zusätzlichen Mitteln und ergänzenden Angeboten begegnet. Ein wichtiges Thema ist auch weiterhin, das Netzwerk Frühe Hilfen systematisch mit Angeboten des Gesundheitswesens zu verzahnen, um die Entwicklungschancen von Kindern zu verbessern, mögliche Risiken frühzeitig zu minimieren und

Kindeswohlgefährdungen zu vermeiden. Auch aus Sicht der kreiseigenen Gesundheitsfachplanung ist es wünschenswert, hier in den nächsten Jahren systemübergreifende verlässliche Strukturen aufzubauen, um das Potential der Lotsenfunktion der Frühen Hilfen zu nutzen. Durch den verstärkten Einsatz von Familienhebammen und FGKiKPs (Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen) wurden Frühe Hilfen als nicht stigmatisierende Hilfeform weiter ausgebaut.

Das präventive Angebot der niedrigschwelligen Elternberatung als erster wichtiger Anlaufpunkt für belastete Familien und in Krisensituationen wurde bedarfsorientiert neu konzipiert, die Städte im Kreis wurden an der Auswahl der Standorte in ihrem Gebiet beteiligt. Mit der beschlossenen Mittelaufstockung wurden zusätzliche Kindertageseinrichtungen nach sozioökonomischen und soziodemografischen Kriterien für das Angebot ausgewählt, die Versorgung wird regional ausgeschrieben. Die Beratung kann dann ergänzend auch von Eltern bzw. Erziehungsberechtigten aus anderen Einrichtungen, der Kindertagespflege und den Familienzentren genutzt werden. Aus der Beratung wird von zunehmenden finanziellen Sorgen bis hin zu Existenzängsten berichtet. Das Fehlen oder der Wegfall von Sicherheiten in vielen Lebensbereichen zeigt sich auch im Verhalten der Kinder, dies hat erhöhte Beratungs- und Förderbedarfe zur Folge. Familien mit Migrationshintergrund benötigen zur Inanspruchnahme des Angebots besondere Unterstützung, z.B. durch Sprach- und Kulturmittlung.

Die Bedarfsplanung der Kindertagesbetreuung wurde dem Jugendhilfeausschuss im März 2023 vorgelegt. Trotz

eines starken Anstiegs der Platzzahlen im Krippenbereich besteht im Ergebnis kreisweit noch ein signifikanter Fehlbedarf. Dieser erhöht sich aufgrund von geplanten Baugebieten und der Bevölkerungsprognose bis 2027 noch weiter. Eine Lösungsoption ist die mögliche Umwidmung von Ü3-Plätzen in U3-Plätze. Mit den Plätzen in der Kindertagespflege hat sich die Versorgungsquote im U3-Bereich insgesamt weiter erhöht. Die Ergebnisse für die übrigen Betreuungsbereiche werden im Handlungsfeld Bildung beschrieben.

Die Fokusgruppe AG § 78 Förderung und Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung hat zwei Unterarbeitsgruppen zu den Themen Kinderschutz und Inklusion gebildet.

Mit der neu eingerichteten Fachstelle Kinderschutz wurden neue Trägervereinbarungen und damit verbundene Schutzkonzepte auf den Weg gebracht und erörtert, wie die Kinderschutzanforderungen im System der Kindertagesbetreuung umgesetzt werden können. Informationen zu den Ergebnissen der Unterarbeitsgruppe Inklusion sowie den erarbeiteten Handlungsempfehlungen sind im Handlungsfeld Bildung dargestellt (s. S. 36).



Als künftige Herausforderungen können, vor dem Hintergrund von vorgesehenen Anpassungen der Finanzierungsstruktur, die finanzielle Lage insbesondere kleinerer Einrichtungen und die Bewertung der Auswirkungen von Platzzahlreduzierungen zur inklusiven Versorgung im Hinblick auf die insgesamt im Kreis bestehenden Bedarfe betrachtet werden.

Die Fokusgruppe AG § 78 Hilfen zur Erziehung hat sich zusätzlich zum allgegenwärtigen Thema des Fachkräftemangels u.a. mit dem Konzept zum Verzicht auf die Kostenheranziehung für junge Menschen in beruflicher Ausbildung und mit Fragen zur Steuerung der Schulbegleitungen vor dem Hintergrund des entwickelten Modells der Klassenassistenz befasst. Auch das Vorhaben „Rechtskreisübergreifendes sozialraumorientiertes Arbeiten“ wird inhaltlich weiter vorbereitet. Um Aufgaben der sozialen Daseinsvorsorge sozialraumorientiert gemeinsam mit den Kommunen qualitativ besser zu erfüllen wurde die Handlungsempfehlung „Entwicklung eines Konzepts zur interkommunalen Zusammenarbeit in Form eines Zweckverbandes“ erarbeitet, die freien Träger sollen in den Prozess eingebunden werden. Die Handlungsempfehlung wurde von der Steuerungsgruppe Sozialplanung als steuerungsrelevant eingeschätzt.

Die im Mai 2021 neu geschaffene Fachstelle koordiniert alle erforderlichen Aktivitäten zum Thema Kinderschutz auf fachlicher und strategischer Ebene und nimmt damit die Steuerungsfunktion des Jugendamtes in diesem Bereich wahr. Die AG Kinderschutz hat die Erarbeitung von einheitlichen Verfahren und Standards zum Kinderschutz vorangetrieben und sich mit der Erarbeitung von individuellen Schutzkonzepten in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie weiteren Arbeitsbereichen befasst. Zur Verantwortung der öffentlichen Träger für eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung nach dem SGB VIII zählen ausdrücklich auch Qualitätsmerkmale für den Schutz vor Gewalt.

Auf dem Workshop zur Istanbul-Konvention als ergänzende Arbeitsstruktur im Netzwerk Sozialplanung wurde der Ausbau von Schutzräumen für weibliche Gewaltopfer thematisiert. Das Problem besteht in der begrenzten Verfügbarkeit von Wohnraum im Kreisgebiet. Themen wie Täterarbeit, die Vermittlung neuer Rollenbilder sowie die Schaffung eines Problembewusstseins bei bestimmten Bevölkerungsgruppen wurden als weitere noch zu bearbeitende Punkte benannt. Auch die Vernetzung zwischen den verschiedenen Institutionen hat durch die Corona-Pandemie gelitten. Fortbildungsangebote, ebenso wie zahlreiche kommunale

Projekte im Bereich Gleichstellung, werden als Erfolge bewertet. Im Rahmen des Workshops wurden zwei Handlungsempfehlungen erarbeitet. Die „Mittelgewährung in Verbindung mit Gewaltschutzkonzepten“ verknüpft eine Bewilligung von Leistungen des Kreises an Empfänger, die mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt sind, mit der Maßgabe, ein Gewaltschutzkonzept zu erstellen. Die Handlungsempfehlung „Bekanntnis der Kreispolitik zur Istanbul-Konvention“ strebt ein strategisches Bekanntnis des Kreistages zu den Zielen der Konvention an. Beide Handlungsempfehlungen wurden von der Steuerungsgruppe Sozialplanung als steuerungsrelevant eingeschätzt.

Aufbau inklusives Hilfesystem

Zur stufenweisen Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) und der Schaffung einer inklusiven Jugendhilfe wurden die erforderlichen Projektstrukturen aufgebaut und die Stellen der sogenannten Verfahrenslotsen werden sukzessive besetzt. Wichtig ist auch, die Jugendhilfeplanung personell zu verstärken, um insbesondere die gesetzlichen Aufträge für mehr Prävention vor Ort und mehr Beteiligung von jungen Menschen, Eltern und Familien umzusetzen. Die erforderlichen technischen Vorbereitungen und Workshops zur fachlichen Qualifizierung für die Wirkungsmessung in der Jugendhilfe sind abgeschlossen, die Einführung des Instruments für alle neuen Hilfsmaßnahmen erfolgt im zweiten Halbjahr 2023. Für eine ganzheitliche und kundenorientierte Betreuung von Kindern und Jugendlichen wird bereits angestrebt, das Team Minderjährige organisatorisch vom Fachdienst Teilhabe in das Jugendamt zu überführen.

Die Organisation des Fachdienstes Teilhabe in multiprofessionellen Teams ist umgesetzt, dabei steht die Schaffung bedarfsorientierter neuer Angebote vor Ort im Zentrum. Um das Potential der gesetzlichen Optionen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und einer auf die Bedarfe abgestimmten Angebotsstruktur im Kreis auszuschöpfen, wird die gesetzlich vorgeschriebene Ansprechstelle aufgebaut. Sie ist mit dem Prozess der Einzelfallsachbearbeitung verzahnt und stellt den Informationsaustausch zwischen den beteiligten Akteuren sicher. Regelmäßige Austausche zur Zusammenarbeit mit der Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) finden statt.

Gemeinsam mit der AWO und der Lebenshilfe führt der Kreis Pinneberg in den nächsten fünf Jahren das geförderte Projekt „Inklusion vor Ort“ im Sozialraum



Elmshorn durch. Ziel ist vor allem, dass sich Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Schule und Gesellschaft enger vernetzen, damit in einem inklusiven Sozialraum alle Menschen selbstbestimmt und gemeinschaftlich leben können. Die Teilnehmenden der Sozialplanungskonferenz haben sich in einem Workshop zu dem Projekt dafür ausgesprochen, frühzeitig Ideen zur Finanzierung und Anschlussfähigkeit für die Zeit nach Abschluss des Projekts zu entwickeln und zu beraten. Auch auf die Kommunikation des Projektverlaufs und der Ergebnisse sollte besonders geachtet werden.

Erhalt sozialer Infrastruktur

Beherrschendes Thema im Handlungsfeld war weiterhin die Suche nach Lösungen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels zum Erhalt der sozialen Infrastruktur. Hierzu wurden die Förderung des dualen Studiums Soziale Arbeit weiter ausgebaut und eine Koordinierungsstelle zur Fachkräftegewinnung im Bereich Pflege eingerichtet.

Auch der Baustein eines gemeinsamen Qualifizierungsverbundes im Sozialen wird mit externer Unterstützung ab Sommer 2023 umgesetzt.

Die Fokusgruppe Teilhabe hat sich in Unterarbeitsgruppen ebenfalls mit verschiedenen Aspekten von Fachkräftemangel beschäftigt. Ein Instrument zur Gegensteuerung stellt der Qualifizierungsverbund dar, der bedarfsorientiert spezifische Fachfortbildungen für alle Interessierten im Kreisgebiet koordinieren wird. Zur Verbesserung der Angebotsplanung wird die Unterarbeitsgruppe Minderjährige eine lebensphasenorientierte Analyse der Angebotslandschaft vornehmen.

Um alle Aktivitäten und Ressourcen zum Thema Fachkräftemangel sinnvoll zu bündeln, erarbeitet der Fachbereich Familie, Teilhabe und Soziales zurzeit für das vierte Quartal 2023 ein Konzept mit definierten Meilensteinen für verschiedene Zeitintervalle, um nachhaltig auf die Entwicklung im Bereich der Fachkräfte im Sozialen einzuwirken. Die von der Kreisarbeitsgemeinschaft der

Wohlfahrtsverbände dazu in den Jugendhilfeausschuss eingebrachten Vorschläge sollen mit aufgenommen werden. Ebenso sollen die Ergebnisse der aufgabenkritischen Modernisierung und die Personalstrategie des Kreises mit berücksichtigt werden.

Auch der im Handlungsfeld Armut erwähnte Sonderfonds zur Krisenbewältigung dient der Sicherung der Regel- und Beratungsangebote sowie der gesamten sozialen Infrastruktur im Kreis. Zur Versorgung der steigenden Zahl unbegleiteter minderjähriger Ausländer (umA) war kurzfristig sogar eine Kapazitätserweiterung hinsichtlich der Unterbringungsmöglichkeiten im Rahmen von Inobhutnahmen erforderlich.

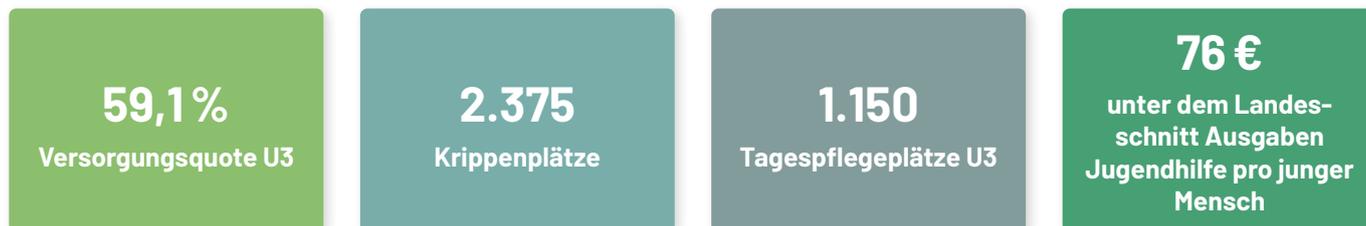
Um insbesondere die Funktionsfähigkeit des Jugendamtes auch in Zukunft zu gewährleisten, sind ggf. in Kooperation mit anderen Kreisen, noch weitergehende Aktivitäten erforderlich. Dies wird bereits dadurch unterstützt, dass die Kreise im landesweiten Benchmarking zum Vergleich der Wirksamkeit von fachlichen Strategien

und Steuerungsansätzen künftig eine Entwicklung hin zu einem Benchmarking vorantreiben, indem der Umfang des Kennzahlenvergleichs reduziert und dafür jährlich Schwerpunktthemen inhaltlich vertieft diskutiert werden sollen.

Die Teilnehmenden der Sozialplanungskonferenz haben die Wechselwirkung des Handlungsfeldes Infrastruktur sozialer Angebote u.a. mit dem Handlungsfeld Mobilität als Voraussetzung für die Erreichbarkeit und Inanspruchnahme der sozialen Angebote besonders hervorgehoben. Es wurde vorgeschlagen, neue auch niedrigschwellige Angebote in engerer Zusammenarbeit von Kreis und Kommunen zu schaffen. Zudem sollten die dem Handlungsfeld zugeordneten Themen überprüft und die Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie mobile und aufsuchende Arbeit nicht mehr dem Handlungsfeld Leben und Freizeit, sondern dem Handlungsfeld Infrastruktur sozialer Angebote zugeordnet werden. Das Ehrenamt spiele in beiden Handlungsfeldern eine wichtige Rolle.



Zahlen, Daten und Fakten



- Die Struktur der sozialen Angebote kann georeferenziert über das Hilfeportal (HIP) des Kreises Pinneberg abgerufen werden
- Das HIP liefert zahlreiche Informationen zu sozialen Angeboten, die Suche ist auch über den Wohnort und in neun Sprachen möglich
- Die Bedarfsplanung der Kindertagesbetreuung wurde 2023 nach 2015 wieder veröffentlicht
- Die Kinderbetreuung im U3-Bereich wurde im Kreisgebiet in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut, 2022 stehen insgesamt 3.525 Plätze zur Verfügung (+585 ggü. 2015)
- In Kitas stehen 2.375 Krippenplätze sowie in der Kindertagesbetreuung weitere 1.150 Plätze 2022 zur Verfügung
- Die Versorgungsquote mit U3-Bereich beträgt damit 59,1 % (+21,3 % ggü. 2015)
- Im landesweiten Benchmark werden keine Daten zur Kinderbetreuung mehr erhoben, da dies zukünftig über das Kita-Portal des Landes in Relation gesetzt werden kann
- Die Ausgaben in der Jugendhilfe steigen 2021 auf 665 Euro je Person unter 21 Jahre an (+92 Euro ggü. Vj.), der Kreis hat damit landesweit die drittniedrigsten Bruttogesamtausgaben pro Jungeinwohnendem
- Der Landesschnitt liegt höher bei 741 Euro je Person unter 21 Jahren (+77 Euro ggü. Vj.)
- Das Profil des Kreises Pinneberg zeichnet sich im Vergleich zu den anderen Kreisen in Schleswig-Holstein durch eine hohe Falldichte, dabei jedoch geringe Fallkosten und Bruttogesamtausgaben aus
- Im Benchmarkbericht Jugendhilfe wird empfohlen, die generell präventive kooperative Ausrichtung des Hilfesystems, die Wirkungsoptimierung sowie die sozialräumliche Ausrichtung im Kreis weiter fortzuführen

Quellenangaben

Benchmark Jugendhilfe S.-H. 2022 // Kreis Pinneberg 2022

Ausgaben Hilfen zur Erziehung pro Einwohnende unter 21 Jahren in Euro

| Schleswig-Holstein | Jahr | Kreis Pinneberg |
|--------------------|------|-----------------|
| 741 | 2021 | 665 |
| 664 | 2020 | 573 |
| 627 | 2019 | 520 |
| 587 | 2018 | 499 |
| 570 | 2017 | 471 |
| 549 | 2016 | 453 |

Quelle: Benchmarking Jugendhilfe



Zusammenfassung

Die Pendlerverflechtungen und auch die PKW-Dichte im Kreisgebiet erreichen weiter neue Höchstwerte. Im Bereich ÖPNV werden die Angebote weiter ausgebaut und Taktzeiten verkürzt, auch für den Radverkehr wird die Infrastruktur verbessert und erweitert. Die Einführung des Deutschland-Tickets bringt auch eine deutliche Tarifvergünstigung und -vereinfachung mit sich.



Erkenntnisse partizipative Prozesse

Integriertes Mobilitätsmanagement

Während der Sozialplanungskonferenz wurde betont, dass Mobilität sich stark auf die anderen sozialpolitischen Handlungsfelder auswirkt und eine erfolgreiche soziale Entwicklung im Kreis nur mit guten Mobilitätsangeboten und -möglichkeiten realisierbar ist. Häufig würden verschiedene Verkehrsmittel verwendet, um ein Fahrtziel zu erreichen. Die Übergänge zwischen diesen sind passgenauer zu gestalten. Hierzu sind auch Ideen für innovative Mobilitätsprojekte zu prüfen und dann entsprechend umzusetzen. Genannt wurden in diesem Zusammenhang u.a. Mitfahrprojekte, Bürgerbusprojekte oder die übergreifende gemeinsame Nutzung dienstlicher Fortbewegungsmittel aller Art von verschiedenen Institutionen.

Für die Steuerung im Handlungsfeld Mobilität halten die Teilnehmenden der Sozialplanungskonferenz ein integriertes Mobilitätsmanagement für erforderlich. Das Thema Mobilität wird als ein wichtiger Baustein in das integrierte

Klimaschutzkonzept für den Kreis Pinneberg, das aktuell erarbeitet wird, mit einfließen.

Bedarfsgerechte ÖPNV-Angebote

Gerade in den öffentlichen Verkehrsmitteln sollten mehr Möglichkeiten der Fahrradmitnahme geschaffen werden. Auch finanzielle Entlastungen, wie die Nachfolge des 9-Euro-Tickets, wurden schon auf der Sozialplanungskonferenz im August 2022 diskutiert, gerade auch im Hinblick auf die steigenden Lebenshaltungskosten. Auch eine Vereinfachung von Tarifen wurde als notwendig erachtet. Mit der Einführung des Deutschland-Tickets wurden Teile dieser Anmerkungen aus der Sozialplanungskonferenz bereits umgesetzt. So werden auch die im Rahmen der Schülerbeförderung berechtigten Schülerinnen und Schüler im Kreisgebiet zum neuen Schuljahr 2023/2024 auf das Deutschland-Ticket umgestellt. Die politischen Gremien haben sich in den vergangenen Monaten zudem

damit beschäftigt, inwieweit allen Schülerinnen und Schülern sowie weiteren Bevölkerungsgruppen, wie etwa Personen mit Sozialleistungsbezug, zusätzliche Vergünstigungen für den ÖPNV gewährt werden könnten. Auf der Sozialplanungskonferenz wurde darauf hingewiesen, dass Bedarfe von älteren Menschen sowie Menschen mit Behinderung bei der Angebotsgestaltung des ÖPNV stärker zu berücksichtigen sind. Entsprechende Aspekte zu mobilitätseingeschränkten Menschen wurden auch schon in den neuen 5. Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP) aufgenommen.

Der neue 5. RNVP des Kreises wurde erstmals als gemeinsamer Plan zusammen mit den Kreisen Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg verabschiedet, um auch koordinierte ÖPNV-Angebote jenseits von Kreisgrenzen besser zu ermöglichen. Für die Umsetzung von weiteren Maßnahmen im Kreisgebiet wurden zum Fahrplanwechsel Ende 2023 weitere ca. 1,5 Mio. Euro von den politischen Gremien genehmigt. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Taktverkürzungen und die zeitliche Ausweitung von bestehenden Linien. Die zunehmend verlängerten Lieferzeiten von neuen Bussen und die notwendige Rekrutierung zusätzlichen Fahrpersonals auf einem angespannten Arbeitsmarkt sind in Teilen Schleswig-Holsteins bereits begrenzende Faktoren für den weiteren Ausbau des ÖPNV-Angebots geworden, womit zukünftig auch für den Kreis Pinneberg gerechnet werden kann.

Radverkehr

Mit der Förderrichtlinie des Kreises Pinneberg stehen auch weiterhin jährlich 1 Mio. Euro zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur in den Kommunen zur Verfügung. Die Evaluation des Radverkehrskonzepts erfolgt 2025, wenn wieder Daten aus der neuen Erhebung „Mobilität in Deutschland (MID)“ vorliegen. Die Kampagne STADTRADELN des Klimabündnisses wird im Kreis Pinneberg mit zahlreichen Kommunen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen durchgeführt.

Die Abstellanlagen an Bahnhöfen, die meistens überdacht und zum Teil auch abschließbar sind, wurden und werden im Kreisgebiet weiter ausgebaut. Für den Radschnellweg von Hamburg nach Elmshorn haben für einen ersten Teilabschnitt vom Hamburger Stadtgebiet über Halstenbek nach Pinneberg die entsprechenden politischen Gremien der Kommunen und des Kreises jeweils einen Grundsatzbeschluss gefasst, der den Abschluss eines Trassenbündnisses ermöglicht. Den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur weiter voranzutreiben, war auch eine Empfehlung der Teilnehmenden der Sozialplanungskonferenz.



Zahlen, Daten und Fakten

10 %

Hauptverkehrsmittel
ÖPNV

16 %

Hauptverkehrsmittel
Fahrrad

+ 2.000

Auspendelnde

568

PKW je
1.000 Menschen

Auspendelnde

- Auch 2022 nehmen die Pendlerverflechtungen weiter zu; es gilt jedoch zu berücksichtigen, dass mit der nachfolgenden Statistik nur Unterschiede zwischen dem Wohn- und dem Arbeitsort erfasst werden und nicht, ob, wie oft oder mit welchem Verkehrsmittel der Arbeitsweg wirklich getätigt wird
- Etwa 74.500 Personen pendeln zu ihrem Arbeitsplatz außerhalb des Kreises (+ 2.000 ggü. Vj.)
- Das Hauptziel bleibt weiterhin die Hansestadt Hamburg mit etwa 53.350 Personen (+ 1.050 ggü. Vj.), der Anteil beträgt weiterhin 72 %
- Auch die Pendlerbewegungen in die anderen Kreise und Städte in Schleswig-Holstein nehmen mit 12.750 Personen (+ 250 ggü. Vj.) weiter zu
- Die beiden Hauptziele in Schleswig-Holstein bleiben die Nachbarkreise Segeberg mit 6.200 (+ 200 ggü. Vj.) und Steinburg mit 2.700 (- 100 ggü. Vj.)
- Nach dem inzwischen nicht mehr aktualisierten Covid-19 Mobility Project des Robert Koch Instituts und der Humboldt Universität Berlin waren die Bewegungsdaten im Kreisgebiet zwischen Anfang 2020 und Mitte 2022 leicht geringer als im Bundesschnitt; dies könnte darauf hinweisen, dass es einen höheren Anteil an Home Office Nutzung gibt

Einpendelnde

- Etwa 37.300 Personen wohnen in anderen Kreisen und haben 2022 ihren Arbeitsplatz im Kreis Pinneberg (+ 100 ggü. Vj.)
- Etwa 15.600 pendeln hierbei aus anderen Städten und Kreisen in Schleswig-Holstein ein (+ 100 ggü. Vj.)

- Der Kreis Segeberg mit 4.900 Personen (+ - 0 ggü. Vj.) sowie der Kreis Steinburg mit 7.100 Personen (- 100 ggü. Vj.) sind die beiden Hauptregionen aus Schleswig-Holstein
- Aus der Hansestadt Hamburg pendeln 2022 etwa 15.100 Menschen in das Kreisgebiet ein (- 200 ggü. Vj.)

Motorisierung

- Beim Motorisierungsgrad haben Ende 2021 die Werte auf allen kommunalen Ebenen nur minimal zugenommen
- Ende 2021 sind im Kreis Pinneberg 568 Fahrzeugen je 1.000 Menschen (+ 2 ggü. Vj.) zu verzeichnen
- Der Kreis liegt damit weiterhin unter dem Schnitt von Schleswig-Holstein mit 593 (+ 4 ggü. Vj.) und dem Wert für die Gesamtrepublik mit 583 (+ 2 ggü. Vj.)
- Im Betrachtungsraum Wedel ist der Wert besonders niedrig, während in den nördlichen, eher ländlichen Regionen höhere Werte zu verzeichnen sind
- Der Fahrzeugbesitz korrespondiert demnach auch mit der Raumstruktur, also ob es eher städtisch oder ländlich geprägte Regionen sind

ÖPNV und Radverkehr

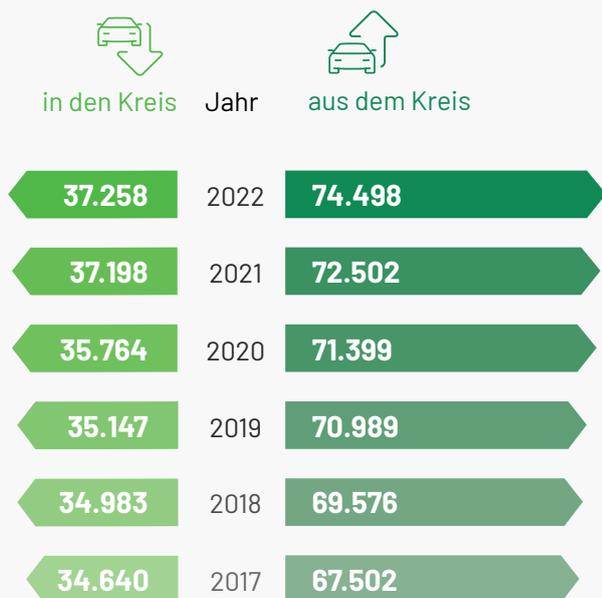
- Der letzte erfasste ÖPNV-Verkehrsmarktanteil für den Kreis Pinneberg im Jahr 2017 betrug 10 %, womit sich der Kreis im Landesvergleich in der Spitzengruppe befand
- Dies zeigte schon damals die hohe Bedeutung des Öffentlichen Personennahverkehrs, für 2023 ist eine neue regionale Erfassung der Mobilität in Deutschland (MID) vorgesehen

- Die Zufriedenheit mit dem ÖPNV, die sich allerdings nicht nur auf den Kreis Pinneberg, sondern auf das HVV-Gesamtgebiet bezieht, hat sich 2022 mit dem schwächsten Ergebnis der letzten 10 Jahre signifikant verschlechtert, bleibt aber trotzdem noch auf gutem Niveau
- Auch bei anderen Verkehrsmitteln, wie Fahrrad oder PKW, nahm die Zufriedenheit ab
- Im HVV-Gebiet Schleswig-Holstein bekommen besonders die Umsetzung des 9-Euro-Tickets, die digitalen Informationsangebote des HVV aber auch das Linien- und Streckennetz gute Bewertungen
- Eher mäßige Bewertungen erhalten der Komfort und die Ausstattung von Haltestellen, die persönliche Sicherheit an Haltestellen während der Dunkelheit, das Tarifsystem, das Preis-Leistungsverhältnis sowie die Informationen bei Verspätungen und Störungen
- Bei der letzten MID-Erhebung 2017 hatte das Fahrrad einen Anteil von 16 % als primäres Verkehrsmittel, der Kreis Pinneberg zeigte hier den höchsten Wert aller Umlandkreise in der Metropolregion Hamburg

Quellenangaben

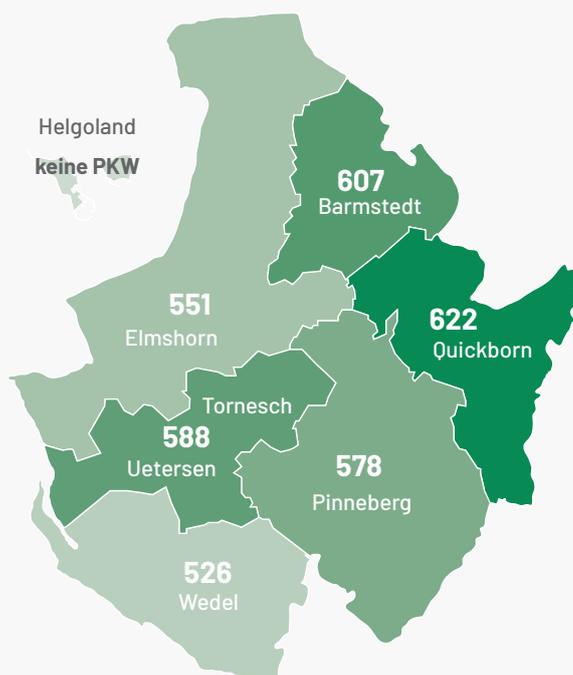
Agentur für Arbeit 2022 // Covid-19 Mobility Project 2022 // ÖPNV-Kundenbarometer 2022 // Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2022 // Mobilität in Deutschland (MID) 2017 // Kraftfahrtbundesamt 2021

Entwicklung Pendlerströme über die Kreisgrenzen



Quelle: Agentur für Arbeit

PKW-Dichte



Quelle: Kraftfahrtbundesamt



Zusammenfassung

Mit einer eigenen Fachplanung erfährt das Handlungsfeld mehr Beachtung. Der Erhalt und die qualitative Verbesserung gesundheitlicher Versorgungsstrukturen wird durch den zunehmenden Fachkräftemangel gebremst. Themen wie Gesundheitsvorsorge oder -förderung werden in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen. Die Daten der Schuleingangsuntersuchungen liegen nach der Pandemie erstmals wieder vor. Psychische Erkrankungen als Grund für Krankschreibungen erhöhen sich weiter.



Erkenntnisse partizipative Prozesse

Gesundheitsplanung und neues Partizipationsformat

Mit der seit 2022 in der Kreisverwaltung etablierten Gesundheitsplanung als neue Fachplanung wird das Handlungsfeld Gesundheit aufgewertet. Erstmals wird Mitte des Jahres ein Gesundheitsbericht des Kreises veröffentlicht, in dem verschiedenste gesundheitliche Aspekte ausführlich beschrieben werden. Der Gesundheitsbericht ergänzt damit den jährlichen Fokusbericht, der sich weiterhin überblicksartig mit allen sozialpolitischen Handlungsfeldern befasst, um vertiefte Einblicke in die gesundheitspolitischen Themen. So hat auch die Sozialplanungskonferenz angemerkt, dass Bereiche wie der Ausbau von Prävention und Gesundheitsförderung zukünftig an Bedeutung gewinnen werden. Dabei sollten alle Lebensbereiche und Zielgruppen mitbedacht werden. Insbesondere junge Menschen sollten vermehrt durch präventive Angebote und Programme, z.B. auch im Schulkontext, angesprochen werden. Auch in pädagogischen und psychologischen Ausbildungen

sind Themen der Gesundheitsförderung mehr zu berücksichtigen. Weitere zukünftige gesundheitliche Problematiken, wie die zunehmenden Hitzeperioden und ein möglicher Hitzeaktionsplan für den Kreis, wurden schon in der Fokusgruppe Gesundheitsversorgung angesprochen. Die Fokusgruppe AG § 78 Förderung und Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung hat eine Handlungsempfehlung „Sprachstandserhebung von Kindern in Kindertageseinrichtungen“ entwickelt, die ebenfalls den Aspekt frühkindlicher Gesundheitsförderung beinhaltet. Die Handlungsempfehlung ist noch einmal genauer im Handlungsfeld Bildung beschrieben (s. S. 37).

Die landesweite Gesundheitsberichterstattung wird auf Bestreben der Landesregierung in den nächsten Jahren deutlich erweitert werden und neue Informationen zum Handlungsfeld liefern. Auf Kreisebene werden die Gesundheitsindikatoren der integrierten Sozialplanung und der Fachplanung in enger Abstimmung weiterentwickelt.

In den Workshops der Sozialplanungskonferenz wurde betont, dass die Schaffung von Angeboten sich immer an den Bedarfen zu orientieren hat. Dementsprechend sind regelmäßige datenbasierte Bestandsaufnahmen und Prognosen erforderlich. Neben den datenbasierten Gesundheitsberichten der Gesundheitsplanung kann hierbei der in Kooperation mit der Nordakademie entwickelte IT-gestützte „Gesundheitsseismograph“ ein Instrument sein. Hiermit sollen in den nächsten Jahren die sich verändernden Versorgungsbedarfe im Kreis digital erfasst werden; dem Sozialausschuss wurde das Instrument bereits vorgestellt.

Die Fokusgruppe Gesundheitsversorgung hat sich im vergangenen Jahr ausführlich mit der Erweiterung der partizipativen Strukturen im Handlungsfeld beschäftigt. Es wurde angeregt, die Fokusgruppe in eine Kommunale Gesundheitskonferenz zu überführen. Gerade aufgrund der Komplexität von gesundheitspolitischen Themen und den vielfältigen Herausforderungen ist es angebracht, den Personenkreis zu erweitern, z.B. um weitere ärztliche Beteiligte, um gemeinsam entsprechende Lösungsansätze zu entwickeln. Die Konferenzen werden demnach themenspezifisch mit teilweise wechselnden Fachexperten stattfinden und von einer Lenkungsgruppe gesteuert.

Die politischen Gremien haben den Vorschlag der Fokusgruppe aufgenommen und der Etablierung einer kommunalen Gesundheitskonferenz zugestimmt. Zukünftig wird diese Konferenz das zentrale Partizipationselement – im Sinne einer ergänzenden Arbeitsstruktur der Sozialplanung – für den Bereich Gesundheit sein. Der Fachbeirat Sucht und der AK Gemeindenahe Psychiatrie bleiben als weitere Fokusgruppen im Handlungsfeld erhalten.

Gesundheitliche Versorgungsstrukturen

Bereits auf der Sozialplanungskonferenz wurde eine Reihe von Vorschlägen gesammelt, wie der Ausbau der sektorenübergreifenden Versorgung möglich wäre, z.B. in Form von Gesundheitszentren oder medizinischen Versorgungszentren etwa für Menschen mit Behinderung. Insgesamt ist Gesundheitsversorgung mehr sozialräumlich zu denken, beispielsweise durch die Schaffung von ergänzenden, niedrigschwelligen und präventiven bzw. gesundheitsfördernden Angeboten nicht nur zur rein medizinischen Versorgung. Auch die Fokusgruppe Gesundheitsversorgung hat das Thema integrierte medizinische Versorgungsstrukturen, neben aktuellen Formen der Kooperation zwischen den Bereichen ambulant und stationär, besprochen.



Mit dem beschlossenen Neubau eines Zentralkrankenhauses im Kreis und dem Modellprojekt Gesundheitsversorgung können auch diese Kooperationsstrukturen weiter ausgebaut werden. Das Krankenhaus ist als „Gesundheitscampus“ geplant, der verschiedenste medizinische Versorgungsangebote beinhaltet. Weiter hat die Fokusgruppe angeregt, dass beim Neubau auch in bestimmten Bereichen in „demenzsensibler Architektur“ gebaut werden sollte.

In der Sozialplanungskonferenz wurden mehr Beratungsstellen für Erkrankte und deren Angehörige, sowie eine stärkere Beleuchtung der Beratung im therapieähnlichen Kontext angemahnt. Auch die genderorientierte ärztliche Versorgung, wie z.B. bei Herzinfarkten, sollte noch stärker beachtet werden. Weiterhin sind für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung die Potentiale der Digitalisierung besser auszuschöpfen. Beispiele hierfür sind digitale Gesundheitsangebote wie Beratungen und Trainings oder auch digitale Arztgespräche. Mit der Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung und den entsprechenden Versorgungsstrukturen hat sich die Fokusgruppe Gesundheitsversorgung beschäftigt, dies ist noch einmal ausführlicher im Handlungsfeld Ärztliche Versorgung und Pflege beschrieben (s. S. 54).

In der Sozialplanungskonferenz wurden verstärkte Bedarfe bei der Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Suchterkrankungen gesehen. Entsprechende Angebote sollten ausgebaut und die Strukturen und Prozesse optimiert werden. So wird z.B. der Übergang von stationärer zu ambulanter Versorgung in diesem Bereich als verbesserungswürdig angesehen. Auch der Fachbeirat Sucht hat sich bei der Erstellung des neuen Suchthilfeplans für die Jahre 2023 bis 2027 ausführlich mit diesen Thematiken beschäftigt. Gerade Unterstützungsangebote oder Selbsthilfegruppen für spezifische Problemlagen bzw. Zielgruppen, wie Menschen mit Migrationshintergrund, medikamentenabhängige Menschen oder medienabhängige Kinder, gilt es noch gezielter zu entwickeln. Mit den Auswirkungen der Legalisierung von Cannabis wird sich der Fachbeirat wieder beschäftigen, sobald entsprechende gesetzliche Regelungen vorliegen.

Der Arbeitskreis Gemeindenahe Psychiatrie hat im Hinblick auf die Versorgungsstrukturen auch noch einmal das Thema Wohnen betont. Die Problematik der Erhöhung der Lebenshaltungskosten spielt eine große Bedeutung in der täglichen Betreuungsarbeit. Mit dem Erhalt eines stabilen Wohnumfeldes können krisenhafte Entwicklungen mit wiederholten Krankenhausaufenthalten vermieden

werden. Auch mit dem Instrument des „Offenen Dialogs“ hat sich der AK Gemeindenahe Psychiatrie beschäftigt. Das Instrument wird als zielführend bewertet und könnte langfristig in das Versorgungssystem im Kreis integriert werden.

In den Workshops der Sozialplanungskonferenz wurde sich außerdem dafür ausgesprochen, die Themen Gesundheit und ärztliche Versorgung zukünftig in einem gemeinsamen Handlungsfeld zu bearbeiten.

Erreichbarkeit der Gesundheitsversorgung

In der Sozialplanungskonferenz wurde die Verbesserung der Erreichbarkeit medizinischer bzw. gesundheitlicher Angebote thematisiert. Neben dem Ausbau der Barrierefreiheit ging es auch um die enge Verbindung zu den Handlungsfeldern Mobilität und Infrastruktur sozialer Angebote. Darüber hinaus ist aber auch die ärztliche Versorgung in den Regionen in den Blick zu nehmen, wie auch im Handlungsfeld Ärztliche Versorgung und Pflege beschrieben. Die Erreichbarkeit von Fach- und Hausarztpraxen aber auch Notfallpraxen bzw. Notaufnahmen ist zu verbessern. Die Niederlassung von Fach- und Allgemeinärzt*innen sollte sich noch stärker an der Regionalität, also an der guten Versorgung und gesunden Lebensverhältnissen für alle Bevölkerungsschichten orientieren und mit entsprechenden Anreizen gefördert werden.

Fachkräftemangel

Wie ausführlicher im Handlungsfeld Ärztliche Versorgung und Pflege beschrieben, hat sich die Fokusgruppe Gesundheitsversorgung mit dem sich verschärfenden Fachkräftemangel bei niedergelassenen Ärzt*innen sowie im ambulanten und stationären Bereich beschäftigt. Auch während der Sozialplanungskonferenz wurden die zunehmend fehlenden Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegesektor als begrenzender Faktor für den Erhalt und Ausbau der gesundheitlichen Versorgung im Kreis thematisiert. Gerade auch in der Schwangerenversorgung, bei Hebammen und Kinderärzt*innen sind die Lücken schon erkennbar. Auch der Fachbeirat Sucht beschreibt, dass besonders bei der Suchtprävention in Schulen aufgrund des Fachkräftemangels und hoher Personalfuktuation die gut etablierten Kooperationsstrukturen nur noch schwer aufrecht zu erhalten sind.

Generell stimmen alle Fokusgruppen überein, dass es einer großen gemeinsamen Fachkräfteoffensive im Kreis bedarf, um Fachkräfte langfristig in der Region zu binden und Strukturen sowie Angebote erhalten zu können.

Bewegungsförderung

Im Workshop „Folgen der Pandemie“ wurde auf der Sozialplanungskonferenz auch noch einmal darauf hingewiesen, dass besonders Kinder und Jugendliche betroffen sind und sich das Leben von Familien maßgeblich geändert habe.

Neben Lernrückständen in der Schule sind auch Defizite in der sprachlichen Entwicklung und der Motorik auszumachen. Durch die Pandemie sind bei Kindern und Jugendlichen deutlich weniger Bewegung, höhere Mediennutzung und ein ungesünderes Essverhalten zu verzeichnen. Auch die teilweise fehlenden Schuleingangsuntersuchungen der vergangenen Jahre haben dazu beigetragen, dass Defizite nicht ausreichend erkannt wurden. Gerade beim Thema Bewegungsmangel und Übergewichtigkeit sollten daher neue Präventionsmaßnahmen in Schulen oder Kindertagesstätten geschaffen werden.

Zahlen, Daten und Fakten



Schuleingangsuntersuchungen

- Zentrale Daten für dieses Handlungsfeld liefert die Schuleingangsuntersuchung
- Aufgrund der Corona-Pandemie fand diese in den vergangenen Jahren nicht oder nur eingeschränkt statt
- Die Daten der Schuleingangsuntersuchung 2021/2022 für das Einschulungsjahr 2022 liegen erstmals wieder vollständig vor
- Vergleiche zu Vorjahren vor der Pandemie werden als nicht aussagekräftig bewertet, auch die landesweiten Daten liegen noch nicht vor
- Ausführliche Informationen zu den Daten, auch differenziert nach Geschlecht oder Herkunft, werden im Gesundheitsbericht veröffentlicht
- Der durchschnittliche Anteil unzureichender Sprachkompetenz, also weniger als 4 auf einer 5er-Skala, beträgt 22,9 %

- Die Betrachtungsräume Pinneberg und Uetersen/Tornesch weisen mit 24,4 % unzureichender Sprachkompetenz die höchsten Werte auf
- Emotionale Probleme wurden bei 4,6 % der Kinder diagnostiziert, bei 4,5 % eine Hyperaktivität
- Die Übergewichtigkeit bei den Einschulungskindern liegt kreisweit bei 10,9 %
- Den höchsten Anteil an Übergewichtigkeit gibt es mit 13,0 % im Betrachtungsraum Elmshorn
- Von den untersuchten Kindern weisen 94,9 % keine Einschränkung im Hörvermögen auf
- Beim Sehvermögen weisen 49,6 % keine Einschränkungen auf, 11,5 % wurde eine Überweisung zum Augenarzt angetragen und der Rest hat entweder schon eine Brille oder der Befund wurde als nicht zwingend behandlungsbedürftig eingestuft
- Bei Mumps sind mit 98,2 % die höchsten Impfquoten zu verzeichnen, gleich gefolgt von Masern mit 98,1 %

- Auch bei Tetanus und Diphtherie existierten hohe Impfquoten von etwa 92 %

Arbeitsunfähigkeit

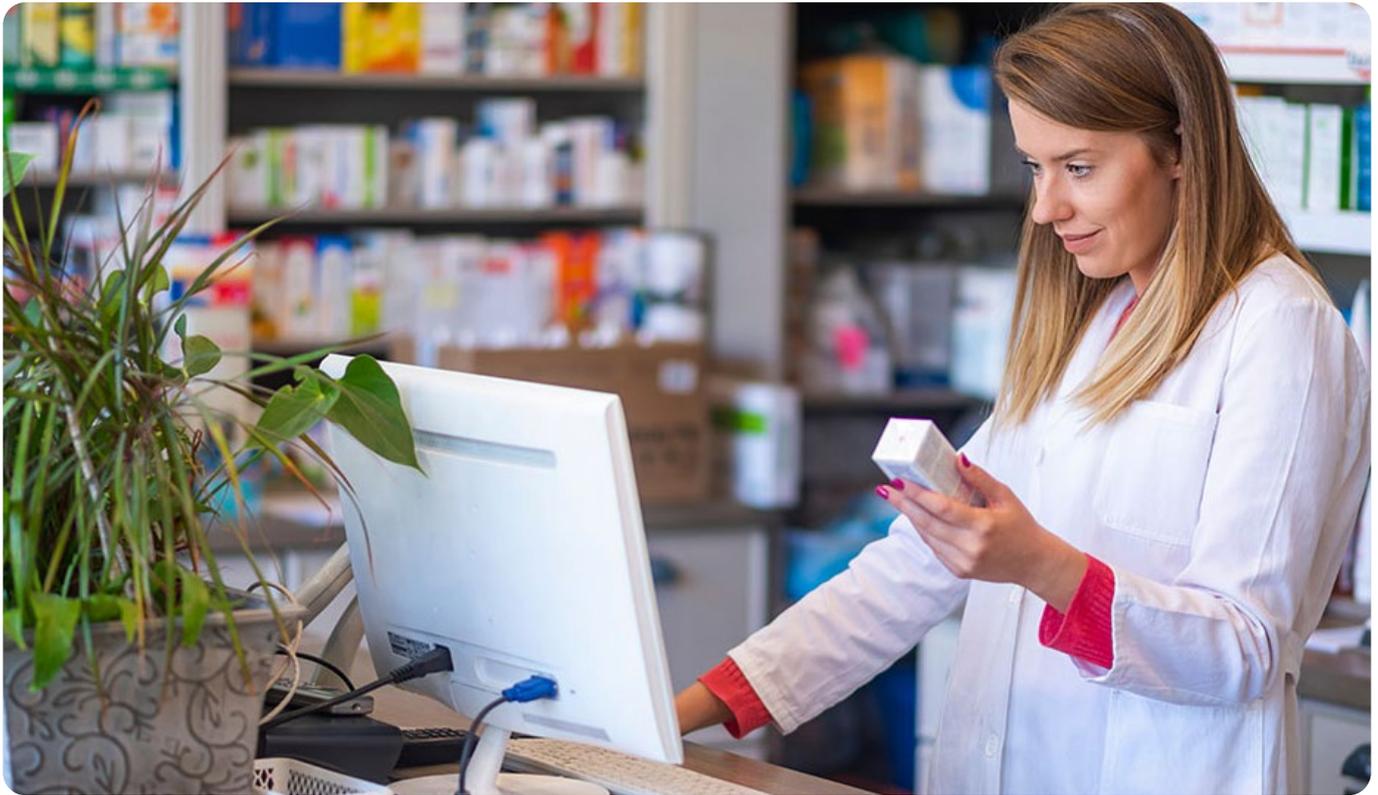
- Informationen über die Gesundheit von Erwachsenen liefern die Diagnosen der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen der gesetzlich Versicherten
- Die Auswertung erfolgt allerdings nur für die Mitglieder der jeweiligen Krankenkasse
- Für die Mitglieder der Barmer Krankenkasse im Kreis Pinneberg zeigt sich, dass diese im Jahr 2020 bei den Krankheitstagen etwa 10 % unterhalb des Bundesdurchschnitts lagen; für 2021 lagen zu Redaktionsschluss keine Daten für den Kreis vor
- Der weit überwiegende Teil der Krankschreibungen resultiert aus leichten Erkrankungen mit nur kurzer Krankschreibungsdauer
- Die meisten Krankschreibungen gibt es für Atemwegserkrankungen

- Die höchsten Fehlzeiten basieren auf Muskel-Skelett-Erkrankungen, kurz danach gefolgt von psychischen Erkrankungen
- Bei Krankschreibungen aufgrund psychischer Erkrankungen gibt es deutliche Zunahmen, dies gilt für alle Kassen
- Der DAK Gesundheitsreport beschäftigt sich besonders mit Risikofaktoren für Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Neben Rauchen, Diabetes und Bluthochdruck kommen Depressivität und Erschöpfung als weitere zentrale Risikofaktoren für Herz-Kreislauf-Erkrankungen hinzu

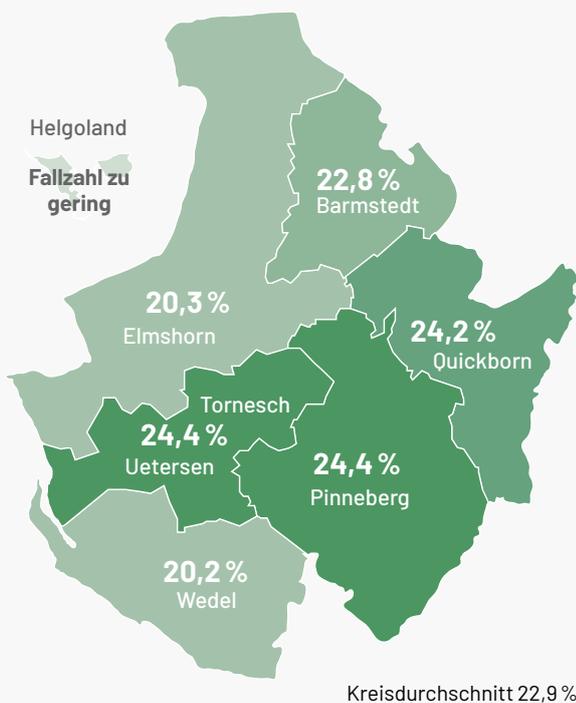
Quellenangaben

Kreis Pinneberg 2022 // Barmer Gesundheitsreport 2022 // TK Gesundheitsreport 2022 // DAK Gesundheitsreport 2022



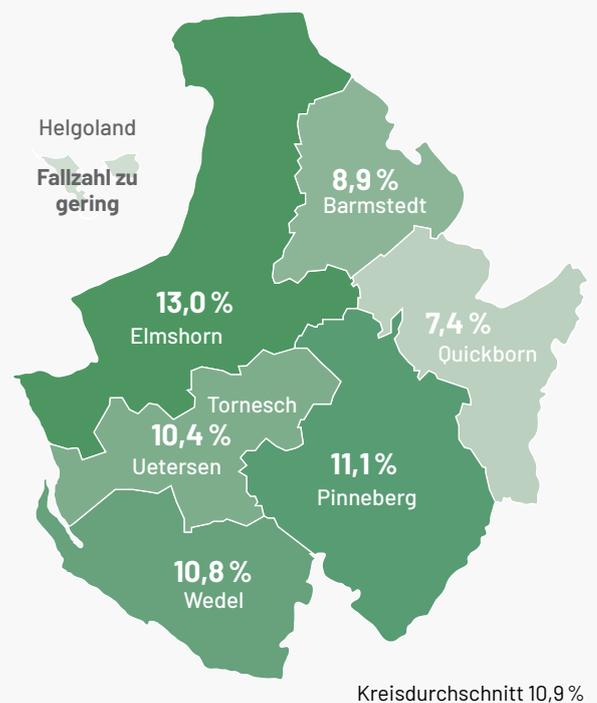


Unzureichende Sprachkompetenz



Quelle: Kreis Pinneberg 2022

Übergewichtigkeit



Quelle: Kreis Pinneberg 2022



Zusammenfassung

Bezahlbarer Wohnraum, bei steigenden Wohnnebenkosten, bleibt eines der zentralen Themen, z.B. auch um genügend Fachkräfte im Kreis zu halten. Für viele Bevölkerungsgruppen gibt es Hemmnisse auf dem Wohnungsmarkt. Steigende Zinsen und Baukosten hemmen den Neubau. Erstmals seit langem sinken die Preise von bestehenden Einfamilienhäusern im Kreis. Eine Ursache hierfür kann der nicht ausreichende energetische Zustand vieler Gebäude sein.



Erkenntnisse partizipative Prozesse

Wohnungsbau und älterer Wohnungsbestand

Die Regionale Wohnungskonferenz „Berücksichtigung von Klimaschutz und Klimafolgen im Wohnungsbau“ im April 2023 beschäftigte sich neben dem klimagerechten Wohnungsbau, dem energetischen Quartiersmanagement und den Möglichkeiten natürlicher Entwässerung auch mit der Frage, wie Wohnraum bei steigenden Baukosten im Kreis realisiert werden kann. Auch das Anwachsen der Bauzinsen, lange Genehmigungs- und Realisierungszeiten sowie Fachkräftemangel in der Bauwirtschaft tragen zu Unsicherheiten im Wohnungsneubau bei. Dementsprechend ist in den nächsten Jahren für den Kreis Pinneberg mit einem deutlichen Rückgang an neu errichtetem Wohnraum zu rechnen.

Weiterhin wurde angemerkt, dass etwa die Hälfte der Wohnungen im Kreis zwischen 1949 und 1978 gebaut wurden und damit größtenteils nicht den energetischen

Anforderungen von heute entsprechen würden. Gerade für energetisch schlecht sanierten Wohnraum ist mit deutlichen Abschlägen zu rechnen, worauf auch die seit langem erstmals reduzierten Preise bei Bestandshäusern im Kreis hindeuten. Verlässliche Förderungen von Landes- und Bundeseite wurden hier angemahnt.

Auch auf der Sozialplanungskonferenz wurde diskutiert, wie es gelingen kann, den Bestand an Wohnungen besser zu nutzen. So könnte Menschen, die im Alter in zu großen Wohnhäusern leben, z.B. der Wechsel in eine andere, besser passende Wohnung ermöglicht werden. Gerade alleinstehende ältere Menschen würden gerne auf weniger Fläche leben, finden aber i.d.R. keinen bezahlbaren Wohnraum in der Umgebung. Junge Familien hingegen, die gerne mehr Platz hätten, finden keine Wohnhäuser. Hier könnten Tauschbörsen eine Option sein.

Abbau von Hürden im Wohnungsmarkt

Mehrere Fokusgruppen, verschiedene Gremien und auch die Sozialplanungskonferenz betonen die Bedeutung von bezahlbarem Wohnen als wichtigen Standortfaktor für den Kreis, um z.B. in Zukunft auch genügend Fachkräfte gewinnen zu können. Wohnmöglichkeiten für Auszubildende und Bevölkerungsgruppen mit besonderen Bedarfen oder geringem Einkommen sind weiterhin zentrale Themen. Das Thema Wohnen wird auch in anderen Handlungsfeldern wie Integration oder Inklusion noch einmal spezifisch beschrieben. Auf der Sozialplanungskonferenz stellten Hürden auf dem Wohnungsmarkt ein zentrales Diskussions-thema dar. So wurden dort Menschen mit Behinderung, Menschen in Wohnungslosigkeit oder die von dieser bedroht sind, Menschen in öffentlicher Unterbringung, Menschen mit Migrationshintergrund und Sprachbarrieren oder im SGB II-Leistungsbezug als primäre Gruppen mit Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt benannt. Aber auch für Familien und dringend benötigte Fachkräfte sind die Erschwernisse auf dem Wohnungsmarkt ein Hemmnis. Als mögliche Lösungsansätze wurden einmal Unterstützungsangebote, wie z.B. Angebote zum begleitenden Wohnen beim Übergang aus der stationären Jugendhilfe, benannt. Weiterhin könnte auch der Abbau von bürokratischen Hürden ein Beitrag sein, z.B. würden lange Bewilligungsverfahren des Jobcenters dazu führen, dass Wohnungen mit mehr Quadratmetern oder höherem Mietpreis bereits vergeben sind, bevor es einen Bescheid vom Jobcenter gibt. Außerdem sollten Rückkehrmöglichkeiten in den eigenen Wohnraum nach Aufenthalt in betreutem Wohnen verbessert werden. Auch eine veränderte Nutzung für besondere Wohnformen, die über einen Nutzungsvertrag nur für bestimmte Arten der Behinderung zugelassen wurden, sollte schneller möglich sein.

Bezahlbarer Wohnraum und Planung sozialer Wohnungsbau

Die Vergabe von Flächen sollte durch eine stärkere Planung über Auflagen oder Wettbewerbe erfolgen. Bei Ortsentwicklungskonzepten könnten Bedarfe gezielt formuliert werden, wie eine soziale Durchmischung („Drittmix“) sowie gute Infrastruktur und gesunde Wohnverhältnisse möglich sind. Das Land hat Ende 2022 eine neue Förderrichtlinie zur Sozialen Wohnraumförderung, u.a. mit höheren Zuschüssen und einer Anpassung der Bewilligungsmieten, verabschiedet. Die großen Kommunen im Kreis befinden sich dabei in der höchsten regionalen Förderstufe, alle anderen im Kreis in der zweithöchsten. Auch die politischen Gremien haben sich ausführlich mit der Verlängerung von Zweckbindungen beschäftigt. Die erarbeitete kreiseigene Förderrichtlinie muss nun noch einmal gemeinsam mit dem Innenministerium abgeglichen werden, ob diese im Rahmen der neuen Landesrichtlinie ergänzend noch möglich ist. Ein weiteres Thema in diesem Zusammenhang sind die Wohnnebenkosten wie Energie- und Heizkosten. Mögliche Berechtigte von Leistungen in diesem Bereich sind noch stärker durch Kampagnen über Entlastungsmöglichkeiten wie z.B. Wohngeld Plus oder Heizkostenzuschüsse zu informieren. Auf der Webseite des Kreises wurde dies schon umgesetzt.



Zahlen, Daten und Fakten

158.100

Wohnungen

4.700

Sozialwohnungen

9,51 €

durchschnittliche
Neumiete

212 €

durchschnittliches
Wohngeld

Wohnungen und Wohnungsbau

- Anhaltendes Bevölkerungswachstum erhöht auch die Anzahl der Haushalte und der Wohnungen im Kreisgebiet
- Der Bestand an Wohnungen im Kreisgebiet beträgt Ende 2021 etwa 158.100 (+1.200 ggü. Vj.)
- Weiterhin haben davon knapp 66 % eine Größe von drei bis fünf Zimmern
- Mit etwa 1.250 neuen Wohnungen wurden 2021 deutlich weniger Wohnungen fertiggestellt (-300 ggü. Vj.)
- Etwa 51 % der neuen Wohnungen hatten eine Größe von ein bis drei Zimmern (-3 % ggü. Vj.)
- Die erteilten Baugenehmigungen für Wohnungen nehmen 2021 deutlich zu auf etwa 1.960 (+500 ggü. Vj.), die ersten Zahlen für 2022 zeigen einen Rückgang auf etwa 1.500
- Die Eigentümerquote im Kreis wurde letztmals im Rahmen des Zensus 2011 ermittelt und mit 53 % angegeben
- Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohnendem steigt auch 2021 leicht auf 45,4 qm (+0,2 qm ggü. Vj.)
- Bei der durchschnittlichen Wohnfläche hat der Kreis im Landesvergleich noch den geringsten Wert
- Andere Kreise in Schleswig-Holstein kommen auf Werte bis zu 57,7 qm, was mit den dortigen teilweise wesentlich niedrigeren Grundstückspreisen und der eher städtischen Prägung des Kreises Pinneberg zusammenhängt
- Nach Prognosen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) hält der Trend zur Suburbanisierung von Großstädten in das Umland weiter an, was voraussichtlich zu einem weiteren Wohnungsbedarf im Kreis führen wird

Sozial geförderter Wohnraum

- Etwa 4.700 Wohnungen im Kreis waren Ende 2021 durch den sozialen Wohnungsbau gefördert (+50 ggü. Vj.)
- Nach dem aktuellen Stand wird bis 2026 für etwa 19 % dieser Wohnungen die Bindungspflicht entfallen
- Das Verhältnis der sozial geförderten Wohnungen zu allen Wohnungen hat sich in den vergangenen Jahren wenig geändert, die Quote bleibt für 2021 bei 2,97 % (+- 0 ggü. Vj.)
- Erste Zahlen für 2022 deuten darauf hin, dass sich die Anzahl der sozial geförderten Wohnungen leicht verringert hat

Immobilien- und Mietpreise

- Alle Preise für die größeren Kommunen im Kreis sind in der Tabelle angegeben
- Bei den Einfamilienhäusern sinken 2022 bei Bestandsbauten in fast allen großen Kommunen erstmals die Preise leicht, bei den bestehenden Eigentumswohnungen gibt es keinen einheitlichen Trend
- Bei den Neubauten von Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen steigen die Preise aufgrund der Baukosten 2022 weiter an
- Die Randgebiete um Hamburg wie Schenefeld, Wedel, Rellingen oder Halstenbek bleiben die Spitzenreiter bei den Preisen
- Die Preise für Neuvermietungen stiegen schon 2021 in allen größeren Kommunen weiter an
- Im Durchschnitt liegen die Quadratmeterpreise im Kreisgebiet bei 9,51 Euro pro qm (+0,33 Euro ggü. Vj.)
- In den Kommunen im Hamburger Randgebiet liegen die Preise für Neuvermietungen 2021 inzwischen über 10 Euro pro qm

Wohngeld

- Der durchschnittliche Anspruch auf Wohngeld steigt im Kreisgebiet 2021 auf 212 Euro (+6 Euro ggü. Vj.)
- Der Kreis Pinneberg liegt weiterhin deutlich über dem Durchschnitt des Landes von 191 Euro (+10 Euro ggü. Vj.) und des Bundes mit 192 Euro (+15 Euro ggü. Vj.)
- Die Zahl der Haushalte im Wohngeldbezug steigt Ende 2021 auf 2.065 (+160 ggü. Vj.), auch aufgrund der Ausweitung des Personenkreises

Quellenangaben

Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2021 // IB.SH Mietmonitoring 2021 // Zensus 2011 // Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2021 // Landesbausparkasse Immobilienmarktatl 2022 // Interkommunale Vergleichs-Systeme 2021

Anteil sozial geförderter Wohnungen an allen Wohnungen



Quellen: Statistikamt Nord, IB.SH



Kauf- und Mietpreise pro qm 2022

| Städte und Gemeinden |  Einfamilienhäuser |  Eigentumswohnungen |  Neubau Häuser |  Neubau Eigentumswohnungen |  Grundstücke Einfamilienhäuser |  Neuvermietungen* |
|---|---|--|---|--|---|--|
| Barmstedt  | 3.136,00 € | 3.008,00 € | k.A. | k.A. | 192,00 € (+18,5%) | 8,46 € |
| Elmshorn  | 3.384,00 € | 3.041,00 € (+5,6%) | 3.875,00 € | 4.284,00 € | 404,00 € (+46,9%) | 8,77 € |
| Halstenbek  | 4.325,00 € (-13,5%) | 3.609,00 € (-13,3%) | 5.289,00 € | 5.691,00 € | 675,00 € (+28,6%) | 10,95 € |
| Pinneberg  | 3.941,00 € | 3.213,00 € (+9,0%) | 4.535,00 € (+7,1%) | 5.477,00 € (+21,9%) | 542,00 € (+8,4%) | 9,75 € |
| Quickborn  | 4.154,00 € | 3.603,00 € (+14,7%) | 4.289,00 € (-6,3%) | 5.009,00 € | 330,00 € (+24,5%) | 9,95 € |
| Rellingen  | 4.598,00 € | 3.821,00 € | 4.892,00 € | 5.752,00 € (+19,1%) | 600,00 € (+20,0%) | 10,38 € |
| Schenefeld  | 4.471,00 € (-7,4%) | 3.843,00 € (-20,5%) | 4.510,00 € | 5.476,00 € * | 642,00 € (+42,7%) | 10,50 € |
| Tornesch  | 3.560,00 € | 3.562,00 € | 4.262,00 € | 5.426,00 € | 400,00 € (+33,3%) | 9,58 € |
| Uetersen  | 3.254,00 € | 2.691,00 € | 3.707,00 € | 4.146,00 € | 350,00 € (+34,6%) | 8,56 € |
| Wedel  | 4.369,00 € | 3.998,00 € | 5.511,00 € (+20,6%) | 5.612,00 € (+13,3%) | 800,00 € (+37,3%) | 10,38 € |

Höchstpreise jeweils hervorgehoben, Preisänderungen um mehr als +/- 5 % zum Vorjahr sind vermerkt.
Quellen: LBS-Immobilienmarktatlus / IB.SH Mietenmonitoring / Gutachterausschuss des Kreises Pinneberg

* Zahlen aus 2021





Zusammenfassung

Im Bereich der frühkindlichen und schulischen Bildung sorgen Planungsprozesse für zukunftsfähige Versorgungsstrukturen. Die inklusive Ausrichtung der Kindertagesbetreuung ist im Kontext des bereits bestehenden Fachkräftemangels mit großen Herausforderungen verbunden. Die sozialen Folgen der Pandemie zeigen sich im schulischen Bereich weiterhin. Kinderschutz und Prävention sowie frühzeitige Unterstützungsmaßnahmen in allen Bildungsbereichen sind bedeutsam.



Handlungsempfehlungen

- Ausweitung des Modellprojekts Rucksack KiTa an mindestens einem weiteren Standort im Kreis Pinneberg
- Sprachstandserhebung von Kindern in Kindertageseinrichtungen

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Vielfältige Bildungsangebote

Im Bereich der frühkindlichen Bildung zeigen erste Teilergebnisse der Evaluation des neuen Gesetzes zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege (KiTaG) regionale und konzeptionelle Unterschiede in Bezug auf die Finanzen und liefern Hinweise auf eine differenzierte Ausgestaltung des geplanten Berechnungsmodells. Zum jetzigen Zeitpunkt der mehrstufigen Evaluation lassen sich noch keine validen Interdependenzen zwischen Finanzierung und Qualität der

Kindertagesbetreuung herausarbeiten. Eine gute Steuerung kann über die Qualität der Daten im Kita-Portal und die Kommunikation zwischen den Beteiligten gewährleistet werden.

Die Unterarbeitsgruppe Inklusion der Fokusgruppe AG § 78 Förderung und Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung hat sich mit der Rolle und den Chancen von Inklusionszentren gemäß der Förderrichtlinie des Landes beschäftigt, die den Prozess der inklusiven Ausrichtung des Systems der Kinderbetreuung aktiv begleiten sollen.

Neben der Berücksichtigung von Kindern mit Behinderung spielen auch Fragen der sozialen Integration eine Rolle. Als problematisch werden die Auswirkungen von Inklusion auf den ohnehin angespannten Fachkräftemarkt in diesem Arbeitsbereich betrachtet. Weitere Entwicklungen wie der Ausbau des Ganztags an Schulen, demographische Faktoren oder unbesetzte Stellen im System Kita sind in diesem Kontext ebenfalls zu berücksichtigen. Außerdem werden Kostenrisiken für Leerstände und Platzzahlreduzierungen gesehen, die nicht über das quotale System der Eingliederungshilfe gedeckt sind. Poollösungen können hier einen flexibleren Personaleinsatz ermöglichen. Der Kreis strebt eine Umsetzung der bis 2025 geltenden Richtlinie in Eigenregie an und die zuständigen Fachausschüsse haben Meilensteine für eine Umsetzung beschlossen. Neben der Einrichtung einer Stelle für eine Teamleitung Inklusion ist eine Konferenz zum Thema Inklusion geplant, bevor ein Umsetzungskonzept erstellt wird. Thematisiert wurde außerdem eine Fachkräfteoffensive für Kindertageseinrichtungen mit Maßnahmen wie verbesserten Verfügungszeiten zur Attraktivitätssteigerung oder dem Aufbau einer Website zur praxisintegrierten Ausbildung. Die Ergebnisse der Fokusgruppe für den Bereich Kinderschutz sind im Kapitel Infrastruktur sozialer Angebote näher beschrieben (s. S. 16).

Von der Fokusgruppe wurden zwei Handlungsempfehlungen zur „Ausweitung des Modellprojekts Rucksack KiTa an mindestens einem weiteren Standort im Kreis Pinneberg“ und zur „Sprachstandserhebung von Kindern in Kindertageseinrichtungen“ entwickelt. Beide zielen darauf ab, schon frühzeitig die Sprachfähigkeit, auch für Kinder und Familien mit Zuwanderungsgeschichte, zu verbessern bzw. entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Die Handlungsempfehlungen wurden von der Steuerungsgruppe Sozialplanung als steuerungsrelevant eingeschätzt.

Von herausragender Bedeutung ist weiterhin der hohe Fachkräftebedarf im gesamten Bildungsbereich, der nicht zuletzt durch den ab 2026 bestehenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Bereich der Grundschulen noch weiter an Dynamik gewinnen wird. Im Übrigen wird hierzu auf die Ausführungen im Sonderkapitel Herausforderungen der Sozialpolitik verwiesen (s. S. 10).

Im Schulkontext und beim Abbau von Lernrückständen zeigen sich weiterhin die sozialen Folgen der Pandemie. Für Kinder im Vorschulalter wurden die ausgesetzten Schuleingangsuntersuchungen wieder durchgeführt, die teilweise erhöhte Auffälligkeiten bescheinigen.



Abhanden gekommene soziale Fähigkeiten und subjektiv empfundener Druck verringern die Frustrationstoleranz und können bis hin zu depressiven Verstimmungen führen. Dies birgt Konfliktpotenzial für gewaltsame Reaktionen, verbal und körperlich. Ausgrenzung und Mobbing in teilweise subtilerer Qualität nehmen zu. Auch die Anzahl der schulischen Unterstützungsmaßnahmen steigt weiter an (s. S. 51). Neben niedrigschwelligen professionellen Beratungsangeboten für Familien sollte mehr Zeit in die Begleitung von Kindern und Jugendlichen investiert werden – insbesondere dort, wo Chancen und Mittel ungleich verteilt sind. Die Deckung von zum Teil hohen Förderbedarfen steht dabei in einem Spannungsverhältnis mit dem sich verschärfenden Lehrermangel. Auch die möglichst schnelle Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher in Regelklassen stellt weiterhin eine Herausforderung dar.

In der außerschulischen, informellen, non-formalen und politischen Bildung, die stark durch die Kinder- und Jugendarbeit geprägt ist, konnten Strukturen reaktiviert und mit Hilfe zusätzlicher Kreismittel ergänzende Angebote in diesem Arbeitsfeld bereitgestellt werden (s. S. 64).

Bessere Versorgungsstrukturen

Die vorgelegten qualifizierten Bedarfsplanungen für die Kindertagesbetreuung und die kreiseigenen Schulen bilden die Grundlage für verbesserte Versorgungsstrukturen im Kreis. Um ein ausreichendes bedarfsgerechtes und zukunftsfähiges Angebot bereitzustellen, gewinnen auch kommunenübergreifende Konzepte und Kooperationen immer mehr an Bedeutung. Für eine auch qualitativ gute Kinderbetreuung sind neben der PIA-Ausbildung und Stipendien kontinuierlich intensive Bemühungen um zusätzliche Fachkräfte erforderlich. Besondere Herausforderungen in der Betreuung von Kindern bringt auch der Zustrom geflüchteter Menschen u.a. durch den Ukraine-Krieg mit sich.

Der Kreistag hat der inhaltlichen Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung für die beiden Beruflichen Schulen in Elmshorn und Pinneberg sowie die beiden Förderzentren Geistige Entwicklung in Elmshorn und Appen als kreiseigene Schulen zugestimmt, für die der Kreis als Träger neben der Verantwortung nach § 51 SchulG SH aktiv ist. Die Planung berücksichtigt die aktuellen Schwerpunkte in der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Schulträger sowie die aus Schulsicht notwendigen und wünschenswerten Handlungspositionen der kommenden Jahre. Durch den

gemeinsamen Planungsprozess wurde Transparenz über die aktuellen und künftigen Bedarfe geschaffen; dies ist relevant im Hinblick auf Mittel für Investitionen und zur Sicherstellung des laufenden Betriebs. Auf dieser Basis kann ein mittelfristiges Zielbild mit den dazugehörigen Rahmenbedingungen entwickelt werden.

Die Teilnehmenden der Sozialplanungskonferenz haben eine übergreifende, ganzheitliche Betrachtung der verschiedenen Handlungsfelder betont. Bildung hat Berührungspunkte mit mehreren anderen Handlungsfeldern, wie z.B. Inklusion, Integration, Arbeit oder Mobilität. Als gutes Beispiel für eine übergreifende Herangehensweise wurde das Projekt zur Einführung von Klassenassistenzen genannt. Verstärkte Investitionen in präventive Maßnahmen der frühkindlichen Bildung, wie z.B. Sprachförderung, würden sich durch deutlich geringere Folgekosten amortisieren. Damit gute Projekte nachhaltig wirken können, müssen diese als Regelaussagen verankert werden. Um den Herausforderungen des Fachkräftemangels zu begegnen, wurde auf bereits bestehende gute Angebote wie PIA und das Stipendienmodell verwiesen. Auch das Thema Migration und vor allem die Sprachförderung sollten neben der individuell zugeschnittenen Begleitung von Praktika, während der Ausbildung oder in Qualifizierungsmaßnahmen berücksichtigt werden. Im Bereich der Bildung für Neuzugewanderte wird die 2022 erarbeitete Handlungsempfehlung zur Einrichtung und Kostenübernahme inklusiver Deutsch- und Integrationskurse für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung, denen damit eine Teilhabe an Bildung und am Arbeitsleben ermöglicht werden soll, noch politisch beraten.

Insgesamt wird die individuelle Beratung Kinder und Jugendlicher, auch in informellen Bildungsprozessen, als erfolgversprechend angesehen.

Bildungsübergänge

Um Bildungsübergänge frühzeitig so reibungslos wie möglich zu gestalten, sollten erfolgreiche Modellprojekte wie z.B. Rucksack KiTa für einen guten Schulstart (s.o. unter Vielfältige Bildungsangebote) vermehrt angeboten und mittelfristig mit weiteren Infrastrukturangeboten wie den Klassenassistenzen koordiniert werden. Das Thema Übergang Schule Beruf wird auch noch einmal im Handlungsfeld Arbeit behandelt. Besonders relevant ist hier die Jugendberufsagentur. Diese hat zum Ziel, junge Menschen beim Übergang von der Schule in das Berufsleben

aufzufangen und zu unterstützen, sowie den Fachkräftemangel zu beheben, Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren bzw. zu vermeiden und Orientierungsangebote zu schaffen. Für eine erfolgreiche Arbeit ist eine intensive Verzahnung und Zusammenarbeit von Schulen, Arbeitsagentur und Jobcenter mit der Beratung und Unterstützung durch das Jugendamt außerordentlich wichtig. Präventive Unterstützungsangebote wie Langzeitpraktika und Lehrgänge zur Orientierung oder die jährliche Nachtschwärmer Job Tour und die Berufsfindungsmesse werden bereits erfolgreich umgesetzt. Die aktive Auswertung von Maßnahmen und Entwicklung von Erfolgsindikatoren wird nach der Pandemie wiederaufgenommen. Ab Herbst 2023 findet

halbjährlich ein Austauschformat zwischen dem Lenkungskreis, in den die Jugendamtsleitung zur Steuerung aktiv eingebunden werden soll, und der Kreispolitik zur Entwicklung und Förderung der Jugendberufsagentur statt. Auf der Sozialplanungskonferenz wurde auch noch einmal angeregt, ob nicht die Etablierung einer kreisweiten Bildungsplanung und ein Bildungsmonitoring sinnvoll sein könnten. Darüber könnten alle Akteure in der Bildungslandschaft besser miteinander verzahnt werden und langfristig Daten zum Bildungserfolg ermittelt werden. Eine Realisierung kann über das bundesweite Förderprogramm „Bildungskommunen“ erfolgen.



Zahlen, Daten und Fakten

34.200

Schülerinnen und
Schüler

39,5 %

Abiturquote

840

Auszubildende

1.420

Ausbildungsplätze

Frühkindliche Bildung

- Die Bedarfsplanung für Kindertagesbetreuung wurde 2023 nach 2015 wieder veröffentlicht
- Für den Elementarbereich (Ü3) stehen im Kreisgebiet etwa 9.620 Plätze in Kindertageseinrichtungen (+ 810 ggü. 2015) sowie etwa 250 Plätze in der Tagespflege (+ 100 ggü. 2015) zur Verfügung
- Die Versorgungsquote sinkt auf 77,9 % (-18,6 % ggü. 2015), trotz des Platzausbaus ist im Vergleich zur letzten Bedarfsplanung die Anzahl der Kinder noch deutlicher angestiegen
- Die Versorgungsquote beschreibt das Verhältnis der Elementarplätze zu den 3- bis 6-jährigen Kindern, wobei die Bedarfsplanung auf eine gewisse statistische Unschärfe verweist, da ein Teil der 6-jährigen Kinder bereits die Schule besucht
- Weiterhin orientiert sich die Versorgungsquote in der Bedarfsplanung auch an den von den Kommunen festgelegten Quoten
- Die statistischen Ämter ermitteln im Vergleich die Betreuungsquote, also das Verhältnis von tatsächlich betreuten Kindern in Kindertageseinrichtungen oder Tagespflege zu allen Kindern zwischen 3 und unter 6 Jahren
- Die Betreuungsquote wird im Kreis Pinneberg für 2022 als sinkend mit 83,0 % (-1,5 % ggü. Vj.) angegeben
- Auch die Betreuungsquoten im Land Schleswig-Holstein mit 89,5 % (-0,3 ggü. Vj.) und im Bund mit 91,7 % (-0,2 % ggü. Vj.) sind leicht sinkend, der Kreis Pinneberg hat im Vergleich deutlich niedrigere Werte
- Mit einem Anteil von 3,2 % (+0,3 % ggü. Vj.) spielt die Tagespflege im Kreis Pinneberg eine deutlich größere Rolle als im Land mit 1,9 % (+- 0 ggü. Vj.) und im Bund mit 0,9 % (-0,1 % ggü. Vj.)
- Ein weiterer Ausbau der Betreuungskapazitäten im Kreisgebiet ist in den nächsten Jahren zu erwarten

Schulische Bildung

- Die Schülerzahl an öffentlichen und allgemeinbildenden Schulen für das Schuljahr 2021/22 ist leicht steigend bei etwa 34.200 (+300 ggü. Vj.) angegeben
- Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen hat sich leicht auf 6.900 reduziert (-150 ggü. Vj.)
- Etwa 6.750 davon besuchen die kreiseigenen beruflichen Schulen in Pinneberg und Elmshorn (-100 ggü. Vj.)
- Der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne allgemeinbildenden Schulabschluss ist 2021 auf 7,0% gesunken (-0,7 % ggü. Vj.), bei dieser Quote ist auch der Förderabschluß mit eingerechnet
- Ohne Förderabschluß sinkt die Quote ohne Schulabschluss auf 2,8 % (-0,6 % ggü. Vj.)
- Die Quote der Abiturientinnen und Abiturienten an allen Schulabgehenden ist ansteigend bei 39,5 % (+1,2 % ggü. Vj.)

Ausbildung

- Etwa 840 Menschen haben sich 2022 bei der Agentur für Arbeit für einen Ausbildungsplatz gemeldet (-100 ggü. Vj.)
- Die Anzahl der Ausbildungsplätze ist mit 1.420 ansteigend (+70 ggü. Vj.)
- Das Verhältnis zwischen den Bewerbenden und den Ausbildungsplätzen hat sich deutlich erhöht auf 1,67 (+0,25 ggü. Vj.)
- Bei den unversorgten Bewerbenden und den unbesetzten Ausbildungsplätzen beträgt das Verhältnis nun 1,77 (+0,31 ggü. Vj.)
- Die Anzahl unversorgter Bewerbenden ist leicht rückläufig auf 520 Personen (-40 ggü. Vj.)
- Die Anzahl der unbesetzten Ausbildungsplätze steigt deutlich auf 920 (+100 ggü. Vj.)

- Bewerbende haben besonders Ausbildungsplätze in den Bereichen Einzelhandel, Verkauf, Büromanagement und Feinwerkmechanik favorisiert, hier gab es auch die meisten Ausbildungsplätze
- Auch bei den unbesetzten Ausbildungsplätzen stehen Verkauf, Einzelhandel und Büromanagement auf den vordersten Plätzen

Quellenangaben

Agentur für Arbeit 2022 // Kreis Pinneberg 2022 // Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2022

Ü3-Betreuungsquote

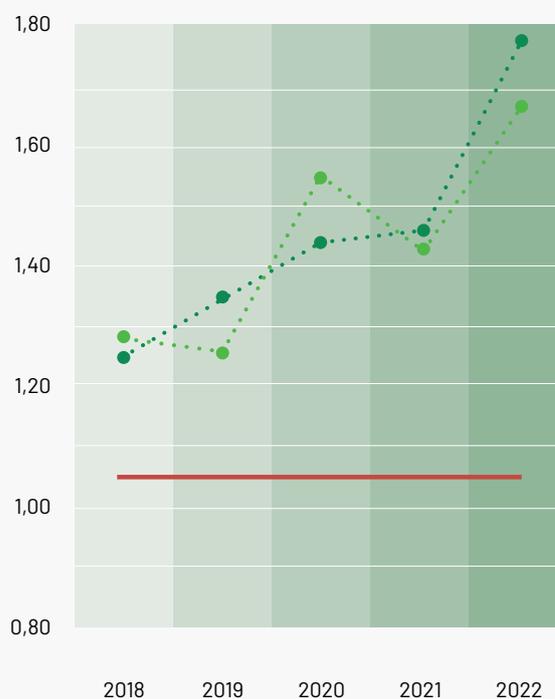


Land Kreis Pinneberg

Die Betreuungsquote beschreibt das Verhältnis der betreuten Kinder zu allen Kindern in der jeweiligen Altersklasse.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Verhältnis Ausbildungsplätze / Bewerbende



- - - ● - - - Ausbildungsplätze je Bewerbendem
 - - - ● - - - Unbesetzte Ausbildungsplätze je unversorgtem Bewerbendem
 ——— Ausgeglichenen Ausbildungsmarkt bei einer Relation von etwa 1,05

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder



Zusammenfassung

Anteil und Anzahl der ausländischen Bevölkerung nehmen weiter zu, die aktuellen Bevölkerungszuwächse im Kreis beruhen auf dem Zuwachs ausländischer Personen. Die ausländische Bevölkerung ist im Verhältnis deutlich jünger, die Bedarfe für Integration besonders im Bereich Wohnen, beim Spracherwerb sowie in den Bereichen Kinderbetreuung, Ausbildung und Beruf bleiben weiterhin hoch. Für die Zukunft ist für ältere Menschen mit Migrationsgeschichte von zusätzlichen spezifischen Bedarfen in der Pflege auszugehen. Für eine gelingende Integration bleibt auch die Bewusstseinsbildung für das Thema relevant.



Handlungsempfehlung

- Ämterlotsinnen / Ämterlotsen

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Reorganisation der Arbeitsstrukturen

Im Kontext der Neustrukturierung der Fachbereiche der Kreisverwaltung gehört die ehemalige Stabsstelle Integration mit aktuell insgesamt vier Mitarbeitenden nun als Team Integration dem Fachdienst Sicherheit, Verbraucherschutz und Migration an, dem auch die Zuwanderungsbehörde zugeordnet ist. Zwei Teammitglieder sind als personelle Verstärkung im Bereich der Koordination für Integration und Teilhabe von Migrantinnen befristet für zwei Jahre über Landesfördermittel zur Erfüllung konkreter Aufgaben

beschäftigt. Diese neue organisatorische Zuordnung bietet die Chance, die Aufgabenerfüllung beider Arbeitsbereiche künftig noch besser mit einander zu verknüpfen und entstehenden Bedarfen flexibel zu begegnen.

Um die Handlungsbedarfe innerhalb des Kreises Pinneberg im Bereich Integration noch besser abstimmen zu können und Handlungsempfehlungen für Politik zu entwickeln, hat sich im vergangenen Jahr die Fokusgruppe Integration neu gegründet. Kommunen halten mit den Akteuren vor Ort durchaus unterschiedliche Beratungs- und

Unterstützungsangebote vor und es wird noch Potential für Synergieeffekte gesehen. Schwierig ist die Versorgungsstruktur in ländlichen Gebieten. Integration wird allgemein als Querschnittsthema in allen gesellschaftlichen Bereichen angesehen, wobei die Themen Sprache, Frauen und Arbeit, Armut und Wohnungsnot, Rassismus sowie Arbeit und politische Beteiligung als besonders prioritär eingestuft werden. Zunächst hat die Fokusgruppe eine Handlungsempfehlung „Ämterlotsinnen / Ämterlotsen“ als Vermittlungsinstanz zwischen Ratsuchenden und Behörden erarbeitet. Um den Integrationsprozess zu beschleunigen, sollen Mehraufwände bei Antragsverfahren vermieden werden und Anspruchsberechtigte schneller Leistungen erhalten. Die Handlungsempfehlung wurde von der Steuerungsgruppe Sozialplanung als steuerungsrelevant eingeschätzt.

Im zweiten Halbjahr 2023 beginnt die Entwicklung eines Handlungskonzeptes Integration 4.0 im Kontext digitaler Transformation und geopolitischer Veränderungen. Um die Multikulturalität in unserer Gesellschaft zu stärken, ist zu klären, was im Kreis Pinneberg strukturelle Merkmale für gelungene Integration sind und an welchen Indikatoren eine Zielerreichung erkennbar wird. Die Rolle des Kreises im Sinne einer Koordinations- und Steuerungsfunktion in Kooperation mit den Kommunen ist zu konkretisieren und die Inhalte müssen im Bezug zu vorhandenen Integrationskonzepten der Kommunen stehen. Die Fortschreibung des bisherigen Konzepts wird in einem breiten Beteiligungsprozess unter Begleitung der Fokusgruppe Integration erstellt, um möglichst vielfältige Perspektiven auf das Thema Integration einzubeziehen.



Vielfältige Integrationsbedarfe

Ein Arbeitsschwerpunkt der Koordinierungsstelle für Integration und Teilhabe (kurz KIT) innerhalb des Teams Integration beim Kreis wird darin bestehen, das Netzwerk im Bereich Sprachförderung neu zu beleben und zu koordinieren. Im Bereich der frühkindlichen Bildung wurde die Handlungsempfehlung erarbeitet, das Sprach- und Bildungsprogramm Rucksack KiTa an einer Einrichtung auszuweiten (s. S. 37). Die Handlungsempfehlung aus dem Jahr 2022 – inklusive Deutschkurse anzubieten – wird noch politisch beraten. Der Fachkräftemangel in der schulischen Bildung führt weiterhin zu überfüllten DaZ-Klassen und Schulkinder müssen von Beginn an in den Regelklassen mit unterrichtet werden oder ggf. auf andere Standorte

im Kreis ausweichen, um am Förderunterricht in Deutsch teilnehmen zu können. Die Grundwerte des Rechtsstaats und der Demokratie müssen vermittelt und verstanden werden, um sie anerkennen zu können. Über das Bündnis Vielfältige Politik werden Menschen mit Migrationsgeschichte gewonnen, sich im demokratischen System kommunalpolitisch zu engagieren. Durch die Mitmachaktion „Was bedeutet Demokratie für mich?“ soll das Politikinteresse von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gefördert werden, sie sollen außerdem mehr in den Fokus von politischen Parteien rücken. Dabei sollen auch die Migrantenselbstorganisationen gestärkt werden, die hier eine wichtige Funktion als Brückenbauende erfüllen können. In mehreren Kinder- und Jugendbeiräten im Kreis arbeiten bereits Kinder und Jugendliche aus Einwandererfamilien mit.

Aus dem Netzwerk der kommunalen Integrationsbeauftragten und von den in diesem Arbeitsfeld aktiven freien Trägern wurden diverse Themen benannt, die aktuell vorrangig zu bearbeiten sind. Generell sind die Übersicht und regional unterschiedlichen Angebote, z.B. der Migrationsberatung und Flüchtlingsbetreuung, noch nicht hinreichend transparent; Informationsmaterial in mehreren Sprachen soll hier Abhilfe schaffen. Bezüglich der Bedarfe wurden am häufigsten fehlende Angebote in den Bereichen Wohnen, Sprachkurse, auch mit Kinderbetreuung, und der Kinderbetreuung allgemein angemahnt.

Seit Januar 2023 hat sich die Zielgruppe mit einer Berechtigung zur Teilnahme an einem Integrations- bzw. Berufssprachkurs erweitert. Dies führt zu einer hohen Kursnachfrage und Wartezeiten bei gleichzeitigem Mangel an ausreichendem Personal bei den Sprachkursträgern. Auch die nicht kostendeckende Finanzierung von Integrationskursen stellt ein hohes Risiko für Träger dar. Aufgrund dessen ist die Versorgung aller Sprachkursberechtigten nicht gewährleistet. Auch für noch nicht zugangsberechtigte anerkannte Geflüchtete sollten die Möglichkeiten der Teilnahme an Integrationskursen vereinfacht und ausgebaut werden, damit Wartezeiten sinnvoll überbrückt werden können.

Viele Geflüchtete müssen verhältnismäßig lange in öffentlicher Unterbringung verbleiben, da sie auf dem angespannten Wohnungsmarkt nur sehr schwer Wohnraum finden. Dies gilt besonders für kinderreiche Familien. Zudem schließen Vermieter bei nur begrenzter Aufenthaltsdauer kaum Mietverträge ab. Ein Hindernis stellen auch fehlende Dokumente dar, die nur mit sehr großem Aufwand oder gar nicht vorgelegt werden können. Zusätzlich kommt es beim Wechsel vom Leistungsbereich der Kommunen zum Jobcenter teilweise zu Lücken im Leistungsbezug. Dies kann zu einem Schufa-Eintrag führen, der das Finden einer Wohnung zusätzlich erschwert.

Allgemein lässt sich ein Trend zur Aufenthaltsverfestigung konstatieren, es existiert eine erhöhte Nachfrage nach Einbürgerungstests und die Einbürgerungsanträge und Bearbeitungszeiten sind stark angestiegen, was auf den Zustrom aus den Jahren 2015/16 zurückzuführen ist. Auch Zuzugsanträge haben zugenommen, allerdings ist der Nachweis einer Wohnung Voraussetzung für Nachzüge und Niederlassungserlaubnisse. Besonders geflüchtete Frauen, deren Aufenthaltsrecht oftmals von dem der Männer abhängt, finden kaum Wohnraum. Diese Zielgruppe hat sich auch in den Frauenhäusern vergrößert, was dort

wiederum zu einer dauerhaften Belegung der vorhandenen, aber für weitere Personen benötigten Plätze führt.

Problematisch in der Beratung sind nach wie vor Sprachbarrieren. Insbesondere für die Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen wären Dolmetscher erforderlich, die aber weder von Krankenkassen noch anderen Leistungsträgern finanziert werden. Therapeutische Unterstützungsangebote in der Muttersprache sind kaum vorhanden.

Zahlreiche Optimierungspotentiale ergeben sich vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels auch im Bereich der Arbeitsmarktintegration. Die interkulturelle Öffnung von Arbeitgebern sollte als Teil der Arbeitskultur verstärkt werden, um eine gute Zusammenarbeit von Geflüchteten mit der vorhandenen Belegschaft zu ermöglichen und frühzeitige Kündigungen zu vermeiden. Auch neue umfassende Unterstützungsangebote zur Integrationsförderung wie das Netzwerk B.O.A.T. (Beratung.Orientierung.Arbeit.Teilhabe.) oder das individuelle Mentorenprogramm VerA (Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen), das jungen Menschen hilft, sicher durch die Ausbildung zu kommen, sollten genutzt werden.

Für den Bereich Altenhilfe und Pflege wurde auf sich in Zukunft abzeichnende höhere spezifische Bedarfe älterer Migrantinnen und Migranten hingewiesen.

Etablierte Aktivitäten zur Förderung der Integration, wie z.B. Interkulturelle Wochen oder Ehrenamtsmessen finden weiterhin regelmäßig an vielen Orten im Kreis statt. Andere Erfolgsmodelle wie Elmshorn TV zur mehrsprachigen Kommunikation und Weitergabe lokaler Informationen werden in weiteren Kommunen implementiert.

Veränderte Rahmenbedingungen und Vorschläge zur verbesserten Integration

Seit dem 31.12.2022 ist das Gesetz zum Chancen-Aufenthaltsrecht in Kraft. Auf Antrag bei der Abteilung Zuwanderung und Integration können damit innerhalb von 18 Monaten die Voraussetzungen für eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis erfüllt werden. Neben einer Beschäftigungserlaubnis und ggf. dem Bezug von Bürgergeld bekommen Familienangehörige der Kernfamilie in gemeinsamer Wohnung dann auch eine Chancen-Aufenthaltserlaubnis, wenn sie noch keine 5 Jahre in Deutschland leben. Für eine dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland müssen in diesem Zeitraum hinreichende mündliche Deutschkenntnisse auf

A2-Niveau und die überwiegende eigenständige Lebensunterhaltssicherung durch Erwerbstätigkeit nachgewiesen werden. Zudem dürfen sie nicht wegen einer vorsätzlichen Straftat verurteilt und die Identität muss geklärt sein. Dies ist praktisch häufig äußerst schwierig oder z.B. für Menschen aus Afghanistan oder Eritrea oft gar nicht möglich, da durch die Flucht keine Ausweisdokumente o.Ä. mehr vorhanden sind.

Bei einer weiteren Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, nach der Ausländer in Deutschland leichter eine deutsche Staatsangehörigkeit erhalten können sollen, wäre mit einem weiteren Anstieg der Einbürgerungsanträge zu rechnen.

Das 2021 beschlossene Integrations- und Teilhabegesetz Schleswig-Holstein legt Ziele und Handlungsebenen für den gesamtgesellschaftlichen Integrationsprozess fest. Konkret werden z.B. Sprachförderung, Zugang zu Schulen, Ausbildung und Arbeit sowie Verständnis für und die Einbindung in demokratische Strukturen genannt. Auch der Aspekt der Teilhabe wird als Zielvorgabe formuliert.

Um das Gesetz mit Leben zu füllen, wird auf Landesebene eine Projektstruktur mit einer interministeriellen Arbeitsgruppe und einem Integrationsbeirat aufgebaut.

Auch die Sozialplanungskonferenz hat sich intensiv mit Integration als Querschnittsthema, das Teilhabe ermöglichen soll, beschäftigt und Vorschläge zur Weiterentwicklung des Handlungsfeldes diskutiert. Dabei wurden z.B. Themen wie mehr Betroffenenbeteiligung, die Entwicklung von Paten- oder Mentorenschaften und interkulturelle Begegnungsräume benannt. Als sehr wichtig wurde auch die Haltung und Bewusstseinsbildung für das Thema Migration - um gegen Rassismus und Intersektionalität zu wirken - und die Kommunikation zwischen Fachexperten und der Politik angesehen. Für einen effizienteren Mitteleinsatz sollten wirksame Projekte über einen längeren Zeitraum gefördert werden. Integration gelinge am besten, wenn die Kinder von Anfang an in die regelhaften Strukturen eingebettet würden. Allgemein wurde noch angemerkt, dass das Handlungsfeld zukünftig besser mit „Zuwanderung und Integration“ oder „Migration und Zuwanderung“ bezeichnet werden sollte.



Zahlen, Daten und Fakten

8,1%

der ausländischen
Bevölkerung über
65 Jahre

665

Einbürgerungen

3.629

ukrainische
Menschen

5,2%

Empfehlung
DaZ-Klasse

Ausländische Bevölkerung

- Nach dem Ausländerzentralregister (AZR) leben Ende 2022 etwa 47.100 Menschen mit ausländischem Pass im Kreisgebiet, die Zahl steigt durch die geflüchteten Menschen aus der Ukraine
- Dies sind etwa 14,5 % der Bevölkerung, wobei die Zahl der Gesamtbevölkerung für Ende 2022 zum Redaktionsschluss noch nicht abschliessend vorliegt
- Der Kreis Pinneberg hat damit den höchsten Anteil bei den Kreisen, nur die kreisfreien Städte im Land weisen höhere Werte auf
- Die unterschiedlichen Datenquellen des AZR und des Statistischen Landesamtes werden auch noch einmal mit den Fachkräften bis zum nächsten Bericht neu bewertet
- Das allgemeine Bevölkerungswachstum im Kreisgebiet beruht damit auf dem Zuwachs der ausländischen Bevölkerung
- Tendenziell sind in den größeren Kommunen auch höhere Anteile an ausländischer Bevölkerung zu verzeichnen
- Nach dem letzten Zensus 2011 haben weitere 8,7 % Einwohnende einen Migrationshintergrund, d.h. mindestens ein Elternteil ist im Ausland geboren; mit dem abgeschlossenen Zensus 2022 ist im nächsten Bericht mit neuen Zahlen zu rechnen
- Wie aus der Graphik ersichtlich, sind deutliche Unterschiede zwischen der deutschen und der ausländischen Bevölkerung in der Altersverteilung erkennbar
- Die Altersgruppen zwischen 18 und 49 Jahren haben in der ausländischen Bevölkerung einen Anteil von 57,3 %, während es in der deutschen Bevölkerung nur 33,5 % sind
- Ein umgekehrtes Verhältnis existiert in den Altersgruppen ab 50 Jahren, in der deutschen Bevölkerung sind es 49,3 % während es in der ausländischen Bevölkerung nur 24,5 % sind

- Dementsprechend gilt es, Integrationsbedarfe in den jüngeren Altersgruppen zu stärken, besonders in den Bereichen Sprache, Schule, Ausbildung und Weiterqualifikation

Herkunft und Einbürgerungen

- Aufgrund des Ukraine-Krieges haben sich die Verhältnisse bei den Herkunftsländern 2022 deutlich verändert, daher wird hier weitgehend auf Vergleiche verzichtet
- Etwa 3.600 Menschen leben Ende 2022 mit ukrainischem Pass im Kreisgebiet (+ 3.100 ggü. Vj.)
- Den größten Anteil der ausländischen Bevölkerung bilden weiterhin Menschen aus EU-Staaten mit knapp 30 %
- Menschen mit türkischem Pass haben einen Anteil von 12,3 %, danach folgen Menschen aus Syrien mit 8,5 % und danach aus der Ukraine mit 7,7 %
- Menschen aus Afghanistan sind mit 6,7 % die fünftgrößte Gruppe
- Die Anzahl der Einbürgerungen hat 2022 deutlich zugenommen und übersteigt die Werte vor der Coronapandemie, 665 Personen haben sich einbürgern lassen (+ 268 ggü. Vj.)
- Personen mit einer Aufenthaltsdauer von unter 8 Jahren bilden mit 57 % die größte Gruppe
- Etwa 25 % (- 19 ggü. Vj.) hatten zuvor die Staatsbürgerschaft eines anderen europäischen Landes, knapp 12 % (- 3 % ggü. Vj.) waren Staatsbürger eines anderen EU-Landes, wobei in den Vorjahren nach Vollzug des Brexits auch zahlreiche britische Staatsbürger eingebürgert wurden

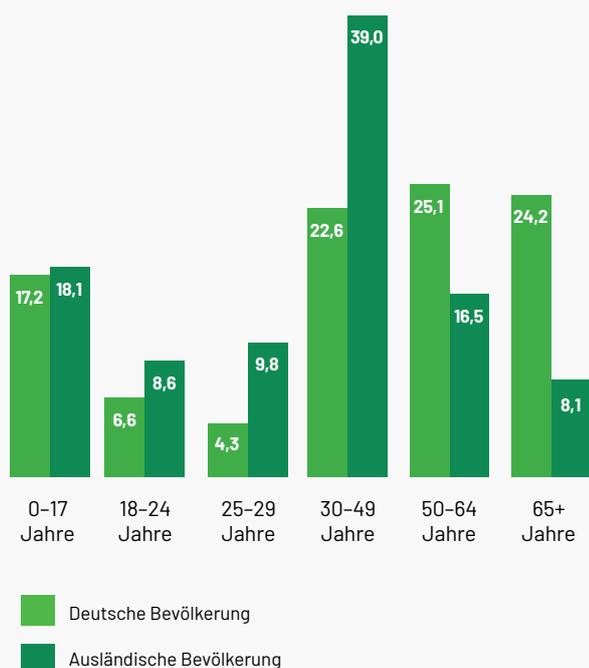
Asylbewerberleistungen und Sprachstand

- Etwa 1.600 Menschen empfangen Ende 2022 Asylbewerberleistungen im Kreisgebiet (+ 220 ggü. Vj.)
- Die meisten dieser Personen wechseln nach einer gewissen Zeit in den Leistungsbereich des SGB II
- Besonders die aus der Ukraine geflüchteten Menschen sind aufgrund einer Sonderregelung Ende 2022 zumeist schon im SGB II-Leistungsbezug, dadurch hat die Anzahl der Leistungsberechtigten im Asylbewerberbereich nicht deutlich zugenommen
- 5,2 % der Kinder haben in der aktuellen Schuleingangsuntersuchung 2021/2022 aufgrund des Sprachstands die Empfehlung für eine DaZ-Klasse erhalten, diese Daten liegen nach der Corona-Pandemie erstmals wieder vor

Quellenangaben

Statistikamt Nord 2021 // Kreis Pinneberg 2022 // Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2021 // Zensus 2011 // AZR 2022 // Kreis Pinneberg Schuleingangsuntersuchung 2021/2022

Deutsche und ausländische Bevölkerung nach Altersgruppen in %



Quelle: Statistikamt Nord

Einbürgerungen nach Aufenthaltsdauer



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder



Zusammenfassung

Inklusion wurde von der Sozialplanungskonferenz weiterhin als priorisiertes Handlungsfeld der Sozialplanung angesehen, tatsächlich gehen die Zahlen für schwerbehinderte Menschen leicht zurück. Es wurde angeregt, dass Inklusion in sämtlichen Handlungsfeldern mehr in den Fokus rücken sollte. Die Themen Haltung und eine bessere Vernetzung der Fokusgruppen spielen dabei eine große Rolle. Das künftige Zentralkrankenhaus im Kreis Pinneberg eröffnet die Möglichkeit, inklusive Versorgungsstrukturen zu verbessern. Die Anzahl schulischer Unterstützungsmaßnahmen steigt deutlich.



Erkenntnisse partizipative Prozesse

Medizinische Versorgung

Die Entscheidung für ein künftiges Zentralkrankenhaus im Kreis Pinneberg eröffnet die Möglichkeit, die Einrichtung eines Medizinischen Zentrums für Erwachsene mit Behinderung (MZEB) in Schleswig-Holstein zu prüfen. Der Bedarf eines solchen Zentrums wurde im Rahmen der Sozialplanungskonferenz sowie in den Fokusgruppen Inklusion und Gesundheitsversorgung diskutiert. Außerdem haben der Bundes-Behindertenbeauftragte Jürgen Dusel sowie die Landes-Behindertenbeauftragte Manuela Pries bei ihrem Besuch im Kreis Pinneberg im September 2022 entsprechende Defizite in Schleswig-Holstein bestätigt. Der ehemalige Beauftragte für Menschen mit Behinderung des Kreises Pinneberg, Axel Vogt, hat der Geschäftsführung der Regio Kliniken ein Konzept für ein MZEB zur Verfügung gestellt und das Sozialministerium Schleswig-Holstein um persönliche und finanzielle Unterstützung gebeten.

Fortschreibung Aktionsplan Inklusion

Die Fokusgruppe Inklusion hat verschiedene inklusive Themen vorangetrieben. Die Handlungsempfehlung zum Thema „Anpassung/Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion“ aus 2022 wurde dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren vorgestellt und dort beschlossen. Die Umsetzung mit einer Projektleitung ist abhängig von personellen Ressourcen im Rahmen des Personalkostenansatzes. Die geplante Veranstaltung der Fokusgruppe Inklusion zum Thema Finanzierungsmöglichkeiten im Sozialraum soll als Workshop im Rahmen eines interdisziplinären Fachtags zum Sozialräumlichen Arbeiten voraussichtlich ab dem dritten Quartal 2023 stattfinden. Die Fokusgruppe Inklusion hat aus dem Aktionsplan des Kreises Pinneberg zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen schwerpunktmäßig den Themenbereich Bildung bearbeitet. Dazu wurden

Vorträge von Referent*innen zu Bildung in Kitas, Schulen und Werkstätten für Menschen mit Behinderung organisiert und erste Handlungsbedarfe definiert. Erkenntnisse aus der Sozialplanungskonferenz sind, dass Kinder mit diversen Handicaps einen besseren Betreuungsschlüssel benötigen. Außerdem wurden ungedeckte Bedarfe im Bereich der Frühförderung sowie Brüche beim Übergang von der Kita in die Schule besprochen. Der Fachdienst Kindertagesbetreuung, Schule, Kultur und Sport beschäftigt sich in diesem Kontext mit Kriterien zur Umsetzung eines Konzeptes für Platzzahlreduzierungen bei der Aufnahme von Kindern mit Behinderung in Kindertagesstätten. Es gibt Meldungen von Eltern und Trägern, dass die Aufnahme von Kindern mit Behinderung zunehmend schwierig wird.

Zur Weiterentwicklung des Handlungsfelds Inklusion sollten laut Teilnehmenden der Sozialplanungskonferenz die betreffenden Fokusgruppen stärker als bisher vernetzt werden. Dies betrifft vor allem die Fokusgruppen Inklusion, Gesundheitsversorgung, Teilhabe sowie Altenhilfe und Pflege.

Wohnen

Der Bereich Wohnen bleibt weiterhin eine zentrale Thematik. Mittlerweile wurden alle als schwierig eingestuft Rahmenbedingungen für Investoren verbessert. Dazu gehören ein sogenanntes Risikoträgerkonzept, Aktivitäten im Bereich Kurzzeitwohnen (bei Urlaub und/oder Krankheit von Angehörigen oder Abnabelungsprozessen), ein Gutachten über die notwendigen Anpassungen aufgrund des BTHG im Bereich der sozialen Wohnraumförderung sowie die rechtliche Bewertung des Deutschen Vereins zur Betrachtung der Verpflichtung zur Einhaltung der Mietobergrenzen. Das erstgenannte Gutachten wurde im zweiten Quartal 2022

fertiggestellt und hat ergeben, dass die Fläche des Wohnanteils über die soziale Wohnraumförderung finanzierbar ist. Die Förderrichtlinie des Landes Schleswig-Holstein wird angepasst. Das Gutachten des Deutschen Vereins zielt auf die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Wirtschaftlichkeit von Wohnen für Menschen mit Behinderungen außerhalb besonderer Wohnformen ab. Im Kreis Pinneberg können nun sogenannte gemeinsame Wohnformen als besondere Wohnformen deklariert werden. Damit ist auch bei gemeinsamen Wohnformen die laufende Refinanzierung geregelt. Das Thema des privaten Wohnraums für Menschen mit Behinderung wird im Kreis Pinneberg durch das Netzwerk der „Pinneberger Erklärung“ bearbeitet.

Bundesteilhabegesetz

Im Fachdienst Teilhabe wird die im Rahmen des BTHG vorgeschriebene Ansprechstelle vorbereitet, die Erstberatungen zur Eingliederungshilfe durchführen und Kontakte zu anderen Reha-Trägern vermitteln wird. Die Fokusgruppe Teilhabe bearbeitet in Unterarbeitsgruppen die Themen Fachkräftemangel und Angebote für Minderjährige. Außerdem hat sich die Fokusgruppe mit dem Thema Systemprüfer, also Personen für die es wenige adäquate Unterstützungs- oder Betreuungsmöglichkeiten gibt, sowie Autismus-Spektrums-Störungen beschäftigt.

Die Ansprechstelle wird zukünftig eng mit der Ergänzenden Unabhängigen Teilhabe-Beratung (EUTB) zusammenarbeiten, deren Beratungen sich nicht überschneiden sollen. Die Folgefinanzierung der EUTB wurde im Sommer 2022 bewilligt. Über Kreismittel wird die Tätigkeit der EUTB um externe Beratung und ehrenamtliche Peer-Beratung erweitert. Die EUTB verzeichnet steigende Zahlen bei der Beratung von Menschen mit Migrationshintergrund.



Der Arbeitskreis Sprache erarbeitet Lösungsvorschläge für eine geschlechtergerechte, barrierearme und bürger*innenfreundliche Kommunikation in der Kreisverwaltung. Im Fachdienst Teilhabe werden die bisherigen Erkenntnisse erprobt und Formulare in leicht verständliche Sprache übertragen. Für Gespräche mit Betroffenen wurde ein Moderationskoffer entwickelt, der Kommunikationshilfen für den Umgang mit Gehörlosen oder Menschen mit kognitiven Einschränkungen bietet.

Im Rahmen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes wird die Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Eingliederungshilfe für Erwachsene bearbeitet, die Einführung von Verfahrenslotsen im Fachdienst Jugend/ Soziale Dienste ist in Arbeit. Auch wird das Team Eingliederungshilfe Minderjährige zukünftig im Jugendamt organisatorisch angesiedelt sein.

Lebenswelt und Freizeitaktivitäten

Der Kreis Pinneberg ist zusammen mit der AWO Schleswig-Holstein gGmbH und der Stiftung Lebenshilfe Südholstein eine der fünf schleswig-holsteinischen Modellkommunen im Rahmen des Förderprogramms der Aktion Mensch

„Inklusion vor Ort“. Den Zuschlag erhielt das Projekt „Pi-Rat – Auf der Suche nach den Schätzen im Sozialraum“ mit Bezug auf den Sozialraum Elmshorn und Umgebung. Auf der Sozialplanungskonferenz wurde der Wunsch geäußert, bei der Schaffung von Freizeitangeboten mehr auf Barrierefreiheit zu achten.

Mit 50 % der Publikumsstimmen hat der Elmshorner MTV den „Sterne des Sports“-Publikumspreis für das Engagement im Rahmen der Initiative „Sport spricht alle Sprachen – Integration und Inklusion beim Elmshorner MTV“ gewonnen. Der Kreissportverband (KSV) engagiert sich für die Inklusion im und durch Sport, unter anderem durch Mitarbeit in der Fokusgruppe Inklusion sowie Beteiligung am Projekt „Pi-Rat – Auf der Suche nach den Schätzen im Sozialraum“. Konkrete Maßnahmen des KSV sind beispielsweise thematisch passende Fortbildungen („Sport für alle – Spaß inklusiv!“) oder die Sportjugendkulturwochen.

Der „Special Art – Kulturpreis der Vielfalt“ der Stiftung Landdrostei, des Kulturknotenpunkts Südwest und der Stiftung der Sparkasse Südholstein wurde im September 2022 erstmals feierlich verliehen. 2024 wird der Preis für künstlerisch schaffende Menschen mit Behinderung zum zweiten Mal ausgeschrieben.

Zahlen, Daten und Fakten

23.380

Menschen mit
Schwerbehindertenausweis

7,3 %

schwerbehinderte
Menschen

56,4 %

körperliche
Behinderung

665

Fördermaßnahmen
in Kitas

Menschen mit Schwerbehinderung

- Daten zu Menschen mit Schwerbehinderung werden nur alle zwei Jahre erhoben, diese liegen nun für Ende 2021 vor
- Etwa 23.380 Personen haben einen gültigen Schwerbehindertenausweis und einen Wohnsitz im Kreisgebiet (- 960 ggü. 2019)
- Die Quote beträgt 7,3 % (-0,4 % ggü. 2019)

- Die Quoten für das Land mit 9,0 % (-0,3 ggü. 2019) und für den Bund mit 9,4 % (-0,1 % ggü. 2019) sind deutlich höher
- Eine deutliche Mehrheit von 56,7 % der schwerbehinderten Menschen im Kreis ist über 65 Jahre, während der Anteil der Kinder und Jugendlichen in dieser Gruppe bei 3,2 % liegt
- Bei der Statistik über die Art der Behinderung wird nur die Behinderung mit dem höchsten Grad der Behinderung (GdB) erfasst

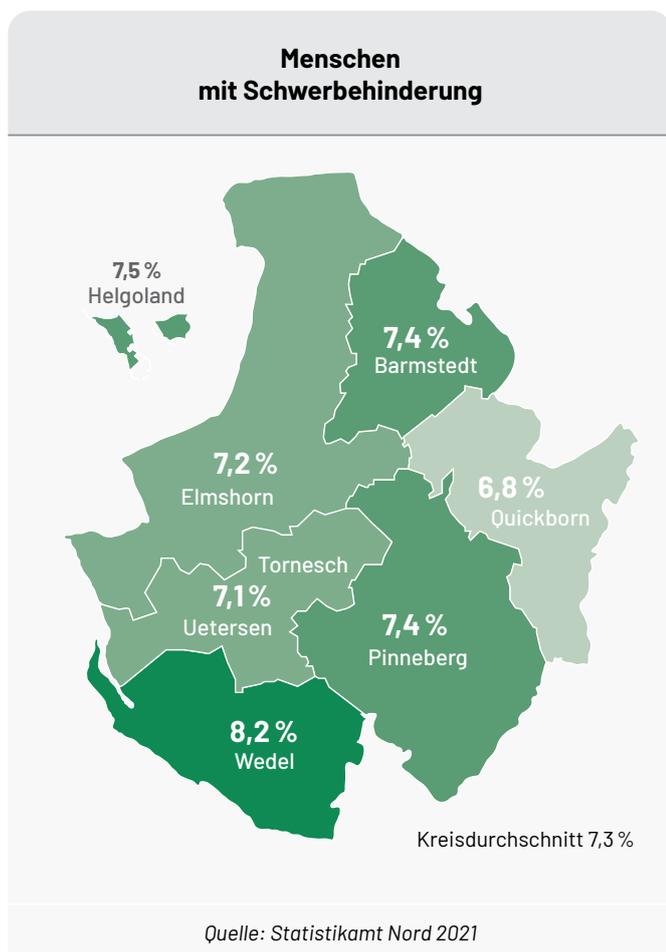
- Viele Menschen mit Behinderung weisen jedoch multiple Formen mit unterschiedlich hohem GdB auf
- Eine deutliche Mehrheit von 56,4 % der schwerbehinderten Menschen weist eine körperliche Behinderung auf
- Eine seelische Behinderung wurde bei 17,9 % der Menschen festgestellt, weitere 3,3 % verzeichnen eine Lern- oder geistige Behinderung
- 9,8 % haben eine Beeinträchtigung der Sinnesorgane, bei den restlichen 13,0 % ist die Behinderungsart nicht genauer spezifizierbar
- Die GE-Schulen besuchen im aktuellen Schuljahr 2022/2023 insgesamt 288 Schüler*innen (+16 ggü. Vj.)
- Insgesamt werden 14 % der Schüler*innen mit Förderbedarf GE inklusiv beschult (-3 % ggü. Vj.)
- Die Förderzentren haben aktuell interne befristete Lerngruppen in der Größe von 10 bis 12 Personen, wobei vier Förderzentren ohne eigene Schüler*innen dezentral arbeiten
- Der Anteil der Schüler*innen mit festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf, die inklusiv im Rahmen einer Regelschule beschult werden, beträgt 74 % (+0 % ggü. Vj.)
- Die Anzahl der schulischen Unterstützungsmaßnahmen steigt deutlich auf 1.000 (+241 ggü. Vj.)

Inklusion in Kitas und Schulen

- Im frühkindlichen Bereich liegen aktuell noch keine neue Daten vor, Ende 2021 erhielten insgesamt 665 Kinder heilpädagogische Förderung oder Frühförderung in Kitas
- Zwei Schulen GE (geistige Entwicklung) und sieben Förderzentren LSE (Lernen, Sprache, emotional-soziale Entwicklung) existieren im Kreis

Quellenangaben

Statistik Nord 2021 // Kreis Pinneberg 2021 // Schulamt Kreis Pinneberg 2022 // Kreis Pinneberg 2022





Zusammenfassung

Die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen nimmt weiter zu. Ausbildung und Fachkräftegewinnung sind die zentralen Herausforderungen. Der Fachkräftemangel begrenzt die Möglichkeiten des Ausbaus von Angeboten. Auch in der ärztlichen Versorgung wird es zunehmend schwieriger Praxisstellen zu besetzen. Es existiert der Vorschlag den Bereich ärztliche Versorgung zukünftig mit dem Handlungsfeld Gesundheit zu verbinden.



Handlungsempfehlung

- Übernahme der ÖPNV-Fahrtkosten für Auszubildende zur Pflegeassistenz

Erkenntnisse partizipative Prozesse

Ausbildung und Fachkräftegewinnung

Die Ausbildung, Gewinnung und Bindung von Fachkräften sind die zentralen Herausforderungen im Bereich Pflege, dies zeigte sich sowohl in der Fokusgruppe Altenhilfe und Pflege als auch in den thematischen Workshops der Sozialplanungskonferenz. Fortschritte und Qualitätsverbesserungen sind in der pflegerischen Versorgung nur mit ausreichend Personal zu erreichen. In der Sozialplanungskonferenz wurde empfohlen, Strategien für die Gewinnung von Fachkräften zu entwickeln, die auch Unterstützungsfaktoren beinhalten. Die von der Fokusgruppe Altenhilfe

und Pflege entwickelte Handlungsempfehlung zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Fachkräftegewinnung Pflege wurde von der Politik per Beschluss angenommen und inzwischen umgesetzt. Eine hierfür bei der Kreisverwaltung angestellte Fachkraft widmet sich nun verstärkt diesem priorisierten Thema und arbeitet intensiv mit der Fokusgruppe und anderen Akteuren an Ideen und Lösungen. So ist etwa die Wohnsituation von Auszubildenden oder potenziellen Fachkräften aus dem Ausland in den Blick zu nehmen und zu verbessern, z.B. mit einem Apartmenthaus auf dem Gelände des geplanten Zentralklinikums im Kreis. In diesem Kontext wurde auch die Handlungsempfehlung

„Übernahme ÖPNV-Kosten für Auszubildende zur Pflegeassistenz“ entwickelt. Auszubildende zur Pflegeassistenz sollen die Fahrtkosten zu den Praxisstationen nicht mehr selbst tragen müssen – vor allem, weil kein Gehalt während der Ausbildung gezahlt wird. Die Handlungsempfehlung wurde aufgrund ihrer Dringlichkeit im Sozialausschuss im Mai 2023 auf die Tagesordnung genommen und zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen. Die Steuerungsgruppe Sozialplanung hat diese Handlungsempfehlung als weniger steuerungsrelevant eingeschätzt, sie ist aber in der App FOKUS PI verfügbar. Auch zum erarbeiteten Konzept „Koordination Fachkräftegewinnung Pflege“ hat die Fokusgruppe noch Hinweise gegeben. Die Koordinierungsstelle wird weitere Informationsmaßnahmen mit Schulen, Betrieben, Jobcentern und weiteren Institutionen durchführen. Für die Fachkräftegewinnung im Ausland kann es hilfreich sein, angemessene Aufgabenbeschreibungen zu erstellen. In einigen Ländern ist Pflege oftmals ein akademischer Beruf. So sollte verdeutlicht werden, dass auch nichtakademische Arbeitskräfte gesucht werden.

Arbeitsumfeld

Entscheidend für die Gewinnung und Bindung von Pflegefachkräften wird auch sein, die Arbeitgeberattraktivität zu steigern. Dies ist ein generelles Erfordernis bei Fachkräftemangel und einem Arbeitnehmermarkt, wie auch noch einmal im Handlungsfeld Arbeit beschrieben. Die Fokusgruppe Altenhilfe und Pflege hat sich daher ausführlicher mit der Studie „Arbeitgeberattraktivität im norddeutschen Gesundheitssektor“ beschäftigt. Zentrale Aspekte sind eine gute Teamatmosphäre, hohe Wertschätzung, verlässliche Arbeitsplanung und besonders für jüngere Fachkräfte gute Entwicklungsmöglichkeiten und optimierte digitale Dokumentationsverfahren. In der Sozialplanungskonferenz wurde das Thema Gewalt gegen – zumeist weibliche – Pflegekräfte aufgeworfen. Standardisierter Gewaltschutz sowie eine Bewusstseins-schärfung könnten hier Abhilfe schaffen. Auch die Fokusgruppe sieht dies als wichtiges Thema; in Kliniken sind auch männliche Pflegekräfte betroffen. Einen größeren Anstieg von Gewaltakten könne man aber bisher nicht erkennen.

Demenz

Die Fokusgruppe hat sich außerdem mit dem Thema Demenz beschäftigt, nachdem auch schon einen Demenzplan für Schleswig-Holstein existiert. Die Anzahl der Betroffenen

wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen, daher gilt es, eine Enttabuisierung des Themas zu erreichen und mehr öffentliches Bewusstsein zu schaffen. Vor allem da es sich nicht nur um ein Thema für ältere Menschen handelt. Im Rahmen des zentralen Klinikneubaus im Kreis sollten auch Möglichkeiten geprüft werden, Angehörige von Demenzkranken mit in den Krankenzimmern unterzubringen, um während eines Klinikaufenthalts unterstützen zu können. An der Idee eines Demenzbeauftragten im Kreis wird weiter gearbeitet.

Pflegerische Angebotsstrukturen

In der Sozialplanungskonferenz wurden auch Pflegeangebote für spezielle Gruppen wie adipöse, psychisch erkrankte, demenzerkrankte, mehrfach-schwerstbehinderte Menschen sowie Kinder und junge Menschen angemahnt. In vielen der genannten Fälle sind auch Angehörige an der Pflege beteiligt und benötigen Unterstützung. Weiter wird ein Bedarf an Kurzzeitpflegeplätzen und ergänzenden Angeboten zur stationären und ambulanten Pflege formuliert. Die Versorgungssituation im Kreis bleibt allerdings sowohl im ambulanten als auch im stationären und teilstationären Bereich angespannt. Auch die Fokusgruppe Altenhilfe und Pflege hat sich mit dem Thema Kurzzeitpflege beschäftigt. Die bestehenden Plätze werden in der Regel von Menschen belegt, die aus Klinikaufhalten entlassen werden. So bleibt für die mögliche zeitweise Entlastung von Angehörigen wenig Spielraum. Die Schaffung von zusätzlichen Angeboten in der Kurzzeitpflege scheitert laut Einschätzung der Fokusgruppe an fehlendem Personal. Auch eine Steigerung der finanziellen Attraktivität würde hieran nichts ändern. Trotzdem sind auch immer wieder Pflegeangebote jenseits der klassischen stationären Angebote zu prüfen und neue Konzepte, wie z.B. Pflege-Wohngemeinschaften, weiter auszuarbeiten.

In der Sozialplanungskonferenz wurde auch die zunehmende Bedeutung der Prävention von Pflegebedürftigkeit bei älteren Menschen betont. Ziel ist es, die Selbständigkeit so lange wie möglich zu erhalten. In diesen Bereich sollten verstärkt Ressourcen investiert werden. In diesem Zusammenhang wurde auch über die Einrichtung einer aufsuchenden kommunalen Seniorenarbeit durch erfahrene Pflegefachkräfte gesprochen. Diese Idee wurde auch in der Fokusgruppe Altenhilfe und Pflege diskutiert und im Konzept „Modellprojekt aufsuchende Seniorenarbeit – präventive Hausbesuche“ aufgegriffen und dem Sozialausschuss vorgestellt.

Insgesamt wurde übergreifend betont, dass der Bedarf an unterschiedlichen Pflegeleistungen aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft weiter steigen wird. Auch die Finanzierbarkeit der Leistungen für Betroffene ist kontinuierlich zu prüfen.

Ärztliche Versorgungsstrukturen

Die Fokusgruppe Gesundheitsversorgung hat sich mit der ärztlichen Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) befasst. Es gibt vier unterschiedliche Versorgungsregionen für die hausärztliche, die allgemein fachärztliche, die spezial fachärztliche sowie die gesonderte fachärztliche Versorgung. Diese Regionen sind von der Größe her sehr unterschiedlich und reichen von mehreren Kommunen im Kreis über das Kreisgebiet mit Nachbarkreisen bis zu ganz Schleswig-Holstein. Primär richtet sich die Bedarfsplanung nach der Bevölkerungszahl sowie besonderen regionalen Aspekten, die eine Typisierung ermöglichen. Der Kreis Pinneberg gilt aufgrund der Randlage zu Hamburg in dieser Typisierung als „stark mitversorgter Kreis“. Ein zunehmendes Problem besteht bei der Nachbesetzung von Praxissitzen, besonders von

Allgemeinärzten. Zudem ist die Altersstruktur der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte in Schleswig-Holstein recht hoch, etwa 32 % sind über 60 Jahre. Die jüngeren Altersgruppen würden zunehmend ein Angestelltenverhältnis bevorzugen anstelle eines Praxissitzes. Wichtige Gründe, um einen Praxissitz zu übernehmen, werden zunehmend familiäre und persönliche Kriterien, wie gute Versorgungsmöglichkeiten mit Schulen und Kitas sowie gute ÖPNV-Anbindungen.

Mit dem Beschluss zum Bau eines Zentralkrankenhauses im Kreis werden sich auch die medizinischen Versorgungsstrukturen in der Region verändern – es gilt, ambulante und stationäre Versorgungsstrukturen gut zu verzahnen. Dem Sozialausschuss wurde der „Gesundheitsseismograph“ vorgestellt, ein Projekt in Kooperation mit der Nordakademie, der die medizinischen Bedarfe der Bevölkerung digital erfassen soll.

In der Sozialplanungskonferenz wurde auch allgemein angemerkt, dass die Thematik ärztliche Versorgung inhaltlich besser dem Handlungsfeld Gesundheit zugeordnet werden sollte. Das Handlungsfeld könnte zukünftig als „Gesundheit und medizinische Versorgung“ bezeichnet werden.

Zahlen, Daten und Fakten

13.840

Pflegebedürftige

3.771

Pflegeplätze

59.400

vollstationäre
Behandlungen

1.200

Leistungen
Hilfe zur Pflege

Pflegebedürftige und Pflegeplätze

- Die Daten zur Pflege werden alle zwei Jahre aktualisiert und liegen nun für Ende 2021 vor
- Etwa 13.840 Menschen gelten Ende 2021 als pflegebedürftig (+ 700 ggü. 2019)
- Im Kreisdurchschnitt stehen in den Betrachtungsräumen durchschnittlich 53 Pflegeplätze je 1.000 Einwohnende ab 65 Jahren zur Verfügung

- Die regionale Verteilung ist recht unterschiedlich: Während im Betrachtungsraum Wedel nur 35 Plätze für die Altersgruppe zur Verfügung stehen, sind es im Betrachtungsraum Barmstedt 68 Plätze
- Das Verhältnis der Plätze ist auch mit regionalen Gegebenheiten hinsichtlich der Wohn- und Mietkosten verbunden
- Ende 2022 stehen im Kreisgebiet insgesamt 3.771 stationäre Pflegeplätze mit 160 eingestreuten

Kurzzeitpflegeplätzen bereit, wobei aufgrund des Fachkräftemangels nicht immer durchgehend alle Plätze belegbar sind

- Ewa 1.100 Menschen erhalten Ende 2022 Hilfe zur Pflege (-100 ggü. Vj.), beeinflusst durch die Neuregelung des Pflegezuschlags der Pflegekassen

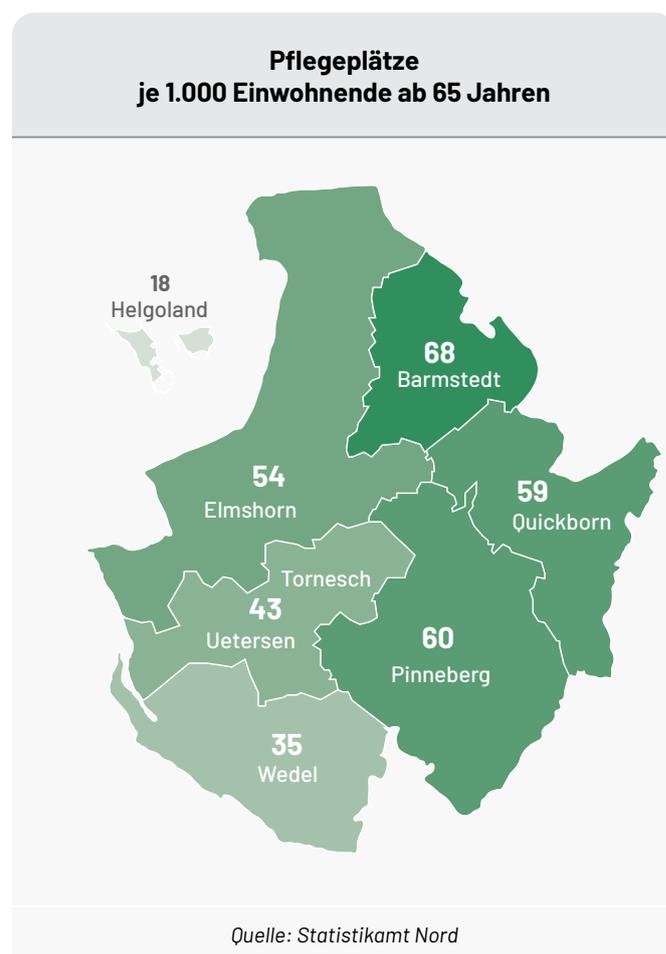
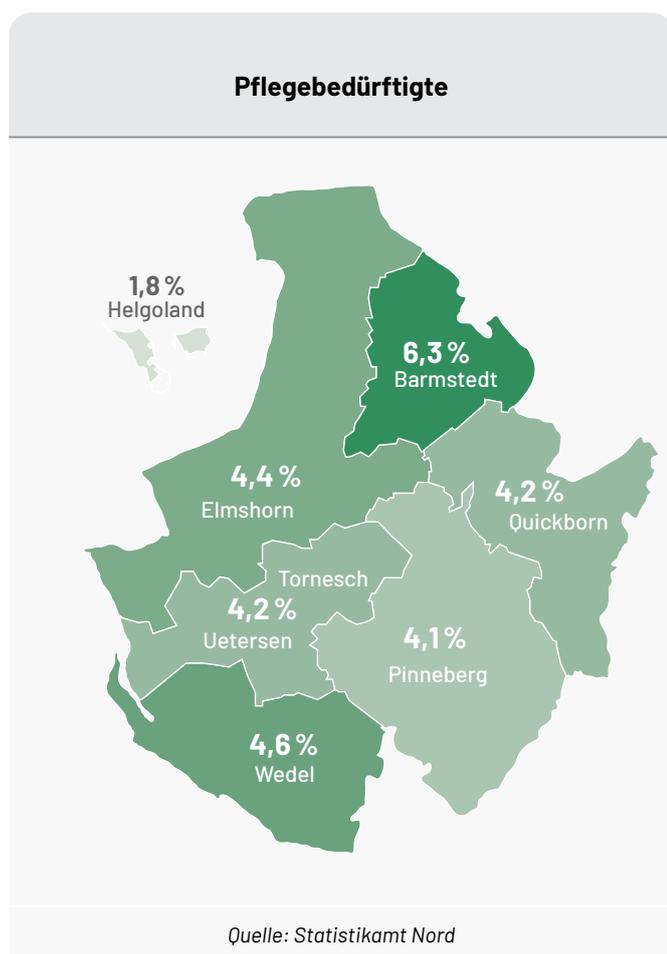
Ärztstellen und Behandlungen in Krankenhäusern

- Die Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) wurde im Dezember 2022 fortgeschrieben, die Regionen der KV stimmen dabei weder mit den Betrachtungsräumen noch, in Bezug auf die Fachärzte, mit dem Kreisgebiet überein
- Bei den Hausärzten sind im Gebiet Elmshorn noch 8,0 mögliche Stellen und im Gebiet Pinneberg 1,5 Stellen zu vergeben
- Es wird weiter davon ausgegangen, dass die schnell erreichbare ärztliche Infrastruktur in der Hansestadt Hamburg mitgenutzt wird

- Im Bereich der psychotherapeutischen Versorgung sind im Kreis weiterhin 3,5 Stellen im Bereich Psychosomatik zu besetzen
- In der psychotherapeutischen Versorgung wird immer noch auf lange Wartezeiten und eine erforderliche Ausweitung des Systems innerhalb des Kreisgebietes hingewiesen
- 2021 wurden etwa 59.400 vollstationäre Behandlungen in Krankenhäusern durchgeführt, aufgrund der anhaltenden Covid-Pandemie mussten auch 2021 freie Betten vorgehalten und planbare Eingriffe verschoben werden
- 46,1% der vollstationär behandelten Personen waren über 65 Jahre

Quellenangaben

Statistikamt Nord 2021 // Kreis Pinneberg 2022 // Kreis Pinneberg 2021 // Kassenärztliche Vereinigung S.-H. Bedarfsplanung 2022





Zusammenfassung

Die Anzahl der Beschäftigten im Kreisgebiet steigt leicht an, die Anzahl der beschäftigten Einwohnenden deutlich. Die Arbeitslosenquote steigt an, was auch durch kriegsgeflüchtete Menschen aus der Ukraine, die SGB II-Leistungen erhalten, verursacht ist. Das zentrale Thema in diesem Handlungsfeld ist der Fachkräftemangel und hier stellt sich zunehmend die Frage, wie Arbeitgeber ihre Attraktivität für Fachpersonal steigern können und welche Strategien zur Gegensteuerung entwickelt werden können.



Erkenntnisse partizipative Prozesse

Fachkräftebedarf

Der zunehmende Fachkräftebedarf bleibt das wichtigste Thema dieses Handlungsfeldes. Alle Fokusgruppen haben diesen, wie schon im Kapitel „Aktuell größte Herausforderungen in der Sozialpolitik“ beschrieben, als zentrales Problem benannt. Er wird sich aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahren noch verstärken, wenn die Generation der „Baby Boomer“ sukzessive in den Ruhestand eintritt.

Es gilt dabei sowohl Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben, Übergänge und Wiedereinstiege in die relevanten Berufsgruppen zu erleichtern, den Wechsel von Schule in die Ausbildung möglichst reibungslos zu gestalten als auch prinzipiell die Attraktivität von Berufen, die besonders unter dem Fachkräftemangel leiden, durch unterschiedlichste Maßnahmen zu steigern.

In allen Berufssparten des Gesundheits- und Sozialbereichs ist inzwischen ein deutlicher Fachkräftemangel zu verzeichnen. Dies führt zum Beispiel auch im Pflegebereich dazu, dass nicht mehr permanent alle stationären Plätze im Kreis zur Verfügung stehen. Auch in den anderen Bereichen wird berichtet, dass der Mangel an Fachpersonal dazu führt, die soziale Infrastruktur nicht mehr vollumfänglich zur Verfügung stellen zu können. Im Bereich Pflege wurde dem Fachausschuss ein mit der Fokusgruppe abgestimmtes Konzept „Koordination Fachkräftegewinnung Pflege“ vorgelegt, das sowohl auf die Gewinnung von mehr Auszubildenden als auch von Fachkräften aus dem Ausland abzielt. Bereits eingeleitete Maßnahmen für soziale Berufe wie die praxisintegrierte Ausbildung (PiA), Stipendienmodelle oder auch die Unterstützung des dualen Studiums Soziale Arbeit werden als erfolgreich angesehen und sollten noch weiter ausgebaut werden.

Einen vergleichbaren Vorschlag unterbreitet auch die Handlungsempfehlung „Übernahme der ÖPNV-Fahrtkosten für Auszubildende zur Pflegeassistenz“ aus der Fokusgruppe Altenhilfe und Pflege, mit der Auszubildende während der Praxiseinsätze unterstützt und Ausbildungsabbrüche vermieden werden sollen. Bei der Sozialplanungskonferenz wurde zudem noch auf die Aktivierung von vorhandenen, aber bisher wenig genutzten potentiellen Arbeitskräften verwiesen. Hierzu gehören insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderung. Qualifizierungsmaßnahmen sollten zukünftig modularisierter angeboten werden, damit der Arbeitsmarkt insgesamt durchlässiger werden kann.

Arbeitgeberattraktivität

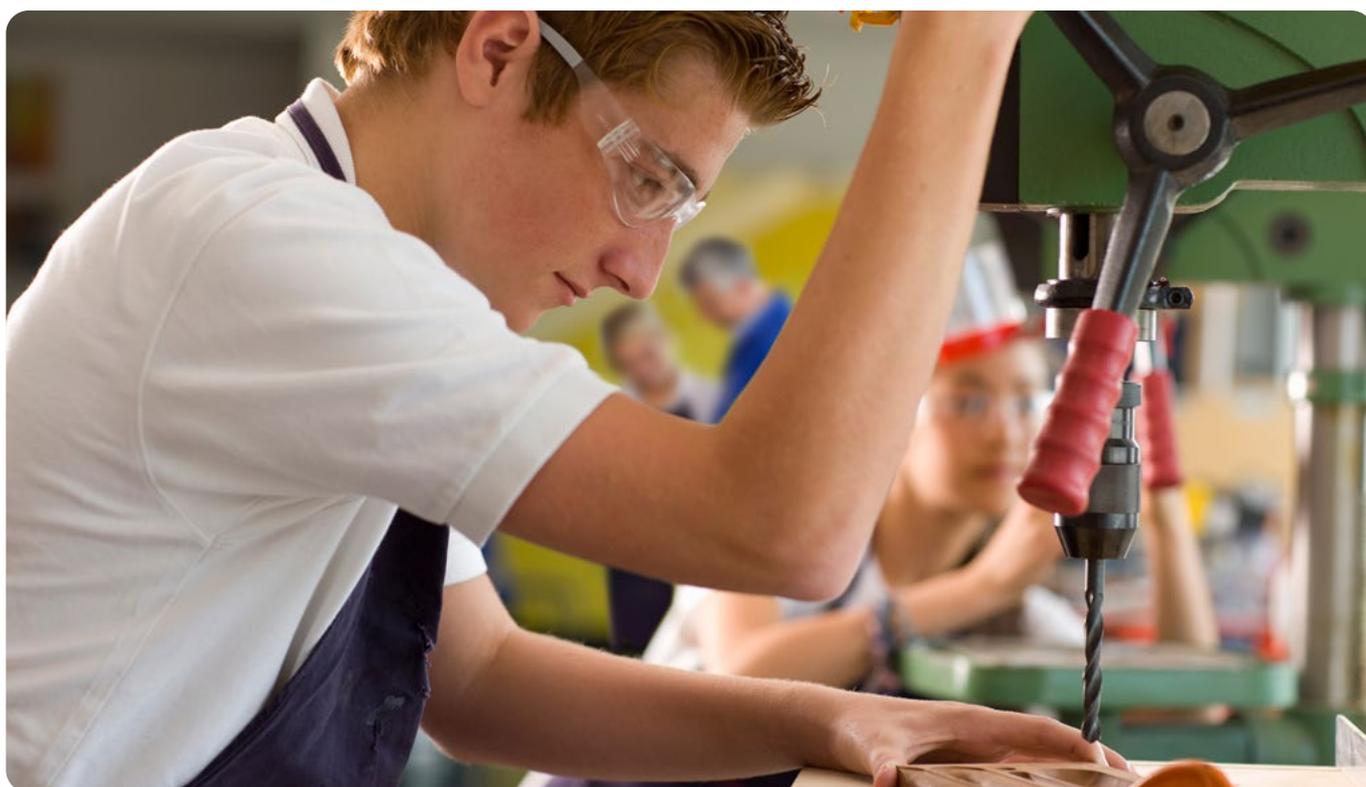
Eine in der Fokusgruppe Altenhilfe und Pflege vorgestellte Studie zeigte, dass eine gute Teamatmosphäre, eine qualitativ gute Versorgung der betroffenen Personen, verlässliche Mitarbeitende, eine verbindliche Arbeitsplanung, Wertschätzung und Anerkennung sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie die wichtigsten Faktoren für einen attraktiven Arbeitsplatz sind. Das Arbeitsumfeld sollte über möglichst moderne technische Ausstattung verfügen. Ziel sollte es sein, möglichst viel Zeit für die Arbeit mit den Menschen aufbringen zu können und nicht für bürokratische Abläufe.

Auch Empfehlungen und Meinungen aus dem Freundes- und Bekanntenkreis sind ein wichtiger Faktor für Arbeitgeberattraktivität. Auch sollten überall Onboarding-Programme entwickelt werden, die einen möglichst schnellen Einstieg neuer Fachkräfte ermöglichen.

Insgesamt benötigen Arbeitsplätze im Sozialbereich eine größere Attraktivität durch bessere Vergütungen und wertschätzendes Betriebsklima, so ein zentrales Ergebnis des Workshops während der Sozialplanungskonferenz.

Übergang Schule Beruf

In der Sozialplanungskonferenz wurde zudem die Bedeutung des guten Übergangs von der Schule in den Beruf thematisiert. Die Versorgung mit Informationen zur Berufsorientierung ist zwar ausreichend, allerdings werden keine geeigneten Instrumente zur Verfügung gestellt, die Fähigkeiten und Fertigkeiten der jungen Menschen identifizieren und eine entsprechende Hilfestellung bei der Berufsorientierung bieten. Vielmehr sollte es eine intensiviertere, individualisierte und kontinuierliche Berufsberatung in den Schulen geben. Die fehlende Möglichkeit, während der Corona-Pandemie Praktika abzuleisten, hat ebenfalls zur unzureichenden Berufsorientierung beigetragen.



Zahlen, Daten und Fakten

5,0 %

Arbeitslosenquote

95.700

Beschäftigte im
Kreisgebiet

2.160

schwerbehinderte
Beschäftigte

+ 800

Teilzeitstellen

Beschäftigte im Kreisgebiet

- Zahl der erwerbstätigen Personen im Kreisgebiet steigt 2022 leicht auf 95.700 Personen (+800 ggü. Vj.)
- Anzahl der Vollzeitstellen unverändert bei 65.400 und Teilzeitstellen ansteigend bei 30.300 (+800 ggü. Vj.)
- Neue Teilzeitstellen werden hauptsächlich von Frauen besetzt (+600 ggü. Vj.)
- Etwa 68 % der Vollzeitstellen bleiben von Männern und knapp 80 % der Teilzeitstellen von Frauen besetzt (beides +- 0 ggü. Vj.)

Sektorenverteilung

- Deutliche Verschiebung innerhalb der Sektoren vom produzierenden Gewerbe zur Dienstleistungsbranche
- 28,1 % arbeiten im produzierenden Gewerbe (-0,9 % ggü. Vj.), 69,7 % im Dienstleistungssektor (+0,8 % ggü. Vj.) und 2,2 % in der Forst- und Landwirtschaft (+0,1 % ggü. Vj.)
- Anstieg der Beschäftigtenzahlen im Dienstleistungsbereich, besonders im Sozial- und Gesundheitsbereich, im Erziehungswesen, der öffentlichen Verwaltung und dem Gastgewerbe
- Rückgang der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe, besonders in der Metall- und Elektroindustrie

Beschäftigte Einwohnende

- Deutlicher Anstieg bei den beschäftigten Einwohnenden des Kreises auf 132.900 Menschen 2022 (+2.800 ggü. Vj.)
- Insgesamt arbeiten 56 % der beschäftigten Einwohnenden außerhalb des Kreisgebietes (+- 0 ggü. Vj.), hauptsächlich in Hamburg
- Starke räumliche Trennung zwischen Wohn- und Arbeitsort ist typisch für das Kreisgebiet, daraus ergeben sich auch Potentiale für Home Office

- Mit Zunahme der Gesamtbevölkerung steigt auch die Anzahl der beschäftigten Einwohnenden, dies mildert die Überalterung der Bevölkerung und den demographischen Wandel ab

Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen

- Statistiken zu schwerbehinderten Menschen in regulären Arbeitsverhältnissen werden mit zweijähriger Verzögerung veröffentlicht
- 2021 waren etwa 2.160 schwerbehinderte Menschen in Betrieben im Kreisgebiet tätig (+150 ggü. Vj.)
- 51 % sind davon über 55 Jahre alt (+1 % ggü. Vj.), weitere 28 % zwischen 45 und 55 Jahre alt (-2 % ggü. Vj.)
- Im privatwirtschaftlichen Sektor beträgt die Beschäftigungsquote 3,3 % (+0,1 % ggü. Vj.), im öffentlichen Sektor liegt die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen bei 5,9 % (-0,5 % ggü. Vj.)
- Etwa 730 Menschen mit Behinderung im Kreis arbeiten 2022 in entsprechenden Werkstätten oder vergleichbaren Einrichtungen (-20 ggü. Vj.)

Arbeitslosigkeit

- Die Arbeitslosenquote beträgt Ende 2022 im Kreisgebiet 5,0 % und ist merklich angestiegen (+0,4 % ggü. Vj.)
- Der Kreis bleibt damit unterhalb der Werte des Bundes mit 5,4 % (+0,3 % ggü. Vj.) und des Landes 5,3 % (+0,3 % ggü. Vj.), die ebenso steigende Werte zu verzeichnen haben
- Die Arbeitslosenquote von ausländischen Personen im Kreisgebiet steigt erheblich auf 18,2 % an (+3,8 % ggü. Vj.)
- Sie liegt dabei unterhalb des Landesschnitts mit 19,9 % (+4,9 % ggü. Vj.) und über dem Bundesschnitt von 14,7 % (+2,7 % ggü. Vj.), deren beide Werte auch angestiegen sind

- Hauptursache für den Anstieg der Arbeitslosenquote ausländischer Personen sind kriegsgeflüchtete Menschen aus der Ukraine, die seit Mitte 2022 von den Jobcentern betreut werden
- Die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat auf etwa 2.450 Personen abgenommen (-350 ggü. Vj.), es befinden sich damit 27,8% der Arbeitslosen in Langzeitarbeitslosigkeit
- Die Jugendarbeitslosigkeit steigt deutlich auf 4,8% an (+1,2% ggü. Vj.)
- Die Jugendarbeitslosigkeit liegt damit erstmals seit Jahren über den Werten von Land mit 4,4% (-0,6% ggü. Vj.) und Bund mit 4,3% (-0,6% ggü. Vj.), die gegenläufige Tendenzen aufweisen und deren Quoten gesunken sind
- Für den Anstieg der Jugendarbeitslosenquote sind statistische Gründe verantwortlich, z.B. der Rückgang der Erwerbspersonen in dieser Altersspanne und auch der Ukraine-Krieg, da ein Teil der jungen geflüchteten Erwachsenen unter 25 Jahren noch auf Plätze in Sprachkursen wartet und bis dahin als arbeitslos gilt

Quellenangaben

Agentur für Arbeit 2021 // Agentur für Arbeit 2022





Zusammenfassung

Besonders die Anzahl der Personen im SGB II-Bezug ist ansteigend, auch wegen der kriegsgeflüchteten Menschen aus der Ukraine. Mit der steigenden Inflation und höheren Energiepreisen könnten künftig mehr Bevölkerungsgruppen von Armut betroffen sein. Für dieses Handlungsfeld wurde daher von der Sozialplanungskonferenz und der Steuerungsgruppe Sozialplanung eine höhere Priorität empfohlen.



Erkenntnisse partizipative Prozesse

Wechselwirkungen und Empfehlung für höhere Priorität

Für das Handlungsfeld Armut werden weiterhin die Wechselwirkungen zu anderen Handlungsfeldern betont. Im Handlungsfeld Bildung wird gerade für Kinder aus armutsgefährdeten Familien besonders die Teilhabe an informellen Bildungsmöglichkeiten in der Freizeit als schwierig angesehen. Für Beziehende von Transferleistungen greift hier die Bildungskarte, die gezielt die Teilhabe an Bildung und am sozialen und kulturellen Leben für Kinder aus armen Familien fördert. Durch die Bindung an die Karte können diese Mittel nur zweckgebunden ausgegeben werden. Die Umstellung auf die Bildungskarte und die Ausgabe direkt vor Ort bei der jeweiligen Sozialleistungsbehörde mit Ausnahme der Stadt Pinneberg erleichtert und entstigmatisiert die Nutzung des Angebots.

Auch für den Bereich Gesundheit und medizinische Versorgung wird betont, dass ärmere Menschen ein höheres

Gesundheitsrisiko tragen und in sozial belasteten Gebieten eine schlechtere gesundheitliche Versorgung vorherrscht. Mehr gesundheitliche Präventionsangebote wären in diesen Gebieten ratsam, dies zeigen auch die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen.

Während der Sozialplanungskonferenz im August 2022 wurde auch der Zusammenhang zum Handlungsfeld Wohnen betont. Die hohen Wohnkosten im Kreisgebiet tragen potentiell zu einem erhöhten Armutsrisiko bei, besonders bei geringem Einkommen oder Arbeitslosigkeit, wenn ein verhältnismäßig großer Anteil des Haushaltseinkommens für Wohnen verwendet wird muss. Aus diesem Grund haben sich die Teilnehmenden der Sozialplanungskonferenz und auch der Steuerungsgruppe Sozialplanung dafür ausgesprochen, das Handlungsfeld Armut zukünftig den priorisierten Handlungsfeldern zuzuordnen. Eine Clusteranalyse zu Kinderarmut im Kreis hat gezeigt, dass diese vor allem ein Thema der größeren Städte im Kreis ist.

Neue Bevölkerungsgruppen mit Armutsrisiko und Notfallfonds

Auf der Sozialplanungskonferenz wurde aufgrund der aktuellen Entwicklungen, wie Inflation und steigenden Energiepreisen, davon ausgegangen, dass neue Bevölkerungsgruppen von Armut bedroht sein können. Wichtig ist, diese schnell zu identifizieren, ihnen entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen und gezielte Unterstützungsangebote für sie zu entwickeln. Die von der Fokusgruppe Integration entwickelte Handlungsempfehlung zu Vermittlungspersonen kann dazu beitragen, schnell eine Inanspruchnahme von Leistungen zu erwirken. Insgesamt wurde auch ein Rückgang in den nicht öffentlichen Unterstützungssystemen wie z.B. von Lebensmittelspenden an die Tafeln oder privaten Kleiderspenden festgestellt. In dieser gegenläufigen Entwicklung aus geringeren nicht öffentlichen Unterstützungsmöglichkeiten bei zeitgleich neuen Armutsrisiken bestehe Handlungsbedarf in Bezug auf öffentliche Unterstützungsangebote. Auch die Folgen der Corona-Pandemie haben immer noch Auswirkungen, bestimmte Angebote können nur mit höheren Kosten realisiert werden. Entsprechend hat der Kreistag Ende 2022 beschlossen, einen Notfall-Fonds in Höhe von 5 Mio. Euro zur Entlastung von Kriegs-, Energiepreis- und Pandemie-bedingten finanziellen Notlagen zur Verfügung zu stellen, um insbesondere Vereine, Verbände und Tafeln im Kreisgebiet zu sichern und die soziale Infrastruktur auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten.

systemen wie z.B. von Lebensmittelspenden an die Tafeln oder privaten Kleiderspenden festgestellt. In dieser gegenläufigen Entwicklung aus geringeren nicht öffentlichen Unterstützungsmöglichkeiten bei zeitgleich neuen Armutsrisiken bestehe Handlungsbedarf in Bezug auf öffentliche Unterstützungsangebote. Auch die Folgen der Corona-Pandemie haben immer noch Auswirkungen, bestimmte Angebote können nur mit höheren Kosten realisiert werden. Entsprechend hat der Kreistag Ende 2022 beschlossen, einen Notfall-Fonds in Höhe von 5 Mio. Euro zur Entlastung von Kriegs-, Energiepreis- und Pandemie-bedingten finanziellen Notlagen zur Verfügung zu stellen, um insbesondere Vereine, Verbände und Tafeln im Kreisgebiet zu sichern und die soziale Infrastruktur auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten.

Zahlen, Daten und Fakten

13,5 %
Kinderarmut

22.100
Menschen in Bedarfsgemeinschaften

45.360 €
durchschnittliches Einkommen

Platz 205
von bundesweit 401
Überschuldung
Bevölkerung

Sozialformel 2021

- Die Sozialformel liefert überblickshaft Erkenntnisse über die räumlich unterschiedlich verteilten sozialen Bedarfe im Kreisgebiet, indem mehrere Indikatoren zusammengefasst werden (weitere Informationen finden sich in der App FOKUS PI)
- Der Betrachtungsraum Elmshorn weist mit 74 vergleichsweise besonders hohe soziale Bedarfe auf
- Der Betrachtungsraum Quickborn liegt mit 40 deutlich unter dem Kreisschnitt
- Die restlichen Betrachtungsräume liegen in der Nähe des Kreisdurchschnitts von 55, mit Ausnahme des Sonderraums Helgoland

Zahlen und Quoten zu Armut

- Zentrale Informationen liefern die SGB II-Daten, wobei teilweise schon aktuelle Werte für Ende 2022 vorliegen, ansonsten für Ende 2021
- Die Arbeitslosenquote von Menschen mit SGB II-Bezug steigt Ende 2022 auf 3,2 % (+ 0,5 % ggü. Vj.)
- Die Anzahl der Arbeitssuchenden im SGB II steigt Ende 2022 deutlich auf 10.400 Personen (+ 1.050 ggü. Vj.)
- Ein Grund für die deutlichen Anstiege im SGB II sind geflüchtete Menschen aus der Ukraine
- Die Menschen in Bedarfsgemeinschaften haben sich Ende 2022 erhöht auf etwa 22.100 (+ 1.600 ggü. Vj.)
- Die Anzahl der ausländischen Personen in Bedarfsgemeinschaften ist Ende 2022 aufgrund der Fluchtbewegungen des Ukraine-Krieges deutlich höher mit 11.500 (+ 2.200 ggü. Vj.)
- Etwa 4.100 Familien beziehen Ende 2022 SGB II-Leistungen (+ 410 ggü. Vj.)

- Der Anteil der Alleinerziehenden bei den Familien mit SGB II-Leistungen liegt Ende 2022 höher bei 52,3 % (+ 3,1 % ggü. Vj.)
- Etwa 7.800 Kinder und Jugendliche beziehen Ende 2022 SGB II-Leistungen (+ 680 ggü. Vj.)
- Bei den Anteilswerten liegen aktuell nur die Daten für 2021 vor
- Ende 2021 liegt der Anteil der Menschen in Bedarfsgemeinschaften im Kreis bei 6,4 % (- 0,4 % ggü. Vj.)
- Tendenziell ist der Anteil von Menschen in Bedarfsgemeinschaften in den Städten höher als in kleineren Kommunen
- Kinderarmut, d.h. Kinder unter 15 Jahren im SGB-Bezug im Verhältnis zu allen Kindern der Altersgruppe, war im Jahr 2021 noch rückläufig auf 13,5 % (- 0,7 % ggü. Vj.)
- Der Kreis Pinneberg liegt damit erneut über dem Bundeswert von 13,1 % (- 0,9 % ggü. Vj.) und unter dem Landeswert von 14,1 % (- 1,3 % ggü. Vj.)
- Besonders hohe Kinderarmutswerte sind besonders in den Städten zu verzeichnen, wie die Graphik zeigt
- Bei der Jugendarmut, also bei Jugendlichen zwischen 15 und unter 18 Jahren, weist der Kreis Pinneberg 2021 einen unveränderten Wert von 10,0 % auf
- Der Bund hat mit 10,7 % (- 0,5 % ggü. Vj.) ebenso wie das Land mit 10,8 % (- 0,1 % ggü. Vj.) weiterhin etwas höhere Werte
- Ende 2022 erhalten etwa 2.700 Personen über 65 Jahre Grundsicherung im Alter (+ 400 ggü. Vj.)
- Das Verhältnis zu allen Personen über 65 Jahren, als Indikator für Altersarmut, steigt auf 3,2 % (+ 0,2 % ggü. Vj.)
- Landes- und Bundeswerte liegen identisch bei 3,2 % (+ 0,1 % beide ggü. Vj.)

Einkommen

- Das durchschnittliche Einkommen der steuerpflichtigen Einwohnenden steigt 2018 auf 45.630 Euro (+ 1.428 Euro ggü. Vj.)
- Das Medianeinkommen, also das Einkommen, bei dem jeweils 50 % oberhalb und unterhalb dieses Wertes liegen, wird mit 31.630 Euro angegeben (+ 1.052 Euro ggü. Vj.)
- Aufgrund der Erstellung der Steuerstatistik liegen diese Werte mit etwa vierjähriger Verzögerung vor
- Ein zentrales Merkmal für den Kreis Pinneberg sind relativ hohe Einkommen bei relativ hohen Lebenshaltungskosten, wie z.B. im Wohnbereich

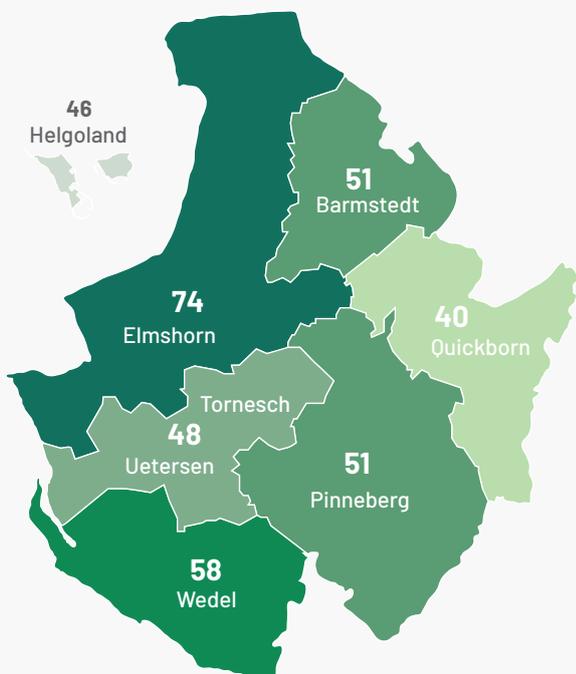
Verschuldung

- Die Überschuldungsquote im Kreis Pinneberg sinkt 2021 auf 7,88 % (- 0,44 % ggü. Vj.)
- Mit Platz 205 liegt der Kreis fast genau in der Mitte aller 401 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland (3 Plätze besser ggü. Vj.)
- Hauptursachen für Überschuldung bleiben weiterhin Krankheit, Arbeitslosigkeit und längerfristiges Niedrigeinkommen
- Etwa 1.250 Beratungen fanden 2021 in den Schuldnerberatungsstellen im Kreis statt, diese haben 2022 deutlich zugenommen
- Etwa 39 % der Ratsuchenden sind Arbeitnehmer (unverändert ggü. Vj.) und knapp 43 % erhalten Lohnersatzleistungen aus dem SGB II, III oder XII (+ 4 % ggü. Vj.)
- Im Hinblick auf die Lebenssituation der Ratsuchenden sind 30 % Alleinlebende und weitere 18 % Alleinerziehende
- Sinkender Privatverschuldungsindex auf 861 Punkte (- 21 ggü. Vj.), es ist damit weiterhin mit hohen Rückzahlungsquoten von Verbraucherkrediten zu rechnen und kritische Anzeichen für Verschuldung sind nur mäßig ausgeprägt
- Der Kreis Pinneberg liegt unterhalb des Bundesschnitts von 900 Punkten und deutlich unterhalb des Landeswertes von 986 Punkten
- Verbraucherinsolvenzen im Kreis werden für 2021 mit 356 angegeben, die Zahlen sind nur bedingt aussagekräftig da die Meldepflicht aufgrund der Pandemie teilweise ausgesetzt war

Quellenangaben

Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2021 // Schuldneratlas Creditreform 2021 // SCHUFA Kredit-Kompass 2022 // Agentur für Arbeit 2021 // BIAJ 2021 // Kreis Pinneberg 2021 // Statistikamt Nord 2018 // Agentur für Arbeit 2022 // AWO Schuldnerberatung 2021

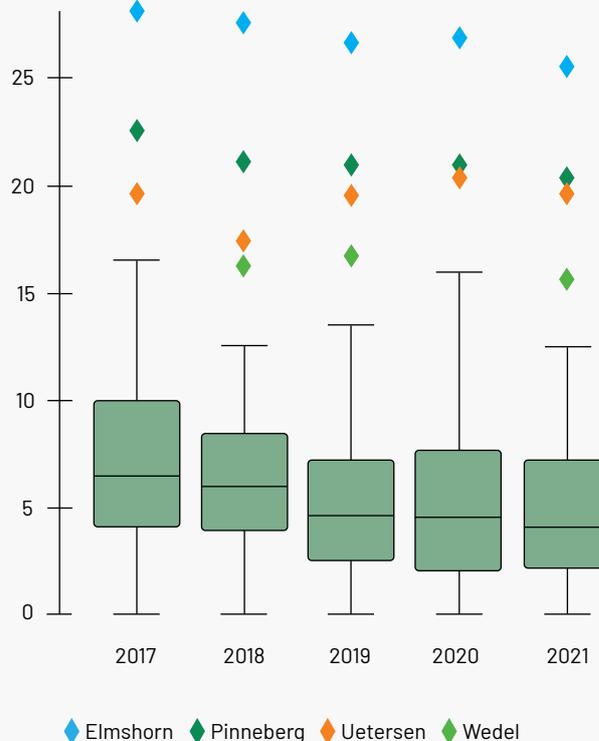
Sozialformel 2021



Kreis Pinneberg: 55

Quelle: Kreis Pinneberg, eigene Berechnungen

Kinderarmut*



Quellen: Statistik Nord, Bundesagentur für Arbeit

* Prinzip Boxplot

Ein Boxplot beschreibt in einer einzigen Graphik die zentrale Tendenz sowie Streuung eines bestimmten Indikators. Die Streuung zeigt wie weit die Daten um den Zentralwert, hier den Median, herum verteilt sind bzw. wie sehr sich die Werte unterscheiden. Der Median ist als Strich innerhalb der Box abgebildet, d.h. 50 % aller Anteilswerte der Kommunen liegen oberhalb bzw. unterhalb dieses Werts. Am unteren Rand der Box liegen noch 25 % aller Werte darunter, am oberen Rand der Box liegen 25 % aller Werte darüber. Der horizontale Strich unterhalb der Box markiert generell den geringsten aller Werte. Der horizontale Strich oberhalb der Box endet beim 1,5-fachen Wert der Höhe der Box. Werte oberhalb dieses horizontalen Strichs unterscheiden sich dann deutlich von den anderen Werten und werden als einzelne Punkte ausgegeben

* Erläuterung Graphik Kinderarmut

Für den vorliegenden Boxplot wurde die unterschiedliche Verteilung von Kinderarmut in den 49 Städten und Gemeinden im Kreisgebiet in den letzten 5 Jahren analysiert. Während der Anteil in einigen Kommunen jeweils sehr gering ist, weisen andere deutlich höhere Werte auf. Die Werte jeder Stadt oder Gemeinde befinden sich entweder innerhalb der Box oder innerhalb der Striche. Da der Strich unterhalb der Box bei 0 % endet bedeutet dies, dass einige Kommunen gar keine Kinderarmut zu verzeichnen haben. Kommunen, deren Werte über dem oberen Querstrich liegen, unterscheiden sich in der Kinderarmut deutlich von den anderen Kommunen. Ein gezielter Einsatz von Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut verspricht in diesen Kommunen demnach die höchsten Effekte, da diese aktuell die größten Herausforderungen in Bezug auf Kinderarmut bewältigen müssen.



Leben und
Freizeit

Zusammenfassung

Nach dem Abklingen der Pandemie steigt auch wieder die Lebenszufriedenheit. Die vielfältige Verzahnung von Leben und Freizeit mit anderen Handlungsfeldern wie Mobilität, Infrastruktur sozialer Angebote und auch Inklusion wurde betont. Auch eine veränderte Bezeichnung des Handlungsfeldes sowie die Neuordnung der Kinder- und Jugendarbeit zum Handlungsfeld Infrastruktur sozialer Angebote wurden in der Sozialplanungskonferenz angeregt. Die Mitgliederzahlen der Sportvereine steigen wieder deutlich, auch Übernachtungen im Kreisgebiet erreichen fast wieder das Niveau vor Corona.



Erkenntnisse partizipative Prozesse

Kinder- und Jugendarbeit

Im Kontext der Bewältigung der aktuellen Krisenfolgen hat sich gezeigt, welchen positiven gesellschaftlichen Beitrag das Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendarbeit für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen leistet. Eine flexible Anpassung und Differenzierung von Angeboten und Programmen erfordert eine entsprechende personelle Ausstattung und gute Qualifikation der Aktiven.

Die Fokusgruppe Kinder- und Jugendarbeit begleitet aktiv den gestarteten Prozess der Bestandserhebung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) im Kreis. Nach einer anschließenden Bedarfsanalyse soll ein offener Dialog über sich verändernde Bedarfe sowie die aktuelle und künftige Ausgestaltung der Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit aufgenommen werden.

Im Bereich der Allgemeinen Jugendpflegemittel konnte die Fördersumme trotz insgesamt rückläufiger Anträge gesteigert werden. Auch bei der Förderung von aktiven Ehrenamtlichen in Vereinen und Verbänden ist die Zahl der Antragstellungen leicht zurückgegangen.

Um auf die multiplen Problemlagen in der Kinder- und Jugendarbeit zu reagieren, wurden Kreismittel für Projekte der Jugendverbände in den Orten bereitgestellt, die im Sinne eines Nachhol- und Aufholprogramms nach Corona vollständig und unbürokratisch eingesetzt werden konnten. Mit Formaten wie z.B. Spiel- und Sportfesten oder Ausfahrten wurde die Kinder- und Jugendverbandsarbeit an vielen Orten im Kreis Pinneberg neu belebt.

Die Zuschüsse für Tagesveranstaltungen und Fahrten mit Übernachtung ermöglichten fast 5.000 Kindern und

Jugendlichen, an den Maßnahmen teilzunehmen. Nach wie vor gibt es noch Träger, die in der aktuellen Situation keine Fahrten mit Übernachtung planen und durchführen möchten. Die Änderung der Grundsätze für Fahrtzuschüsse für 2023 und die Erhöhung der Förderung auf 4,00 Euro pro Tag und Kind erleichtert den Trägern die Planung und Finanzierung der Maßnahmen, den größten Anteil übernehmen weiterhin die Eltern. Für coronabedingte Sonderausgaben konnten im Vergleich zum Vorjahr mehr Mittel für zusätzliche Angebote bewilligt werden.

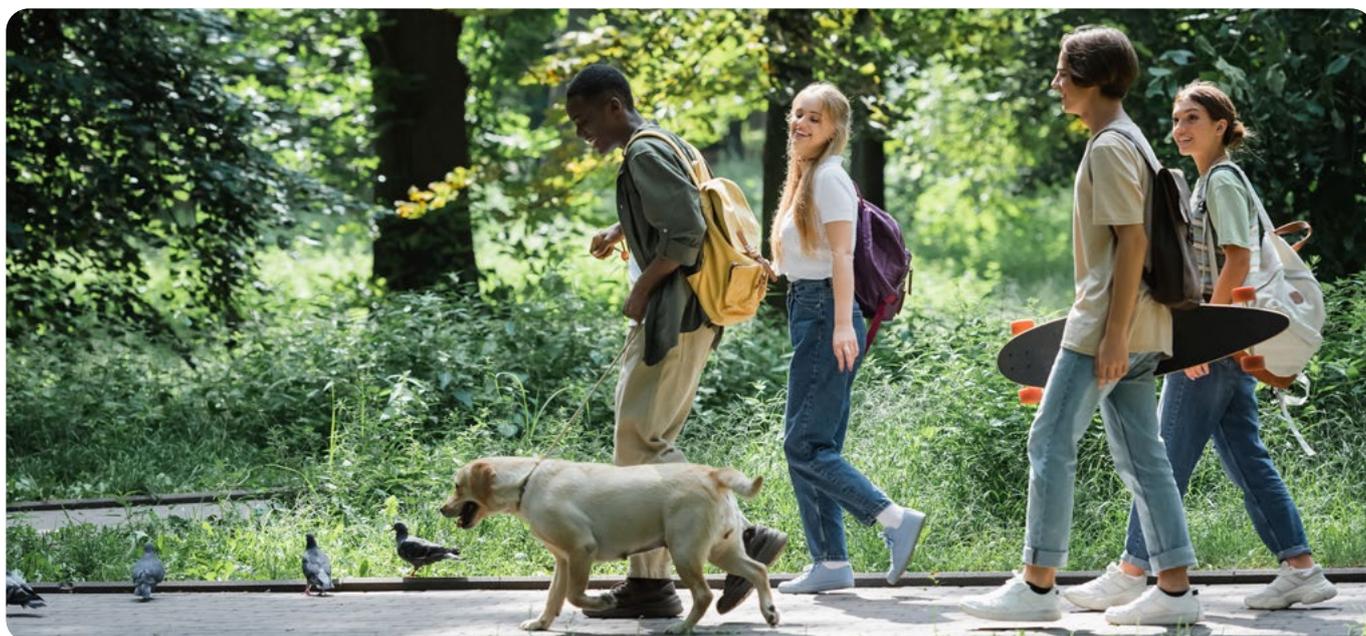
Aus dem Kinder- und Jugendhilfefonds wurde ein Budget für die Zuschussung von Personalkosten für Beratungsangebote und den Erhalt und die Stärkung der Offenen und Kommunalen Kinder- und Jugendarbeit bereitgestellt und damit der Kreis der Unterstützungssysteme erweitert. Insgesamt sechs Städte im Kreis haben mit diesen Mitteln zusätzliches qualifiziertes Fachpersonal für Beratungsangebote eingesetzt und insgesamt sieben Kommunen haben für den Erhalt und die Stärkung der Infrastruktur Personalkostenzuschüsse für ausgebildete Fachkräfte oder Personen mit vergleichbarer Qualifikation erhalten. Für das Jahr 2023 wird diese Förderung fortgeführt, da der Bedarf durch die krisenhafte Entwicklung in vielen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen weiter vorhanden ist.

Im Bereich der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit hat der Kreisjugendring zahlreiche Angebote durchgeführt. Neben Aus- und Fortbildungsangeboten für

Ehrenamtliche und zu Jugendgruppenleitenden (Juleica), die vollumfänglich in Präsenz stattgefunden haben, waren dies auch Maßnahmen zur themenorientierten Weiterbildung, wie z.B. zu Social Media oder Erlebnispädagogik. Auch Seminare, die Ferienaktionen in den Sommerferien und die Projekte der Vereine in den Orten im Kreis waren wichtige Bausteine, um den Auswirkungen der Coronapandemie und des Ukraine-Krieges zu begegnen. Mit einem abschließenden Film ist es gelungen, Themen der Kinder- und Jugendarbeit und mit dem Projekt Jugendschutz im Mittelpunkt (JiM) die Suchtprävention in den sozialen Medien zu transportieren. Auf diese Art und Weise werden auch die 12 Kinder- und Jugendbeiräte im Kreis Pinneberg erreicht. Gleichzeitig wird darauf hingewirkt, dass eine kreisweite Jugendvertretung entsteht.

Freizeit- und Ferienmaßnahmen

Während der Sozialplanungskonferenz wurde betont, dass Kinder und Jugendliche mehr Freizeit- und Sportangebote, aber auch Rückzugsorte benötigen. Dabei muss die gleichwertige Förderung von Jungen und Mädchen sichergestellt werden. Der Aufgabenbereich Kinder- und Jugendarbeit, dessen gesetzlicher Auftrag im SGB VIII formuliert ist, bildet einen unverzichtbaren Bestandteil der sozialen Angebotsinfrastruktur, weshalb seine Zuordnung zum Handlungsfeld Leben und Freizeit überdacht werden sollte.



Die jährlich vom Team Prävention organisierte Kinder- und Jugendfreizeit im Kreisgebiet für dem Jugendamt bekannte Kinder und Jugendliche soll deren Persönlichkeitsentwicklung fördern und soziale Benachteiligungen ausgleichen. Dabei wurden in den vergangenen Jahren aufgrund der Verhaltensauffälligkeiten ein hoher Betreuungsaufwand und der Einsatz von Fachkräften notwendig. 2022 fand die einwöchige Ferienmaßnahme auf dem Gelände der Jugendbildungsstätte in Barmstedt in Form von Tagesveranstaltungen statt. Für 2023 ist die Freizeit erneut in diesem Format geplant. Die Organisation der zehntägigen integrativen Ferienfreizeit für Kinder mit körperlichen und geistigen Einschränkungen obliegt der Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung im Kreis Pinneberg gGmbH, auch sie ist für 2023 geplant.

Partizipation und Demokratieförderung

Weiterhin von Bedeutung sind die Themenfelder Partizipation und Demokratieförderung. Auch der Bund hat sein Programm „Demokratie leben!“, das mit über 100 Mio. Euro jährlich ausgestattet ist, verstetigt, um zivilgesellschaftliches Engagement für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander und die Arbeit gegen Radikalisierungen und Polarisierungen in der Gesellschaft zu fördern. Auch die Arbeit lokaler Kinder- und Jugendbeiräte spielt dabei eine wichtige Rolle. In Quickborn wurde ein entsprechendes Gremium neu gegründet und eine Kinder- und Jugendkonferenz durchgeführt, um mit Vertretern aus Politik und Verwaltung ins Gespräch zu kommen und die Entwicklung der Stadt gemeinsam zu gestalten. Im Sinne der Partizipation als eine der zwei Säulen der Sozialplanung haben sich Jugendliche auch auf der Sozialplanungskonferenz aktiv beteiligt.

Sport

Der Kreis Pinneberg und der Kreissportverband haben einen neuen Fördervertrag geschlossen, mit dem sich die jährliche Fördersumme um 150.600 Euro auf insgesamt 960.00 Euro erhöht hat. Ab 2024 steigt die finanzielle Unterstützung jedes Jahr um 2,5 %. Die Laufzeit des Vertrags ist auf sechs Jahre festgelegt. Aufgrund der schwierigen Lage der Sportvereine ist der bisherige Vertrag vorzeitig gekündigt und erneuert worden. Im Laufe des Jahres 2028 werden die Konditionen erneut überprüft und angepasst. Der Kreissportverband verfügt mittlerweile über eine

Sportstiftung, deren Basis durch den Veräußerungserlös des Ferien camps Neukirchen gelegt wurde.

Die Mitgliederzahlen in Sportvereinen bewegen sich wieder in Richtung „Vor-Corona-Niveau“. Nach der Pandemie fehlen in vielen Vereinen eine große Anzahl von Übungsleiter*innen. Nachdem die Lizenzausbildung für Übungsleiter*innen wieder starten konnte, hofft der Kreissportverband auf das Engagement neuer Ehrenamtlicher.

Für das im März 2022 gestartete Projekt „Bewegungspass“ haben sich bisher neun Vereine beworben und es wurden 37 Personen zur „Bewegungspass-Fachkraft“ zertifiziert. Das Projekt soll die Bewegung und gesunde Entwicklung bei 3- bis 7-jährigen Kindern fördern und neue Vereinsmitgliedschaften werden für 6 Monate finanziert. Der Kreis Pinneberg unterstützt das Projekt über den Kreissportverband auch 2023 mit 18.000 Euro.

Bedarfe älterer Menschen

Der Kreissenorenbeirat hat sich insbesondere im Vorfeld der Kommunalwahl 2023 mit den Nachwuchsschwierigkeiten in den kommunalen Seniorenbeiräten beschäftigt. Vielerorts ist es schwer, eine geeignete und ausreichende Anzahl von Bewerbenden zu finden. Diese problematische Situation, genug Interessierte für die Gremienarbeit zu gewinnen, zeigt sich ebenfalls auf Landesebene. Thematisch wurden z.B. die Handlungsempfehlung zur Einführung einer Pflege-/Junge-Familien-Tonne aus dem vergangenen Jahr sowie die Einführung von kostenlosen Abfallsäcken für pflegebedürftige Personen mit erhöhtem Restabfallvolumen behandelt. Die Anträge des Kreissenorenbeirates zu den in den Vorjahren erarbeiteten Handlungsempfehlungen „Zeitlich begrenzte ÖPNV-Nutzung bei freiwilligem Verzicht auf die Fahrerlaubnis“ sowie „Bezuschussung der Teilnahme an Fahrschul- bzw. Verkehrssicherheitsangeboten für Senior*innen“ wurden nach Ablehnung im Sozialausschuss zunächst zurückgestellt. Zudem wurden im Kreissenorenbeirat Themen aus dem Bereich der Digitalisierung besprochen, die kommunalen Seniorenbeiräte bieten u.a. Internet-Cafés und Smartphone-Kurse an. Der Fokusgruppe Gesundheitsversorgung wurden Informationen zur aktuell unbefriedigenden hausärztlichen und zahnärztlichen Versorgungssituation in den Kommunen gegeben. Ein weiteres Thema war der Sachstand zum Antrag auf einen barrierefreien Zugang zur Droschke mit Anregungen zur politischen Beratung.

Zahlen, Daten und Fakten

480

Juleicas

632.000

Übernachtungen

8.692

Gäste Jugend-
bildungsstätte

Platz 1

Lebenszufriedenheit
S.-H. im
Ländervergleich

Zufriedenheit

- Beim Glücksatlas haben die Menschen in Schleswig-Holstein auch 2022 deutschlandweit die höchsten Werte
- Insgesamt steigt die Lebensqualität wieder an, aber erreicht noch nicht ganz die Werte vor der Pandemie
- Im regionalen Vergleich innerhalb von Schleswig-Holstein ist auffällig, dass der nördliche Bereich noch einmal höhere Werte aufweist als das südliche Schleswig-Holstein
- Besonders hohe Werte weisen die Bereiche Arbeits- und Freizeitzufriedenheit auf
- Auch im Bereich der Familienzufriedenheit sind die Werte im Vergleich zu den Jahren davor wieder gestiegen, gerade die Schulschließungen hatten die Werte in den letzten beiden Jahren deutlich sinken lassen

Gäste und Übernachtungen

- Die Übernachtungen im Kreisgebiet sind 2022 um 41,3 % auf etwa 632.000 Übernachtungen (+185.000 ggü. Vj.) deutlich angestiegen und erreichen 2022 fast schon wieder die Werte vor der Pandemie
- Auch die Zahl der Gäste nimmt mit ca. 249.000 (+84.000 ggü. Vj.) wieder stark zu
- Spitzenreiter im Kreisgebiet bleibt die Hochseeinsel Helgoland mit 229.000 Übernachtungen (+84.000 ggü. Vj.) und 70.000 Gästen (+20.000 ggü. Vj.)
- Danach folgen bei den Übernachtungen Elmshorn, Quickborn, Wedel und Pinneberg
- In der Jugendbildungsstätte in Barmstedt haben sich die Übernachtungszahlen 2022 mit 8.692 Gästen (+ ca. 4000 ggü. Vj.) fast verdoppelt

- Auch bei den Ferienaktivitäten nahmen 2022 mit 1.186 Kindern und Jugendlichen (+ ca. 650 ggü. Vj.) mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr teil, durch noch gültige Corona-Vorgaben waren diese mit mehr Personal und organisatorischem Aufwand verbunden

Sport

- Mit knapp 79.000 Personen (+3.000 ggü. Vj.) haben die Sportvereine im Kreisgebiet 2022 wieder mehr Mitglieder
- Mit knapp 48.700 Erwachsenen (+1.100 ggü. Vj.) und 30.300 Kindern und Jugendlichen (+1.900 ggü. Vj.) steigen die Zahlen in beiden Altersgruppen
- Die beiden größten Vereine im Kreisgebiet sind der Elmsborner MTV und der VfL Pinneberg
- Die Sparten Turnen, Fußball, Tennis, Handball und Pferdesport haben in der genannten Reihenfolge die meisten Mitglieder
- Den höchsten kommunalen Organisationsgrad hat weiterhin die Hochseeinsel Helgoland mit etwa 60 %
- In den Altersgruppen sind es Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 14 Jahren mit ca. 57 %, die den höchsten Organisationsgrad aufweisen

Kinder- und Jugendarbeit

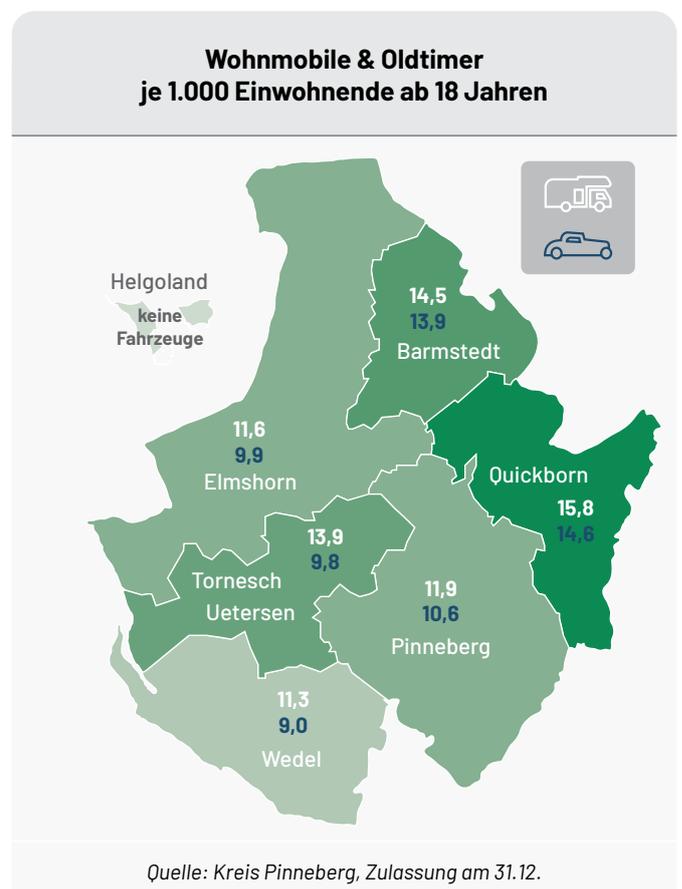
- Zum 01.01.2023 besitzen 480 Personen (+62 ggü. Vj.) eine gültige Jugendleiterkarte (Juleica), die Zahl ist damit wieder deutlich ansteigend im Kreis Pinneberg
- 139 Juleicas wurden im Jahr 2022 neu erworben und 86 sind durch eine Fortbildung verlängert worden

Fahrzeuge für Freizeitaktivitäten

- Sowohl bei Oldtimern und als auch den Wohnmobilen verzeichnen weiterhin die östlichen Betrachtungsräume Quickborn und Barmstedt die höchsten Zulassungswerte zwischen etwa 14 und 16 Fahrzeugen je 1.000 Einwohnenden ab 18 Jahren
- Die unterschiedliche regionale Verteilung von Oldtimern und Wohnmobilen korrespondiert auch mit der Anzahl der PKWs in den Regionen, tendenziell sind die Werte in Regionen mit gutem ÖPNV-Anschluss wie Wedel geringer

Quellenangaben

Statistik Nord 2022 // SKL Glücksatlas // Uni Freiburg 2022 // KJR 2022 // Kreissportverband 2022 // Kreis Pinneberg 2022





HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die Handlungsempfehlungen verstehen sich als Impulse für weitere fachliche Diskussionen in den politischen Gremien zur künftigen Schwerpunktsetzung und Ausgestaltung der Sozialpolitik im Kreis. Sie bilden insofern einen möglichen Rahmen für nachfolgende operative Planungen in einzelnen Aufgabenbereichen.

Nach der positiven pilothaften Erprobung im vergangenen Jahr werden die steuerungsrelevanten Handlungsempfehlungen auf Empfehlung der Steuerungsgruppe in Form einzelner Mitteilungsvorlagen den jeweils zuständigen Fachausschüssen mit einer möglichen Beschlussformulierung ab August 2023 vorgelegt.

Den Antragsberechtigten obliegt es, die Beschlussformulierungen aufzugreifen und ggf. anzupassen, zu ergänzen oder hierzu Aufträge an die Verwaltung zu erteilen.

In diesem Jahr haben die Fokusgruppen sieben Handlungsempfehlungen entwickelt. Zur Orientierung wurden diese vorab von den Sozialplanungsfachkräften der Stabsstelle Sozialplanung und Steuerung auf Basis der gemeinsam definierten Kriterien im Hinblick auf ihre Steuerungsrelevanz eingeschätzt.

Die Steuerungsgruppe Sozialplanung hat in ihrer Sitzung am 12.05.2023 entsprechende Einschätzungen vorgenommen.

Steuerungsrelevante Handlungsempfehlungen 2023

| | | |
|---|--|--|
|  | Infrastruktur sozialer Angebote | Bekenntnis Kreispolitik Istanbul-Konvention |
|  | Infrastruktur sozialer Angebote | Mittelgewährung i.V.m. Gewaltschutzkonzepten |
|  | Infrastruktur sozialer Angebote | Konzeptentwicklung Interkommunale Zusammenarbeit / „Zweckverband Soziales“ |
|  | Bildung | Sprachstandserhebung Kita-Kinder |
|  | Bildung | Ausbau Modellprojekt Rucksack KiTa |
|  | Integration | Ämterlotsinnen / Ämterlotsen |

Weniger steuerungsrelevante Handlungsempfehlung 2023

| | | |
|---|--|---|
|  | Ärztliche Versorgung und Pflege | Übernahme Fahrtkosten Auszubildende Pflegeassistenten |
|---|--|---|

App FOKUS PI

Alle Handlungsempfehlungen des Jahres 2023 finden Sie übersichtlich aufbereitet in der App FOKUS PI. Hier haben Sie erstmals auch die Möglichkeit, alle Handlungsempfehlungen der vergangenen Jahre nach ihrem aktuellen Status einzusehen.



Download on the
App Store



GET IT ON
Google Play



Netzwerk Sozialplanung

SOZIAL PLANUNG

Kinder- und Jugendarbeit
Vertretung offene und kommunale Kinder- und Jugendarbeit:
Jugendzentren und Jugendpflegen
Verbandliche Kinder- und Jugendarbeit / Kreisjugendpflege
vor 2016

AG § 78 Hilfen zur Erziehung
Träger/Vereine/Verbände: Großstadt-Mission, Lebenshilfe, Vielfalt, Heilpäd. Förderzentrum Friedrichshulde, Perspektive, Familienhelden, Berufliche Bildung im DHB, Assistentium, Familienräume, Verein für Jugendhilfe und Soziales, Wendepunkt, Wegweiser Elmshorn, Für Soziales S&S, AWO, SynoFacio, SKP Soziale Kompetenzen Kreis Pinneberg, Aufwind Systemische Beratung, KJSH Stiftung/MIKO, JugendhilfeNetzwerk Nord-Ost, Lebenshilfe, Diakonisches Werk HH-West/Südholstein, Diakonisches Werk Rantau-Münsterdorf, Anima, Brücke Elmshorn, OneCare
Kreisverwaltung / Sozialministerium
2017

Teilhabe
Träger/Vereine/Verbände: Brücke Elmshorn, AWO, Familienräume, Großstadt-Mission, Ahornhof, Landesverein für Innere Mission, Stiftung Lebenshilfe Südholstein, Brücke SH, Lebenshilfe Ortsvereinigung Schenefeld, Stiftung Hamburger Arbeiter-Kolonie/Schäferhof
Kreisverwaltung / Beauftragte*r für Menschen mit Behinderung
2021

Prävention
Träger/Vereine/Verbände: Familienräume, AWO, Wendepunkt, Familienbildungsstätten, Diakonisches Werk HH-West/Südholstein
Kreisverwaltung / Kommunale Vertretung Schulsozialarbeit
2018

Mobilität

Leben und Freizeit

Arbeit

Infrastruktur soz. Angebote

Armut

Integration

Integration
Träger/Vereine/Verbände: Diakonisches Werk Rantau-Münsterdorf, Caritasverband für das Erzbistum Hamburg, Handwerkskammer Lübeck, Lebenshilfe, Frauenberatung Elmshorn, AWO, TERTIA Berufsförderung, Regio Kliniken, Einwandererbund, VHS, Elmshorn TV, Wendepunkt, Türkische Gemeinde in S.-H.
Kreisverwaltung / Kommunen
2022

AG § 78 Förderung und Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung
Träger/Vereine/Verbände: AWO, Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein - Kindertagesstättenwerk Pinneberg, Lebenshilfe, Kooperation Familie+Bildung+Soziales, Interessengemeinschaft Kindertagespflege, Kreiselternvertretung
Kreisverwaltung
2019

Wohnen

Wohnen
Regionale Wohnungsmarktkonferenz als ergänzende Arbeitsstruktur in Prüfung

Bildung

QsUs Qualitätsentwicklung schulischer Unterstützungssysteme
Träger/Vereine/Verbände: Lebenshilfe, Förderzentrum Uetersen, Schulamt, AWO, Familienräume, Fachberatung Schulische Erziehungshilfen
Kreisverwaltung / Kommunale Vertretung Schulsozialarbeit
2018

Ärztliche Versorgung & Pflege

Altenhilfe und Pflege
Träger/Vereine/Verbände: AOK, AWO, Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V., DRK, Pflegediakonie, Pflegestützpunkt Kreis Pinneberg
Kreisverwaltung / Kreissenioresenbeirat / Beauftragte*r für Menschen mit Behinderung
2019

Inklusion

Inklusion
Träger/Vereine/Verbände: Lebenshilfe, Großstadt-Mission, Familienräume, AWO, Alzheimer-Gesellschaft, EUTB, Brücke SH, Kreissportverband, Lebenshilfe Ortsvereinigung Pinneberg, Blinden- und Sehbehindertenverein S.-H., Pflege SH, AG Barrierefreiheit Schenefeld, SoVD Elmshorn
Kreisverwaltung / Kreissenioresenbeirat / Privatpersonen / Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderung / Beauftragte*r für Menschen mit Behinderung
2018

Gesundheit

AK Gemeindefnahe Psychiatrie
Träger/Vereine/Verbände: KreisAG der freien Wohlfahrtsverbände, Erwachsenenpsychiatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, niedergelassene Nervenärzte/Psychiater, örtlicher Psychologinnenverband (BDP), Landesverband der Psychiatrieerfahrenen, Angehörigengruppen, AWO, AG Brücke, Brücke Elmshorn, Vertreter Fachbeirat Sucht
Kreisverwaltung
vor 2016

Gesundheitsversorgung
(künftig Kommunale Gesundheitskonferenz als ergänzende Arbeitsstruktur)
Träger/Vereine/Verbände: Regio-Kliniken, Barmer GEK, Kassenärztliche Vereinigung, Koordination Notfallpraxen
Kreisverwaltung / Kreissenioresenbeirat / Beauftragte*r für Menschen mit Behinderung
2021

Fachbeirat Sucht
Träger/Vereine/Verbände: Verein zur Förderung der Rehabilitation Gefährdeter e.V., AWO, Landesverein für Innere Mission in S.-H., Diakonisches Werk Rantau-Münsterdorf, Diakonisches Werk HH-West/Südholstein, Ahornhof, Therapiehilfe e.V., Selbsthilfegruppen, Klinikum für Psychiatrie, Psychotherapie u. Psychosomatik Elmshorn
Kreisverwaltung
vor 2016



Bildnachweise: Die Bilder in diesem Bericht stammen von Michael Dreyling (mdreyling@gmx.de); S. 69: Kreisjugendring (KJR)

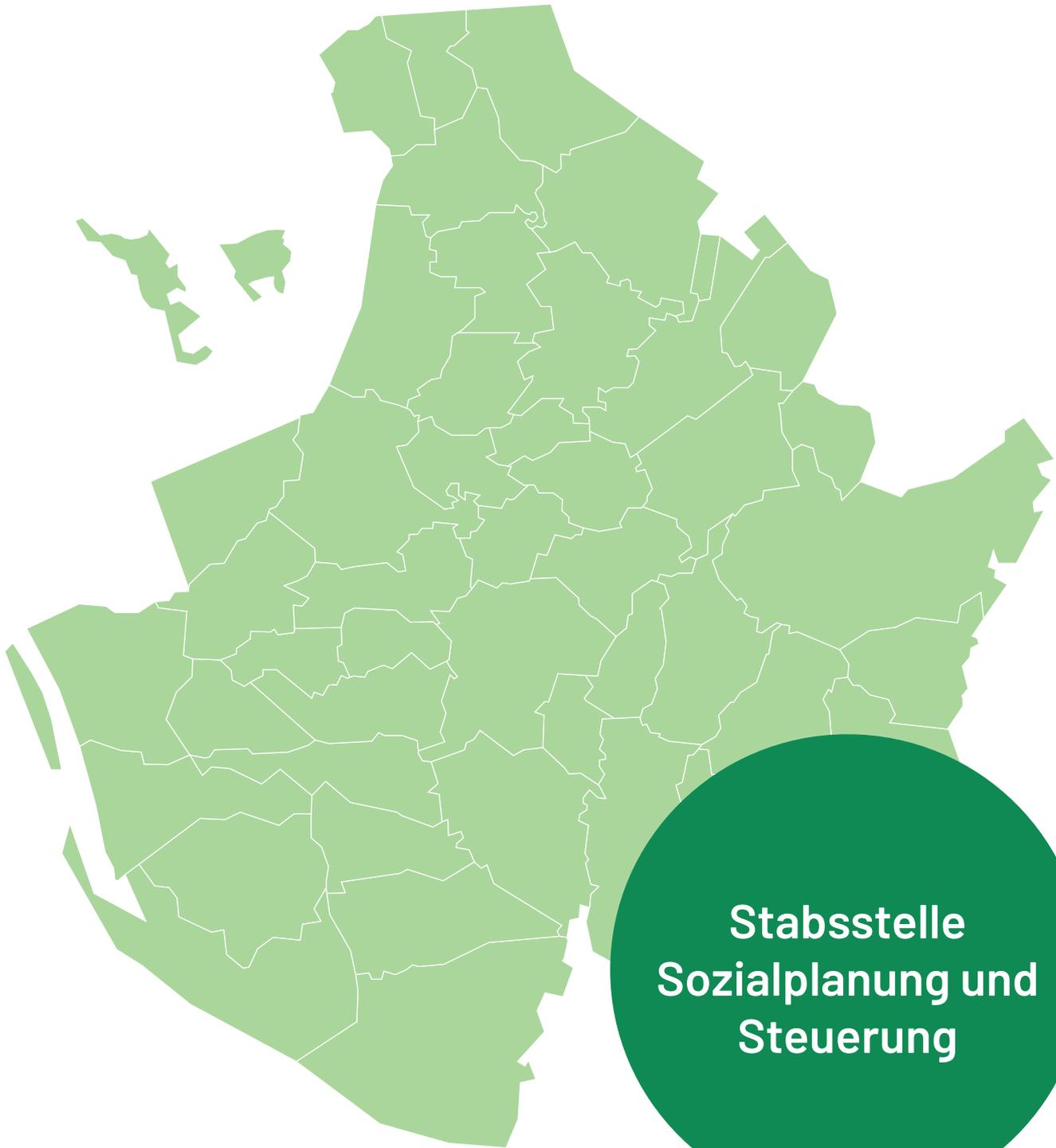
Weitere Bildnachweise (shutterstock.com): S.3: calado; S.5: Sina Ettmer Photography; S.9: embeki; S.14: Indypendenz;

S.15: Pixel-Shot; S.17: Ground Picture; S.18: Inside Creative House, S.20: Ronald Rampsch; S.21: Ruud Morijn Photographer; S.24: i viewfinder; S.25: Prostock-studio; S.28: Mabeline72; S.30,35: PIXEL to the PEOPLE, S.31: Andreas Vogel; S.33: Boyan Dimitrov;

S.36: Monkey Business Images; S.37: Jacob Lund; S.39: Hadrian; S.42: Chintung Lee; S.43: rkl_foto; S.45: Pressmaster;

S.48: Minerva Studio; S.49: Daisy Daisy; S.52: Lighthunter; S.56: g-stockstudio; S.57: Juice Verve; S.59: fizkes;

S. 65: LightField Studios; S.71: sconsuagra93; S.73: Petr Kahanek



**Stabsstelle
Sozialplanung und
Steuerung**



PERSPEKTIVEN
für soziale Entwicklung und Steuerung

kreis  pinneberg